

1 21. Landesparteitag Hamburg - Antragsbuch

Inhaltsverzeichnis

PA01: Nacktscanner aktualisieren.....	3
PA02: Gefahrengebiete präzisieren.....	4
PA03: Weiterhin keine Kostenabzocke bei Fußballvereinen.....	4
PA04: Grundbesitz verpflichtet zu Transparenz.....	5
PA05: Rekommunalisierung der Krankenhäuser.....	6
PA06: Update Sperrklauseln bei Wahlen.....	6
PA07: Update Störerhaftung.....	7
PA08: Kultur und Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk zusammenfassen.....	8
PA09: Reform des ZDF updaten.....	8
PA10: Aufarbeitung des globalen Überwachungsskandals.....	9
PA11: NSU-Untersuchungsausschuss.....	10
PA12: Aufbau eines unabhängigen Stadtportals auf hamburg.de.....	10
PA13: Update Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	11
PA14: Still not loving Leistungsschutzrecht.....	12
PA15: Digitale Kultur.....	12
PA16: Wunschbuch-Digitalisierung.....	13
PA17: Moderner Sexualkundeunterricht.....	14
PA18: Hochschulen fördern.....	16
PA19: Förderung von Computer- und Videospielen.....	17
PA20: Asyl und Migration.....	17
PA21: Bleiberecht für Lampedusa-Flüchtlinge.....	19
PA22: Wirtschaft, Finanzen & Arbeit, Soziales.....	19
PA23: Update Frühkindliche Bildung.....	20
PA24: Recht auf das Erlernen der eigenen Muttersprache.....	21
PA25: Update G8/G9.....	21
PA26: Update informationstechnischer Unterricht.....	22
PA27: Demokratisierung der Bildung.....	22
PA28: Kapitel Schulen.....	23
PA29: Erziehung zur Demokratie.....	23
PA30: Fließende Schullaufbahn.....	24
PA31: Ganztagsbetreuung an Schulen.....	24
PA32: Schulspeisung.....	25
PA33: Barrierefreies Lernen.....	26
PA34: Kleinere Klassen, bessere Betreuung.....	26
PA35: Angebote für Schüler mit Lernschwierigkeiten und Hochbegabtenförderung.....	27
PA36: Persönlichkeitsrechte der Schüler und Lehrer achten.....	28
PA37: Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern.....	28
PA38: Förderung Erwachsenenbildung.....	29
PA39: Familienfreundlicher Zugang zu Bildung.....	29
PA40: Förderung von offenen Arbeitsstrukturen.....	30
PA41: Begrenzung der Leiharbeit.....	30
PA42: Missbrauch von Praktika verhindern.....	31
PA43: Verbesserte Steuerprüfung.....	32

PA44: Stärkung der Rechte Prostituerter.....	32
PA45: Abschaffung der Reiterstaffel.....	33
PA46: Keine Vorratsdatenspeicherung.....	34
PA47: Einführung von Evaluationssystemen an Schulen.....	34
PA48: obligatorische Beratung der Eltern bei verhaltensauffälligen Kindern.....	35
PA49: Business Improvement Districts abschaffen.....	36
PA50: Überschrift "Stadtentwicklung" ändern.....	37
PA51: Überschrift und eigenen Abschnitt "Verkehr" einfügen.....	37
PA52: Umformulierung der Einleitung unter "Bauen und Wohnen".....	38
PA53: Umformulierung des Abschnitts "Alters- und Familiengerechtes Bauen und Wohnen".....	38
PA54: Überschrift "Sicherung eines bezahlbaren Wohnens" ändern.....	39
PA55: FIXME fixen.....	40
PA56: Mietpreisbremse.....	40
PA57: "Makler Unwesen abschaffen" aktualisieren.....	41
PA58: "Makler Unwesen abschaffen" streichen.....	42
PA59: Gebäude TÜV.....	42
PA60: Rote Flora an eine eigene Stiftung übertragen.....	43
PA61: Konsequente Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften.....	44
PA62: Neue Drogenpolitik für Hamburg.....	47
PA63: Kostenlose Sperrmüll-Entsorgung verschieben.....	49
PA64: Freie Software und offene Standards.....	50
PA65: Gewaltopferambulanz.....	51
PA66: Einführung einer Karenzzeit für Mitglieder des Senats (zurückgezogen).....	52
PA67: Open Access.....	53
PA68: "Modernisierungsumlagen abschaffen" ersetzen.....	53
PA69: "Modernisierungsumlagen abschaffen" streichen.....	54
PA70: Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft.....	55
PA71: Verbräuche der Stadt mittels Top-Runner Prinzip systematisch verringern.....	58
PA72: Top-Runner-Programm zur Fernwärmeerzeugung mittels Running Eco Heat.....	60
PA73: Realisierung Pilotkraftwerke Tiefengeothermie zur Wärmeversorgung Hamburgs.....	60
PA74: Streichung Programmteil Hamburger Kohleausstieg, oder: Der Moorburg-Kompromiss.....	61
PA75: Hamburger Kohleausstieg.....	62
PA76: Keine Kohleförderung mit Landesmitteln.....	62
PA77: Wärmegesetz schaffen.....	63
PA78: Biosprit raus aus Hamburgs Klimaschutzkonzept – mehr Ökostrom	64
PA79: Handlungsfähige Umwelt- und Energiebehörde.....	65
PA80: Aufklärung zu Roma und Sinti in den Schulen.....	65
PA81: Ergänzung: Zwischenmenschliche Kompetenz der polizeiliche Stellen.....	66
PA82: Gedenkstätte im Lohsepark.....	67
PA83: Ergänzung: Aufbau der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.....	67
PA84: Inklusiver Umgang statt integrativer Umgang.....	68
PA85: Praktische Ausbildung Energieeffizienz.....	68
PA86: Elbvertiefung.....	69
PA87: MOOC Online Universität.....	70
PA88: Abschnitt "Modernisierungsumlage abschaffen" aktualisieren.....	71
PA89: Transparenzinitiative für konventionelle Energien.....	72
PA90: Elektrofähren auf die Elbe.....	72
PA91: Schienengesellschaft für Hamburg nutzen.....	73
PA92: Transparenzgesetz begleiten und weiter entwickeln.....	73
PA93: Bezirke stärken - Hamburg stärken.....	75

PA94: Stadtteilbeiräte erhalten und ausbauen.....	76
PA95: Mobilität.....	78
PA96: Faire Nutzung von Schrebergärten zum Wohnungsbau.....	82
PA97: Schutz für Whistleblower.....	83
PA98: Transparenz zu finanziell Beteiligten.....	84
PA99: Diskriminierung an der Discotür vorbeugen.....	85
PA100: Strategische Hafententwicklung statt Elbvertiefung.....	86
PA101: Freihandelsabkommen müssen demokratisch und transparent sein.....	87
PA102: Atommüll.....	88
PA103: Freie Software und offene Standards II.....	88
PA104: Bedingungsloses Energiegrundeinkommen für Hamburg.....	90
PA105: Einleitung statt Präambel.....	91
PA106: Ganztägige Mitnahme von Fahrrädern in S- und U-Bahnen.....	91
PA107: Flughafen.....	92
PA108: Rekommunalisierung der Krankenhäuser.....	92
SÄA01: Harmonisierung §8a (2) Satz 2 mit §8a (4).....	93
SÄA02: Harmonisierung §8d (3) Satz 2 mit §8a (4).....	94
X01: Programm zur Bürgerschaftswahl.....	94
X02: Resolution gegen Fracking.....	95
X03: Die Forderung des KITA-Netzwerk Hamburg 25% mehr Personal im Krippen- und Elementarbereich unterstützen.....	96
X04: Einheitliche Eigenbezeichnung.....	96

2 Programmanträge

3 PA01: Nacktscanner aktualisieren

4 **Nacktscanner aktualisieren**

5 Text

6 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "Innere Sicherheit" des Landesprogramms
7 im Abschnitt "Nacktscanner ablehnen" im ersten Absatz die Wörter

8 *"die weitere Erprobung dieser überflüssigen Technologie"*

9 zu ersetzen durch

10 *"diese überflüssige Technologie".*

11 **Begründung**

12 Die ersten Tests haben die Teile zwar nicht gut aussehen lassen, aber jetzt meinen die
13 Sicherheitsfanatiker, die Geräte wären besser, und daher ist mit dem flächendeckenden Einsatz
14 ohne weitere Erprobung innerhalb der nächsten Jahre zu rechnen.

15 **Antragsteller**

17 PA02: Gefahrengebiete präzisieren

18 Gefahrengebiete präzisieren

19 Text

20 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "Innere Sicherheit" des Landesprogramms
21 den Abschnitt "Verdachtsunabhängige Kontrollen"

- 22 • umzubenennen in "Gefahrengebiete abschaffen",
- 23 • die Zahl 38 in diesem Abschnitt durch "mehrere Dutzend" zu ersetzen und
- 24 • folgenden Text anzufügen:

25 *Bis zur endgültigen Abschaffung der zugehörigen gesetzlichen Grundlage sollen*
26 *Gefahrengebiete zumindest öffentlich bekannt gegeben werden, um Anwohner*
27 *und Besucher der entsprechenden Gegenden über die Einschränkung ihrer*
28 *Rechte aufzuklären und den Rechtsweg zu ermöglichen."*

29 Begründung

30 Das Wort "Gefahrengebiet" ist mittlerweile weithin bekannt. Deswegen macht es Sinn, dass die
31 Forderung im Programm unter diesem Stichwort leicht zu finden ist.

32 Die Anzahl liegt mittlerweile deutlich höher und es macht keinen Sinn, eine neue aktuelle –
33 und demnächst u.U. wiederum veraltete – Zahl einzutragen.

34 Außerdem ist Transparenz geboten.

35 Antragsteller

36 Burkhard Masseur

37 PA03: Weiterhin keine Kostenabzocke bei Fußballvereinen

38 Weiterhin keine Kostenabzocke bei Fußballvereinen

39 Text

40 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "Innere Sicherheit" des Landesprogramms
41 im Abschnitt "Keine Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols" im zweiten Absatz die
42 Formulierung

43 *die gelegentlich öffentlich geäußerte, populistische Forderung*

44 zu ersetzen durch

45 *den populistischen Vorstoß des Bremer Senats*

46 **Begründung**

47 Es sind mittlerweile nicht nur Planspiele, sondern der Bremer Senat hat das tatsächlich
48 beschlossen. Dieser Alleingang wird als Verstoß gegen Abmachungen der
49 Innenministerkonferenz mit der Deutschen Fußball-Liga weithin kritisiert, von
50 Fußballverbänden bis hin zum Bundesinnenminister. Außerdem wird die
51 Verfassungsmäßigkeit angezweifelt.

52 **Antragsteller**

53 Burkhard Masseida

54 **PA04: Grundbesitz verpflichtet zu Transparenz**

55 **Grundbesitz verpflichtet zu Transparenz**

56 **Text**

57 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "Digitale_Gesellschaft" des
58 Landesprogramms den Abschnitt "Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten" mit
59 Folgendem Absatz an geeigneter Stelle zu ergänzen.

60 Ergänzend dazu sollen die Daten aus den Abteilungen 1 und 2 von Grundbüchern frei und
61 maschinenlesbar online kostenfrei verfügbar sein. Zusätzlich sollen die wesentlichen
62 Regelungen bzw. Auflagen erteilter Baugenehmigungen und -Vorbescheide sowie
63 städtebaulichen Vereinbarungen zum entsprechendem Grundbucheintrag mit veröffentlicht /
64 verlinkt werden.

65 **Begründung**

66 Wem gehört die Stadt? Die Bürger sollen das wissen. Bisher können Mieter und Eigentümer
67 gegen Gebühr Einsicht ins Grundbuch nehmen. Bei unbebauten Grundstücken und Leerstand
68 bleibt der Eigentümer im Dunkeln. Nach der Umstellung auf das elektronische Grundbuch
69 können diese Daten ohne größeren Aufwand auf dem Transparenzportal veröffentlicht werden.

70 Die Abteilung 1 enthält den Vor & Nachnamen bzw. Unternehmensbezeichnung des aktuellen
71 Besitzers sowie Historie. In der 2. Abteilung sind Auflagen wie Dienstbarkeit (z. B. Zufahrt für
72 den Nachbarn, verlegte Leitungen oder Zugangsberechtigung für die Feuerwehr und Auflagen
73 wie Zaunhöhe und Abstände zum Nachbargrundstück).

74 **Antragsteller**

75 Arthur Kaiser

76 **PA05: Rekommunalisierung der Krankenhäuser**

77 **Rekommunalisierung der Krankenhäuser**

78 **Text**

79 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Sonstige Themen*" des Landesprogramms
80 folgenden Abschnitt einzufügen:

81 **Rekommunalisierung der Krankenhäuser**

82 Der Volksentscheid "*Gesundheit ist keine Ware*" aus dem Jahr 2004, der seit mittlerweile über
83 zehn Jahren von den wechselnden Regierungen der Freien und Hansestadt Hamburg unter
84 CDU-, SPD- und Grünen-Beteiligung ignoriert wird, muss endlich umgesetzt werden. Da der
85 städtische Landesbetrieb Krankenhäuser damals entgegen dem klaren Votum der Hamburger
86 Bürger fast vollständig an den Klinikkonzern Asklepios veräußert wurde, lässt sich dies nur
87 durch einen Rückkauf verwirklichen.

88 **Begründung**

89 folgt

90 **Antragsteller**

91 Burkhard Maseida

92 **PA06: Update Sperrklauseln bei Wahlen**

93 **Update Sperrklauseln bei Wahlen**

94 **Text**

95 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Demokratie und Bürgerrechte*" des
96 Landesprogramms den Abschnitt "*Sperrklauseln bei Wahlen*" durch den folgenden Text zu
97 ersetzen:

98 Die Piratenpartei Hamburg setzt sich dafür ein, die im Herbst 2013 im Eilverfahren in die
99 Hamburgische Verfassung platzierten Sperrklauseln für Bürgerschafts- und
100 Bezirksversammlungswahlen dort wieder zu streichen. Hintergrund ist ein Urteil des
101 Hamburgischen Verfassungsgerichts, dass auf die Klage eines Hamburger Piraten hin die
102 damalige 3%-Hürde für Bezirkswahlen im Einklang mit der Rechtsprechung des
103 Bundesverfassungsgerichts für unzulässig und nichtig erklärt hatte.

104 Nach Ansicht der Piraten ist die Verfassungswidrigkeit dieser Klauseln nicht einfach dadurch
105 auszuräumen, dass sie selber in die Hamburgische Verfassung geschrieben wurden, sondern sie
106 verstoßen weiterhin gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Dieses knüpft die
107 Rechtfertigung von Sperrklauseln an die Existenz konkreter Bedrohungen für die
108 Funktionsfähigkeit der Parlamente und kommunalen Räte, die es auf der kommunalen Ebene
109 derzeit für nicht gegeben hält. Dauerhaft angelegte Sperrklauseln in Landesverfassungen

110 verhindern aber gerade den vom BVerfG geforderten, ständig notwendigen Abwägungsprozess
111 auch im Hinblick auf die 5%-Hürde auf Landesebene.

112 Nach Beseitigung der entsprechenden Vorschriften aus der Verfassung möchten die
113 Hamburger Piraten die Sperrklausel bei Bürgerschaftswahlen auf 3% senken, um die Zahl der
114 unwirksamen Wählerstimmen auf ein Minimum zu beschränken und die Erfolgsgleichheit der
115 Stimmen der Bürgerinnen und Bürger somit besser zu gewährleisten.

116 Bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen ist die bestehende 3%-Hürde komplett
117 aufzuheben, wie es in nahezu allen Bundesländern außer Hamburg auf kommunaler Ebene
118 mittlerweile passiert ist.

119 **Begründung**

120 Anpassung an die Begebenheiten der vergangenen zwei Jahre.

121 **Antragsteller**

122 Burkhard Masseida

123 **PA07: Update Störerhaftung**

124 **Update Störerhaftung**

125 **Text**

126 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Digitale Gesellschaft*" des
127 Landesprogramms den Abschnitt "*Keine Störerhaftung für Anbieter freier WLAN-Hotspots*"
128 umzubenennen in "*Flächendeckendes freies WLAN ermöglichen*" und folgenden Text
129 anzuhängen:

130 Eine Reduzierung der Störerhaftung nur für einen eingeschränkten Kreis kommerzieller
131 gastronomischer Einrichtungen ist für uns unzureichend. In den meisten Wohngegenden kann
132 nur durch private Initiative eine rudimentäre Netzabdeckung erreicht werden.

133 Daher soll die Stadt Hamburg solche Vereine und Initiativen fördern, die ohne
134 Gewinnerzielungsabsicht freies WLAN im öffentlichen Raum anbieten möchten. Dies kann
135 beispielsweise durch die Bereitstellung von Stellplätzen für Hardware sowie Strom- und
136 Internetzugängen in öffentlichen Gebäuden passieren.

137 **Begründung**

138 Berücksichtigt die Initiative der jetzigen Bundesregierung, Cafés und Hotels von der
139 Störerhaftung auszunehmen. Außerdem Förderung von Freifunk aufgenommen und auch durch
140 die Überschrift mehr auf Landesebene positioniert.

141 **Antragsteller**

142 Burkhard Masseida

143 **PA08: Kultur und Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk** 144 **zusammenfassen**

145 **Kultur und Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk zusammenfassen**

146 **Text**

147 Der Landesparteitag möge beschließen das Kapitel "Kultur" im Landesprogramm
148 umzubenennen in "Kultur und Medien". Außerdem wird das Kapitel "Öffentlich-rechtlicher
149 Rundfunk" als Unterkapitel in das Kapitel "Kultur und Medien" verschoben.

150 **Begründung**

151 Das Kapitel Kultur ist relativ leer während das ÖR-Kapitel sehr spezifisch ist. Das passt aber
152 auch zusammen in ein Kapitel.

153 **Antragsteller**

154 StreetDogg

155 **PA09: Reform des ZDF updaten**

156 **Reform des ZDF updaten**

157 **Text**

158 Der Landesparteitag möge beschließen die ersten beiden Absätze im Kapitel "Reform des
159 ZDF" im Landesprogramm durch folgende zwei Absätze zu ersetzen. Die hinteren beiden
160 Absätze des Kapitels bleiben unverändert bestehen.

161 "Der oberste Grundsatz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist seine Unabhängigkeit und
162 Staatsferne. Seine inhaltliche Ausgestaltung wird von Vertretern vieler verschiedener
163 gesellschaftlicher Gruppen bestimmt, nicht jedoch direkt von der Politik. Beim ZDF kann
164 davon in der Praxis aber leider keine Rede sein. Im 77-köpfigen Fernsehrat befinden sich allein
165 19 Vertreter verschiedener Regierungen, sowie weitere 12 Vertreter der Parteien, außerdem
166 noch Vertreter verschiedener Kammern und Kommunalpolitiker. Auch das
167 Bundesverfassungsgericht hat diese Zusammensetzung inzwischen für verfassungswidrig
168 erklärt. Insgesamt stammt weit mehr als die Hälfte des ZDF-Fernsehrats aus der Politik oder
169 dem direkten Umfeld davon. Auch viele Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen sind
170 zusätzlich in Parteien engagiert.

171 Die Piratenpartei Hamburg wird sich dafür einsetzen den politischen Einfluss auf das ZDF
172 drastisch zu reduzieren. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind dabei keine
173 Zielvorgabe, sondern das verfassungsrechtliche Minimum an Staatsferne. Wir setzen uns für
174 eine umfassende Reform des ZDF ein, nach der Regierungsvertreter generell nicht mehr im
175 ZDF-Fernsehrat vertreten sind. Auch die Praxis der Berufung der Vertreter der meisten
176 Gruppen durch die Ministerpräsidenten muss beendet werden. Stattdessen ist jede
177 vertretungsberechtigte Organisation im ZDF-Staatsvertrag konkret zu benennen und jeder

178 davon das Recht einzuräumen ihre Vertreter selbst und unabhängig bestimmen zu können."

179 **Begründung**

180 Wir wurden bei diesen Forderungen bereits vom BVerfG überholt. Das können wir in dem
181 Kapitel nicht unerwähnt lassen. An den inhaltlichen Forderungen ändert sich allerdings nichts.

182 **Antragsteller**

183 StreetDogg

184 **PA10: Aufarbeitung des globalen Überwachungsskandals**

185 **Aufarbeitung des globalen Überwachungsskandals**

186 **Text**

187 Der Landesparteitag möge beschließen dem Landesprogramm folgendes Kapitel im Bereich
188 "Innere Sicherheit" hinzuzufügen:

189 Aufarbeitung des globalen Überwachungsskandals

190 Im Zuge der Enthüllungen aus den Snowden-Dokumenten und weiteren Quellen wurde
191 deutlich, dass die NSA und ihre Verbündeten gezielt Infrastruktur-Unternehmen und deren
192 Mitarbeiter ausspähen. Neben großen Unternehmen wie der Telekom sind auch regionale
193 Anbieter wie NetCologne betroffen. Außerdem deuten Geheimdokumente darauf hin, dass
194 auch innerhalb Deutschlands Hardware-Hersteller infiltriert und technische Geräte wie Router
195 und Server manipuliert wurden. Die Stadt Hamburg muss hier untersuchen inwiefern lokale
196 Infrastruktur-Anbieter, Hardware-Hersteller und Netz-Knotenpunkte betroffen sind. Unbefugte
197 Zugriffe auf die Technik und die Daten unserer Bürger durch ausländische Geheimdienste
198 müssen aufgeklärt und wirksam unterbunden werden. Ebenso sind inzwischen verschiedene
199 Fälle von Wirtschaftsspionage bekannt geworden. Die Stadt Hamburg ist hier in der Pflicht
200 ihre Bürger und Unternehmen zu schützen.

201 Genauso wenig hinnehmbar ist eine anlasslose Überwachung und Weitergabe geheimdienstlich
202 beschaffter Daten durch den BND oder andere inländische Geheimdienste. Derartige
203 geheimdienstliche Tätigkeiten gegen die eigene Bevölkerung müssen lückenlos aufgedeckt und
204 beendet werden.

205 **Begründung**

206 Die Überwachung durch die NSA & co gehen gar nicht. Ebensowenig die Kooperation des
207 BND.

208 **Antragsteller**

209 Sascha & StreetDogg

210 PA11: NSU-Untersuchungsausschuss

211 NSU-Untersuchungsausschuss

212 Text

213 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Demokratie und Bürgerrechte*" des
214 Landesprogramms im Anschluss an den Abschnitt "*Verfassungsschutz*" folgenden Abschnitt
215 einzufügen:

216 NSU-Untersuchungsausschuss

217 Die Piratenpartei Hamburg fordert die Einrichtung eines parlamentarischen
218 Untersuchungsausschusses der Bürgerschaft zur Aufarbeitung der Geschehnisse um die
219 Verbrechen des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). In mehreren
220 Landesparlamenten existieren bereits Untersuchungsausschüsse zu diesem Thema, wo mit
221 unterschiedlichem Elan zumindest versucht wird, das offensichtliche Versagen sowie etwaige
222 Verstrickungen der Geheimdienste und Ermittlungsbehörden aufzuklären. In der Hamburger
223 Medienlandschaft findet dieses Thema aber aus unerfindlichen Gründen so gut wie nicht statt.
224 Dabei gab es auch in Hamburg im Zuge der Mordserie ein Todesopfer zu beklagen. Auch in
225 Hamburg wurde aus unklaren Gründen nie ernsthaft in Richtung fremdenfeindlicher Motive
226 ermittelt. Obwohl auch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz jahrelang keinerlei
227 Anhaltspunkte für Rechtsterrorismus gesehen haben wollte, deuten Erkenntnisse aus anderen
228 Untersuchungsausschüssen darauf hin, dass es Verbindungen zwischen Hamburger V-Leuten
229 und dem NSU durchaus gegeben haben könnte. Und gerade Hamburg war in der
230 Vergangenheit Aktionsfeld hochrangiger Neonazikader, so dass Kontakte zu den ausführenden
231 Tätern des NSU keineswegs unwahrscheinlich erscheinen.

232 Begründung

233 Hamburg scheint sich im Großen und Ganzen einig zu sein, dass NSU uns nix angeht und
234 Sache der Bayern und irgendwelcher Ostdeutschen ist. Das ist falsch und muss geändert
235 werden. Die Anhaltspunkte liegen vor, z.B.:

- 236 • <http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article127921875/Neue-Spur-bei-NSU-Morden-Hamburger-V-Mann-uebergibt-DVD.html>
- 237 • <http://www.abendblatt.de/hamburg/article128661520/DVD-mit-NSU-Bezug-Erstmals-aeussert-sich-der-Verfassungsschutz.html>
- 238 • <http://nsu-tatort-hamburg.org/>
- 239
- 240

241 Antragsteller

242 Burkhard Maseida

243 PA12: Aufbau eines unabhängigen Stadtportals auf 244 hamburg.de

245 Aufbau eines unabhängigen Stadtportals auf hamburg.de

246 **Text**

247 Der Landesparteitag möge beschließen im Landesprogramm den Abschnitt "Transparente
248 Bürgerschaft und transparenter Senat" im Kapitel "Digitale Gesellschaft" zu streichen. Dafür
249 wird im Kapitel "Verwaltung" folgender Abschnitt neu hinzugefügt:

250 **Aufbau eines unabhängigen Stadtportals auf hamburg.de**

251 Die Freie und Hansestadt Hamburg soll ihr Stadtportal auf hamburg.de unabhängig und ohne
252 private Investoren betreiben. Die Kooperation mit dem aktuellen Hauptanteilseigner Axel
253 Springer Venture GmbH soll beendet werden. Das Stadtportal dient der unabhängigen
254 Information der Bürger und hat darum frei von Werbung, Schleichwerbung oder kommerziell
255 motivierter Zusatzangebote zu sein.

256 **'Mediathek für Livestream und Videoprotokolle'**

257 Das Stadtportal soll eine umfassende Mediathek betreiben, in der Livestreams aller Sitzungen
258 der Hamburger Bürgerschaft, Bezirksversammlungen und Ausschusssitzungen bereitgestellt
259 werden. Die Streams sollen dort auch im Nachhinein als Aufzeichnungen weiter abrufbar sein.
260 Zur besseren Bedienbarkeit sollen auch Verknüpfungen zu den schriftlichen Protokollen und
261 relevanten Drucksachen bereitgestellt werden. Bei nichtöffentlichen Sitzungen soll mindestens
262 die Tagesordnung, der begründete Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit und die
263 entsprechende namentlich Abstimmung veröffentlicht werden.

264 **Begründung**

265 Aus dem bisherigen Kapitel wird nicht ganz klar, dass es um einen Umbau von hamburg.de
266 geht. So ist es deutlicher herausgestellt, auch dass es darum geht Axel Springer von dieser
267 Seite herunter zu kegeln. Die aktuelle Beteiligungsstruktur kann hier gefunden werden:
268 http://www.beteiligungsbericht.fb.hamburg.de/Company_524488.htm

269 Die Unterkapitel wurden etwas gestrafft. Das war teilweise doppelt.

270 Die Verschiebung in das Kapitel Verwaltung hängt damit zusammen, dass es da eigentlich
271 besser hinpasst und dass da bisher nicht so viel Inhalt vorhanden ist.

272 **Antragsteller**

273 StreetDogg

274 **PA13: Update Offene Kinder- und Jugendarbeit**

275 **Update Offene Kinder- und Jugendarbeit**

276 **Text**

277 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Jugend*" des Landesprogramms den
278 Abschnitt "*Offene Kinder- und Jugendarbeit*" folgendermaßen neu zu fassen:

279 Die Piratenpartei Hamburg setzt sich für eine effektive und gut ausgestattete offene Kinder-
280 und Jugendarbeit ein. Kürzungen in diesem Bereich zeigen bereits jetzt fatale Folgen.
281 Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit bieten für viele aufwachsende Menschen
282 eine Anlaufstelle außerhalb der Schule und dem eigenem Zuhause sowie Raum zur
283 persönlichen Entfaltung. Gerade für Kinder und Jugendliche aus finanziell schlechter gestellten
284 Familien ist dieses Umfeld ein wichtiger Anker im Leben und somit ein wichtiger Beitrag zur
285 Chancengleichheit.

286 **Begründung**

287 Satz 2 befindet sich derzeit im Konjunktiv. Die Kürzungen sind aber bereits real, und die
288 Auswirkungen spürbar. Außerdem etwas die Grammatik entzerzt und zwei Wörter ersetzt
289 (Punkt->Anker, Schritt->Beitrag).

290 **Antragsteller**

291 Burkhard Masseur

292 **PA14: Still not loving Leistungsschutzrecht**

293 **Still not loving Leistungsschutzrecht**

294 **Text**

295 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Digitale Gesellschaft*" des
296 Landesprogramms den Abschnitt "*Ablehnung eines Leistungsschutzrechtes für Presseverlage*"
297 zu streichen, ihn aber gleichzeitig inkl. Titel als Positionspapier zu beschließen.

298 **Begründung**

299 Das Leistungsschutzrecht ist mittlerweile existent und nicht mehr zu verhindern. Gleichzeitig
300 ist das ein reines Bundesthema, das in unserem Programm zur Bürgerschaftswahl etwas fremd
301 wirken würde. Es sollte aber klar sein, dass wir das LSR nicht etwa mittlerweile ganz ok
302 finden, sondern weiterhin ablehnen. Deswegen als Positionspapier beschließen.

303 **Antragsteller**

304 Burkhard Masseur

305 **PA15: Digitale Kultur**

306 **Digitale Kultur**

307 **Text**

308 Der Landesparteitag möge beschließen die Unterkapitel "*Erhalt des Digitalen Erbes*" und
309 "*eSport anerkennen*" aus dem Kapitel "*Digitale Gesellschaft*" in das Kapitel "*Kultur*" bzw.
310 "*Kultur und Medien*" zu verschieben.

311 Dem Unterkapitel "*Erhalt des Digitalen Erbes*" wird zudem folgender Absatz hinzugefügt:

312 "Die Piratenpartei Hamburg setzt sich dafür ein, dass in Hamburg ein Museum für Digitale
313 Kunst entsteht. Hier sollen nach Möglichkeit alle in Hamburg erstellten Computerprogramme
314 archiviert und ausgestellt werden."

315 **Begründung**

316 Die beiden Punkte gehören eigentlich ins Kulturkapitel.

317 **Antragsteller**

318 Sascha

319 **PA16: Wunschbuch-Digitalisierung**

320 **Wunschbuch-Digitalisierung**

321 **Text**

322 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Kultur*" bzw. "*Kultur und Medien*" des
323 Landesprogramms den folgenden Abschnitt einzufügen:

324 **Wunschbuch-Digitalisierung**

325 Analog zu dem Projekt "DigiWunschbuch" der Universitätsbibliothek Göttingen soll es in
326 Hamburg in Zukunft möglich sein, die Buchbestände der Staats- und Universitätsbibliothek
327 Hamburg und anderer staatlich finanzierten Bibliotheken in Hamburg zu durchsuchen, auf
328 eigene Kosten digitalisieren zu lassen und damit als Digitalisierungspate des konkreten Werkes
329 zu fungieren. Damit haben interessierte Leser und Leserinnen die Möglichkeit,
330 schriftstellerische Werke ohne Ortsgebundenheit zu rezipieren und versetzen gleichzeitig
331 andere Menschen in die Lage, diese Bücher ebenfalls in digitalisierter Form zu lesen. In diese
332 Forderung ist explizit der gesamte Bestand der Bibliotheken eingeschlossen, nicht nur der
333 gemeinfreie Teil.

334 Hiervon unberührt bleiben Förderungen von staatlicher Seite für Digitalisierungsprojekte.
335 Diese sollen weder gekürzt noch ersetzt werden, sondern vielmehr ausgebaut und als Aufgabe
336 für das 21. Jahrhundert begriffen werden. Die Schwarmfinanzierung bietet lediglich eine
337 zusätzliche Möglichkeit zur Digitalisierung konkreter Einzelwerke, die für bestimmte
338 Gruppierungen oder Individuen interessant sind und deren Befreiung in den öffentlichen Raum.

339 **Begründung**

340 Basiert auf dem [gleichnamigen Positionspapier](#) aus Bayern. Eine Vorstellung des Antrags
341 findet sich [hier](#).

342 Link: <http://digiwunschbuch.sub.uni-goettingen.de/>

343 **Antragsteller**

345 PA17: Moderner Sexualkundeunterricht

346 **Moderner Sexualkundeunterricht**

347 **Text**

348 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Bildung*" im Unterkapitel "*Lerninhalte*"
349 des Landesprogramms einen neuen Punkt mit der Überschrift "*Moderner*
350 *Sexualkundeunterricht*" einzufügen:

351 "Die Piraten Hamburg fordern einen modernen Aufklärungsunterricht in den Schulen. Dieser
352 soll den Schülern etwa auch das Thema Pornografie erklären und aufzeigen was dies mit Sex
353 und Sexualität zu tun hat. In Sexualkundeunterricht soll auch das Thema Homosexualität
354 behandelt und gezeigt werden, dass sie ein natürlicher Teil unserer Gesellschaft ist. Lehrer
355 sollen für die Themen regelmäßig weiter gebildet werden und es soll möglich sein externe,
356 freie Träger, wie etwa pro familia in den Unterricht mit einzubeziehen. Des Weiteren sollen die
357 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten darüber zu entscheiden, wer ihnen dieses
358 wichtige Thema vermitteln soll."

359 Zusätzlich wird noch ein Positionspapier verabschiedet, das den folgenden Text enthält:

360 **Moderner Sexualkundeunterricht**

361 Der Sexualkundeunterricht in den weiterführenden Schulen Hamburgs ist an die heutige Zeit
362 anzupassen und den zuständigen Lehrenden Materialien und Diskussionsgrundlagen an die
363 Hand zu geben, die sie zu einem modernen und aufgeklärten Sexualkundeunterricht befähigen.

364 Die bisherigen Lehrpläne lassen das Themenfeld der Internetpornografie außen vor.
365 Gleichzeitig fühlen sich aber hinreichend viele Schülerinnen und Schüler außerhalb des
366 Unterrichts mit diesem Material konfrontiert und werden so mit ihren Eindrücken allein
367 gelassen. Bisher gibt es eigentlich kaum Möglichkeiten das Thema adäquat im Unterricht zu
368 adressieren. Diesem Missstand muss Abhilfe geschaffen werden.

369 **Unterrichtsmaterial**

370 Die Piratenpartei Hamburg fordert, zeitgemäßes Unterrichtsmaterial zum Thema Pornografie
371 und Internetpornografie in den Sexualkundeunterricht an Hamburgischen weiterführenden
372 Schulen aufzunehmen. Dieses Unterrichtsmaterial soll unter anderem schriftliches und
373 visuelles Material beinhalten, das die Produktionsbedingungen, rezeptiven Codes und
374 Bedeutungen von Pornografie erläutert. Beispielhaft seien hier Filmdokumentationen über die
375 amerikanische Pornoindustrie genannt, die sich mit dem Themenkomplex durchaus kritisch
376 beschäftigen, indem sie die verschiedenen Seiten der Pornografieproduktion und des -konsums
377 betrachten und in einen gesellschaftspolitischen Zusammenhang stellen.

378 **Rechtliche Situation**

379 Durch die besondere Bildungssituation im Themenkomplex Pornografie im Rahmen des

380 Sexualekundeunterrichts muss es zumindest in eingeschränktem Maße möglich sein, FSK16
381 oder FSK18 Bilder und audiovisuelle Medien auch mit minderjährigen Schülerinnen und
382 Schülern gemeinsam zu sichten. Damit sind explizit keine Primärquellen gemeint, sondern
383 kontextgebende, einordnende Film- und Bilddokumente, die sich kritisch mit den
384 Entstehungsbedingungen von Pornografie, sowie dem in Pornos propagierten Bild von
385 Sexualität und dem damit verbundenen Menschenbild und Geschlechterrollen
386 auseinandersetzen. Die Sichtung erfolgt auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, der
387 Sexualekundeunterricht an sich soll jedoch verbindlich für jeden Schüler und jede Schülerin
388 sein.

389 **Weiterbildung**

390 Die Piratenpartei Hamburg fordert die fortlaufende Weiterbildung desjenigen Lehrpersonals an
391 weiterführenden Schulen in Hamburg, das den Sexualekundeunterricht an diesen Schulen
392 übernimmt. Falls die weiterführende Schule diesen Aspekt des fächerübergreifenden
393 Unterrichts an externes Fachpersonal auslagern möchte, sollte das im Rahmen einer
394 Qualitätssicherung des Unterrichts möglich gemacht werden. Das Lehrmaterial muss an die
395 Realität der Schüler angepasst und die Lehrenden auf ihre Aufgaben adäquat vorbereitet
396 werden, damit sie Diskussionen über das Thema Pornografie und Internetpornografie mit
397 Souveränität und Sicherheit führen können und die Schüler sich in ihren Themen ernst
398 genommen und aufgeklärt fühlen. Die Weiterbildung darf intern oder durch freie Träger
399 durchgeführt werden und ist mindestens einmal im Schuljahr zu absolvieren. Externes
400 Fachpersonal muss ebenfalls über die Erfahrung dieser Weiterbildungen verfügen, um für den
401 Sexualekundeunterricht an weiterführenden Schulen in Betracht gezogen zu werden.

402 **Kooperation mit freien Trägern**

403 Um die Erstellung von zeitgemäßem Unterrichtsmaterial und die qualifizierte Weiterbildung
404 des Hamburgischen Lehrpersonals zeitnah und hochwertig in die Wege zu leiten, erscheint es
405 jedenfalls zielführend, auf das Wissen freier Träger wie beispielsweise pro familia
406 zurückzugreifen. Eine hohe Qualität der Materialien und eine Aktualität der Weiterbildung
407 muss hierbei jedoch gewährleistet sein.

408 **Mitbestimmung der Schüler**

409 Die Schüler und Schülerinnen sollen in der Frage, wer ihnen den Sexualekundeunterricht
410 vermittelt, mitbestimmen dürfen. Nicht immer sind Biologie-Lehrer geeignet, dieses sensible
411 Thema souverän zu vermitteln - in manchen Fällen böte sich beispielsweise ein
412 Vertrauenslehrer eher an. In den Gremien der Schülerversammlung soll deshalb regelmäßig
413 darüber abgestimmt werden, welcher Lehrer den Sexualekundeunterricht an der Schule halten
414 oder ob das Thema lieber externen Experten anvertraut werden soll. Das Gremium der
415 Schülerversammlung wacht zudem darüber, ob der Sexualekundeunterricht tatsächlich in dem im
416 Lehrplan festgelegten Rahmen stattfindet und darf das Lehrerkollegium im Falle einer
417 Versäumnis ermahnen.

418 Die Kosten der Weiterbildung des ausgewählten Lehrpersonals und die Kostenübernahme des
419 externen Personals sind unter keinen Umständen auf die Schüler umzulegen.

420 **Begründung**

421 Basiert auf dem [Positionspapier](#) aus Bayern. Eine Vorstellung des Antrags findet sich [hier](#) (ab
422 ca. 6:40).

423 **Antragsteller**

424 Sascha

425 **PA18: Hochschulen fördern**

426 **Hochschulen fördern**

427 **Text**

428 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel "*Bildung*" ein neues Unterkapitel mit dem
429 Namen "*Hochschulen*" zu schaffen, dass folgenden Absatz enthält:

430 **Finanzierung**

431 Die Stadt Hamburg soll die Finanzen für die Hamburger Universität und anderen staatlichen
432 Hochschulen weiter aufstocken, damit diese ihrem Auftrag zur Forschung und Lehrer besser
433 nachkommen können. Die zusätzlichen Mittel sollen dabei aus dem Landeshaushalt kommen
434 und nicht von den Studenten in Form von Studiengebühren oder ähnlichen Abgaben erhoben
435 werden. Die Studierenden in den jeweiligen Hochschulen sind bei der Entscheidungsfindung
436 über die Investition der zusätzlichen Mittel einzubeziehen.

437 **Masterstudienplätze für alle**

438 Bei der Vergabe von Masterstudienplätzen fordert die Piratenpartei Hamburg, dass 100% aller
439 Bachelorabsolventen die Möglichkeit haben ein Masterstudium ihres jeweiligen Studienganges
440 an ihrer jeweiligen Hochschule beginnen zu können, wenn diese es wünschen. Eine
441 Limitierung der Studienplätze lehnen wir ab.

442 **Studieren ohne Regelstudienzeit**

443 Wir sind für die Abschaffung der Regelstudienzeit und äquivalente Regelungen an Hamburger
444 Hochschulen. Einige Studiengänge haben diese und ähnliche strenge Regeln, wie etwa die
445 Referenzsemesterregelung, bereits wieder abgeschafft, was wir für den richtigen Weg halten.
446 Wir gehen davon aus, dass nur so die Anzahl der erfolgreichen Studienabschlüsse an
447 Hamburger Hochschulen gesteigert werden kann, wenn jeder in seinem Tempo zu studieren
448 vermag.

449 **Begründung**

450 folgt

451 **Antragsteller**

452 Sascha

453 **PA19: Förderung von Computer- und Videospielen**

454 **Förderung von Computer- und Videospielen**

455 **Text**

456 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Kultur*" bzw. "*Kultur und Medien*" des
457 Landesprogramms den folgenden Abschnitt einzufügen:

458 **Förderung von Computer- und Videospielen**

459 Computer- und Videospiele besaßen schon immer die doppelte Rolle eines Wirtschafts- und
460 eines Kulturgutes. Stand in den letzten Jahrzehnten vor allem die wirtschaftliche Bedeutung
461 eines Spieles im Vordergrund, so ist in den letzten Jahren immer mehr eine Verlagerung zur
462 kulturellen und künstlerischen Bedeutung von Spielen zu beobachten. Dies geschah nicht
463 zuletzt auch aufgrund der Öffnung des Marktes für kleinere unabhängige Entwickler. Hamburg
464 ist eines der deutschen Zentren der Computer- und Videospieldproduktion. So gewannen
465 Hamburger Entwicklerstudios, wie auch Hamburger Studenten, schon mehrfach beim
466 Deutschen Computerspielpreis.

467 Die Stadt Hamburg förderte Spieleentwickler bereits früh und half ihnen etwa bei der
468 Gründung ihres Unternehmens, oder der Finanzierung konkreter Projekte, wurde zuletzt jedoch
469 zurückgefahren. Dieses Engagement der Stadt sollte wieder aufgenommen werden. Die
470 Piratenpartei Hamburg fordert, dass wieder eine Computer- und Videospieldförderung bei der
471 Kulturbehörde angesiedelt und aus dem Kompetenzbereich der Staatskanzlei entfernt wird.
472 Zudem soll die Förderung ausgebaut werden, so dass eine gezielte Förderung von Kleinst-
473 Klein- und Großprojekten möglich wird. Um Spiele zu fördern, die für den Europäischen oder
474 auch Weltmarkt entwickelt werden sollen, ist eine Kooperation mit der Wirtschaftsbehörde
475 anzustreben um so Hamburgs internationale Stellung zu stärken und auszubauen.

476 Bei der Zusammensetzung des Gremiums soll weiterhin darauf geachtet werden, dass nicht nur
477 Politiker, sondern auch weiterhin Experten aus Kunst und Kultur, der Forschung und Lehre
478 sowie auch der Medien aus dem Bereich der Computer- und Videospiele an der
479 Entscheidungsfindung beteiligt sind. Des Weiteren soll darauf geachtet werden, dass etwa bei
480 den Jugendschutzkriterien keine strengeren Maßstäbe angesetzt werden, als etwa bei der
481 Filmförderung. Eine Gleichbehandlung von Video- und Computerspielen mit Filmen ist zu
482 gewährleisten.

483 **Begründung**

484 folgt

485 **Antragsteller**

486 Sascha

487 **PA20: Asyl und Migration**

488 **Asyl und Migration**

489 **Text**

490 Der Landesparteitag möge beschließen ein neues Kapitel "*Asyl und Migration*" zu nach dem
491 Kapitel "*Demokratie und Bürgerrechte*" schaffen. Zusätzlich wird der Abschnitt "*Integrativer*
492 *Umgang mit Asylbewerbern*" in das neue Kapitel verschoben.

493 Anschließend sollen folgende Abschnitte dem Kapitel hinzugefügt werden:

494 **Residenzpflicht abschaffen**

495 Die Piratenpartei Hamburg setzen sich für ein Ende der Residenzpflicht ein. Jedem Flüchtling,
496 der in Hamburg lebt, ist die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ohne
497 Einschränkungen zu gewähren. Durch die bisherige Regelung der Residenzpflicht werden die
498 Möglichkeiten der Flüchtlinge, für ihre Rechte im Rahmen von Versammlungen einzutreten
499 und an Treffen innerhalb von Organisationen teilzunehmen ebenso begrenzt wie familiäre und
500 freundschaftliche Treffen.

501 Als ersten Schritt soll Hamburg mit allen Bundesländern, insbesondere mit den Umliegenden,
502 Verträge schließen, die den Flüchtlingen erlauben frei durch sie zu reisen.

503 **Grundrechte auf alle Menschen ausweiten**

504 Wir nehmen die Diskriminierung von Flüchtlingen, die in ihrer Freizügigkeit, ihrer
505 Selbstbestimmung, ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden, nicht
506 hin. Die Gewährung dieser Grundrechte wird nicht nur durch das Grundgesetz und die
507 Landesverfassung bestimmt, die Rechte gehören zur Grundlage jeder demokratischen
508 Gesellschaft. Wir wollen den Flüchtlingen in unserer Stadt beweisen, dass Demokratie und
509 Grundrechte sich nicht nur auf die Bürger eines Staates oder Landes beschränken, sondern alle
510 in unserem Land lebenden Menschen einschließt.

511 **Lebenssituation von Flüchtlingen verbessern**

512 Als Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Asylsuchenden und geduldeten
513 Flüchtlingen werden wir außerdem folgende Punkte umsetzen:

- 514 • Eine individuelle Betrachtung der Fluchtgründe von Asylbewerbern, die sich an der
515 konkreten politisch-gesellschaftlichen Situation des jeweiligen Heimatlandes bemisst
516 und außerdem die langfristige Abschaffung der Drittstaatenregelung.
- 517 • Die Verletzung des Rechts auf ein zügiges Verfahren gemäß Artikel 6 der Europäischen
518 Menschenrechtskommission (EMRK) durch Verschleppung wird beendet.
- 519 • Die Schaffung von Beratungen, unter welchen Umständen eine Rückkehr in das
520 jeweilige Ursprungsland möglich wäre, sofern dies vom Antragsteller gewünscht ist,
521 bzw. wie eine Integration in unsere Gesellschaft zu gestalten ist.
- 522 • Eine Bleiberechtsregelung, die die gesamte Familie umfasst und die besondere
523 Situation von Eltern und Kindern berücksichtigt.
- 524 • Ein generelles Ende der Praxis der Abschiebehaft, gerade bei Minderjährigen.
- 525 • Eine umfassende Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete und Erleichterungen,
526 die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen.
- 527 • Schnelleren Zugang zu Sprachkursen.
- 528 • Den kostenfreien Zugang zu traditionellen und neuen Medien in

- 529 Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen.
530 • Den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und die weiterreichende
531 Anerkennung von Qualifikationsnachweisen aus dem Heimatland, sowie Maßnahmen
532 zur Weiterbildung, um die Integration auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern.
533 • Die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze wie des
534 Asylbewerberleistungsgesetzes.

535 **Begründung**

536 Entspricht in etwa dem Abschnitt im [Berliner Wahlprogramm von 2011](#). Verweis aufs
537 Bundesprogramm, wo bereits ähnliches festgeschrieben ist, halte ich nicht sinnvoll. Sieht am
538 Infostand (oder in Gesprächen mit Journalisten) nicht so gut aus, wenn man den Leuten nichts
539 in die Hand geben kann, und außerdem ist vieles aus der Flüchtlingsproblematik Ländersache.
540 Ein eigenes Asyl- und Migrationsprogramm ist somit sinnvoll.

541 **Antragsteller**

542 Sascha

543 **PA21: Bleiberecht für Lampedusa-Flüchtlinge**

544 **Bleiberecht für Lampedusa-Flüchtlinge**

545 **Text**

546 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Asyl und*
547 *Migration*", sofern es existiert, und ansonsten dem Kapitel "*Sonstige Themen*" hinzuzufügen:

548 **Bleiberecht für Lampedusa-Flüchtlinge**

549 Die Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg sind eine besondere Gruppe. Sie wurden in der
550 Vergangenheit schon öfter schikaniert und der Umgang der Stadt mit ihnen ist in unseren
551 Augen nicht hinnehmbar. Statt einer befristeten Duldung fordern wir Piraten generelles
552 Bleiberecht nach §23 Aufenthaltsgesetz sowie eine sofortige Arbeitserlaubnis.

553 **Begründung**

554 Dezierte Position zu den Lampedusa-Flüchtlingen, die in unserer Stadt ein gesondertes
555 Thema sind um an den bestehenden Dialog anzuknüpfen.

556 **Antragsteller**

557 Sascha

558 **PA22: Wirtschaft, Finanzen & Arbeit, Soziales**

559 **Wirtschaft, Finanzen & Arbeit, Soziales**

560 **Text**

561 Der Landesparteitag möge beschließen das Kapitel "*Wirtschaft*" in "*Wirtschaft und Finanzen*"
562 umzubenennen, sowie ein neues Kapitel "*Arbeit und Soziales*" dem Landesprogramm
563 hinzuzufügen. Zusätzlich werden folgende Abschnitte aus dem Kapitel "*Sonstige Themen*" in
564 die neue Kapitel verschoben:

565 Arbeit und Sozial:

- 566 • "*1-Euro-Jobs abschaffen*"

567 Wirtschaft und Finanzen:

- 568 • "*Soziale und gerechte Besteuerung von Immobilien*"
- 569 • "*Einnahmen verbessern statt unsozialer Sparmaßnahmen*"

570 **Begründung**

571 Vergrößert das Kapitel und befreit die sozialen Themen aus dem Kapitel "Sonstiges".

572 **Antragsteller**

573 Sascha

574 **PA23: Update Frühkindliche Bildung**

575 **Update Frühkindliche Bildung**

576 **Text**

577 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Frühkindliche Bildung*" den Satz

578 "*Dafür müssen flächendeckende, ausreichende Betreuungsangebote für Kinder geschaffen*
579 *werden, die wohnort- oder arbeitsplatznah und qualitativ hochwertig sind und für alle*
580 *Altersgruppen offensten.*"

581 durch

582 "*Dafür müssen flächendeckende, ausreichende Betreuungsangebote für Kinder geschaffen*
583 *werden, die wohnort- oder arbeitsplatznah, qualitativ hochwertig, Rund um die Uhr verfügbar*
584 *sind und für alle Altersgruppen offen stehen.*"

585 zu ersetzen.

586 Zusätzlich soll der Satz "*Wir lehnen nicht nur die sogenannte Kita-Gebührenerhöhung ab,*
587 *sondern fordern die Abschaffung sämtlicher Kita- und Kindergartengebühren.*" komplett
588 gestrichen und aus dem darauf folgenden Satz das Wort "*ebenfalls*".

589 **Begründung**

590 Update

591 **Antragsteller**

592 Sascha

593 **PA24: Recht auf das Erlernen der eigenen Muttersprache**

594 **Recht auf das Erlernen der eigenen Muttersprache**

595 **Text**

596 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Bildung*"
597 hinzuzufügen:

598 **Erlernen der Muttersprache**

599 Jedem Schüler mit Migrationshintergrund soll die Möglichkeit gegeben werden die eigene
600 Muttersprache zu erlernen. Dies könnte in Form von zweistündigen Unterricht erfolgen. Ist
601 kein Lehrpersonal mit den entsprechenden Fähigkeiten vorhanden, kann dies auch durch eine
602 externe Lehrkraft durchgeführt werden.

603 **Begründung**

604 Wenn die Muttersprache beherrscht wird, ist es einfacher eine weitere Sprache zu erlernen. Des
605 Weiteren ist es wichtig, dass jeder Mensch sich ernst genommen fühlt, das dient der
606 Integration.

607 **Antragsteller**

608 Stephi

609 **PA25: Update G8/G9**

610 **Update G8/G9**

611 **Text**

612 Der Landesparteitag möge beschließen, das Kapitel "*Überarbeitung der Lehrpläne für*
613 *Hamburger Gymnasien*" zu streichen und stattdessen folgendes an der selben Stelle
614 einzufügen:

615 **G8-Lehrpläne anpassen, G9 wieder einführen**

616 Obgleich die Piratenpartei die Verkürzung der Gymnasialschulzeit um ein Jahr, G8 genannt,
617 nicht befürwortet, so sind wir doch dafür die Lehrpläne da weiter anzupassen, wo es noch
618 Schwierigkeiten geben sollte. Dies soll den Lehrern ermöglichen besser den Schülern den
619 Lehrstoff vermitteln zu können. Ohne entsprechende Anpassungen entsteht eine Mehrbelastung

620 für Schüler und Lehrer und sorgt für ein Lernen, das sich überwiegend durch Auswendiglernen
621 von Inhalten und Arbeitsschritten auszeichnet. Im Gegensatz dazu besteht das
622 Bildungsverständnis der Piratenpartei hauptsächlich aus der Beherrschung von Methoden, dem
623 Verständnis von Inhalten sowie pädagogischer Arbeit.

624 Gleichzeitig sind wir jedoch dafür, dass das alte G9-Prinzip wieder eingeführt wird.
625 Jugendlichen sollte die Möglichkeit gegeben werden ein Jahr länger zu lernen. Eine
626 schnellstmögliche Bereitstellung der Schülerinnen und Schüler für den Arbeitsmarkt darf nicht
627 der Hauptzweck einer Schule sein.

628 **Begründung**

629 Überarbeitung der Passage, Positionierung weg von G8 hin zu G9.

630 **Antragsteller**

631 Sascha

632 **PA26: Update informationstechnischer Unterricht**

633 **Update informationstechnischer Unterricht**

634 **Text**

635 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel "*Schaffung des informationstechnischen*
636 *Unterrichts*" im dritten Satz das Wort "*Limitationen*" durch "*Grenzen*" zu ersetzen.

637 **Begründung**

638 Update

639 **Antragsteller**

640 Sascha

641 **PA27: Demokratisierung der Bildung**

642 **Demokratisierung der Bildung**

643 **Text**

644 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Bildung*" nach dem Abschnitt "*Freier*
645 *Zugang*" eine neue Überschrift einzubauen mit dem Titel "*Demokratisierung der Bildung*".
646 Anschließend soll folgender Text dem neuen Abschnitt hinzugefügt werden.

647 Wir setzen uns für eine Demokratisierung der Schul- und Bildungslandschaft ein. Das bedeutet
648 für uns die stärkere Beachtung der Persönlichkeitsrechte von Auszubildenden, Praktikanten,
649 Trainees, Schülern und Studenten ebenso wie die der Lehrenden. Wir wollen die

650 Demokratisierung des Bildungsbereichs auf allen Ebenen, unter anderem durch weitergehende
651 Rechte für die Schülermitverwaltungen und die Studierendenschaften, erreichen (ähnlich wie
652 bei der betrieblichen Mitbestimmung).

653 **Begründung**

654 Entspricht dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen Wahlprogramm](#).

655 **Antragsteller**

656 Sascha

657 **PA28: Kapitel Schulen**

658 **Kapitel Schulen**

659 **Text**

660 Der Landesparteitag möge beschließen, die beiden Kapitel "*Lerninhalte*" und
661 "*Lehrmaterialien*" zu einem gemeinsamen Kapitel "*Schulen*" zusammenzufassen. Alle bereits
662 enthaltenden Abschnitte, sowie neu hinzugekommene abschnitte werden übernommen.

663 **Begründung**

664 Beide Kapitel befassen sich nur mit Schulen, weshalb es Sinn macht sie zu gruppieren.
665 Nachfolgende Anträge passen zudem eher in ein solches Kapitel, als in eines der beiden
666 bestehenden.

667 **Antragsteller**

668 Sascha

669 **PA29: Erziehung zur Demokratie**

670 **Erziehung zur Demokratie**

671 **Text**

672 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt an den Anfang des Kapitels
673 "*Schule*" bzw. "*Lerninhalte*" hinzuzufügen:

674 **Erziehung zur Demokratie**

675 Die gelebte Vermittlung der Grundprinzipien unserer demokratischen Staats- und
676 Gesellschaftsform ist eine der Aufgaben staatlicher Bildungseinrichtungen. Durch die frühe
677 Möglichkeit, sich an (schul)-politischen Entscheidungen zu beteiligen und Themen zu
678 erarbeiten, wollen wir auch der Politikverdrossenheit unter Jugendlichen vorbeugen. Außerdem
679 können Kinder und Jugendliche demokratische Prinzipien und Werte auf diese Art und Weise

680 kennen und schätzen lernen, wodurch sie kritischer mit extremistischem Gedankengut
681 umgehen können. Parallel hierzu wollen wir den gesellschaftskundlich-politischen Unterricht
682 ausbauen.

683 **Begründung**

684 Entspricht dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen Wahlprogramm](#).

685 **Antragsteller**

686 Sascha

687 **PA30: Fließende Schullaufbahn**

688 **Erziehung zur Demokratie**

689 **Text**

690 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt an den Anfang des Kapitels
691 "Schule" bzw. "Lerninhalte" hinzuzufügen:

692 **Fließende Schullaufbahn**

693 Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit haben, ihre Schullaufbahn individuell zu
694 planen und zu absolvieren. Das bedeutet insbesondere, dass Schülerinnen und Schüler die
695 Möglichkeit haben sollen, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu lernen. Die
696 Piratenpartei Hamburg setzt sich somit dafür ein, dass allen Schulen langfristig die Möglichkeit
697 gegeben wird, Klassenverbände aufzulösen und zum Beispiel durch ein flexibles Kurssystem
698 zu ersetzen, das zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystems löst: Schülerinnen und
699 Schüler werden nicht mehr über- oder unterfordert oder zum Überspringen von Klassen
700 genötigt, sondern können Kurse wählen, die ihrem individuellen Fortschritt entsprechen. Eine
701 erzwungene Unterteilung in verschiedene Schulstufen findet nicht mehr statt.

702 **Begründung**

703 Entspricht dem gleichnamigen Punkt aus dem [Berliner Wahlprogramm](#).

704 **Antragsteller**

705 Sascha

706 **PA31: Ganztagsbetreuung an Schulen**

707 **Ganztagsbetreuung an Schulen**

708 **Text**

709 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt im Kapitel "Schulen", sofern

710 es existiert, und ansonsten in das Kapitel "*Bildung*" hinzuzufügen:

711 **Ganztagsbetreuung an Schulen**

712 Bildungseinrichtungen sollen Angebote zur Ganztagesbetreuung bereitstellen beziehungsweise
713 weiter ausbauen. Das Betreuungsangebot soll den Unterricht um zusätzliche
714 Bildungsmöglichkeiten und Aktivitäten ergänzen. Neben Hausaufgabenbetreuung und
715 Nachhilfe soll ein möglichst breites Angebot an kulturellen, geistes-, naturwissenschaftlichen
716 sowie sportlichen Tätigkeiten ermöglicht werden. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Vereinen
717 und Organisationen zu beiderseitigem Vorteil ausdrücklich erwünscht. Bei der Ausgestaltung
718 des nachschulischen Angebotes sind die Schüler miteinzubeziehen um Angebote zu schaffen
719 für die sie sich interessieren.

720 **Begründung**

721 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
722 [Wahlprogramm](#).

723 **Antragsteller**

724 Sascha

725 **PA32: Schulspeisung**

726 **Schulspeisung**

727 **Text**

728 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt im Kapitel "*Schulen*", sofern
729 es existiert, und ansonsten in das Kapitel "*Bildung*" hinzuzufügen:

730 **Schulspeisung**

731 Eine gesunde Ernährung ist aus Gründen der körperlichen und geistigen Entwicklung und der
732 Konzentrationsfähigkeit der Kinder wichtig. Berufstätige Eltern, besonders Alleinerziehende,
733 haben nicht immer die Möglichkeit, ihren Kindern ein Mittagessen zu bieten. Schulspeisungen
734 können dazu beitragen, dass sich ihre Kinder trotzdem ausgewogen ernähren. Wir fordern
735 daher die Einführung vollwertiger Schulspeisungen an allen Schulen und Kindertagesstätten.
736 Die Finanzierung dieser Schulspeisungen soll Aufgabe der Stadt sein, damit alle Schüler
737 unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lage der Familie diskriminierungsfrei daran
738 teilnehmen können.

739 **Begründung**

740 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
741 [Wahlprogramm](#).

742 **Antragsteller**

743 Sascha

744 PA33: Barrierefreies Lernen

745 Barrierefreies Lernen

746 Text

747 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt im Kapitel "*Schulen*", sofern
748 es existiert, und ansonsten in das Kapitel "*Bildung*" hinzuzufügen:

749 Barrierefreies Lernen

750 Die Piratenpartei Hamburg möchte dem Risiko der Ausgrenzung für Kinder mit besonderem
751 Förderbedarf bei einer Sonderschuleinstufung entgegenzutreten. Der gemeinsame Unterricht von
752 Kindern mit und ohne Behinderung wirkt sich auf den Lernerfolg beider Gruppen positiv aus,
753 wie internationale Studien beweisen. Deshalb wollen wir das hierzulande betriebene Modell
754 der Sonderschule soweit wie möglich verlassen und eine Schule für alle ermöglichen.

755 Begründung

756 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
757 [Wahlprogramm](#).

758 Antragsteller

759 Sascha

760 PA34: Kleinere Klassen, bessere Betreuung

761 Kleinere Klassen, bessere Betreuung

762 Text

763 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt im Kapitel "*Schulen*", sofern
764 es existiert, und ansonsten in das Kapitel "*Bildung*" hinzuzufügen:

765 Kleinere Klassen, bessere Betreuung

766 Wir fordern einen Betreuungsschlüssel bzw. eine Klassengröße, die einen verbesserten
767 Unterricht sowie eine individuelle Betreuung zum Ziel hat. Dazu gehört die Schaffung neuer
768 Lehrerstellen und eine angemessene Fort- und Weiterbildung der Lehrer. Auch die Qualität des
769 Unterrichts soll regelmäßig überprüft werden. Dabei sollte man sich an aktuellen
770 psychologisch-pädagogisch und soziologisch anerkannten internationalen und nationalen
771 Bildungsstudien für die entsprechenden Lerngruppen orientieren. Die Anzahl der
772 Schulsozialarbeiter – auch an Gymnasien – muss erhöht werden.

773 Lehrern soll es gestattet sein, bei Bedarf kleine Klassen einzuklagen. Die von dem Lehrer als

774 maximal eingeschätzte Klassengröße soll von unabhängiger Stelle gegengeprüft werden. Der
775 Bedarf ist gegeben, wenn ein reibungsfreier Unterricht oder die Integration einzelner Schüler
776 nicht mehr möglich ist. Weiterhin ist der Bedarf kleiner Klassen gegeben, wenn begründet
777 angegeben werden kann, warum auf Grund der zu großen Klasse die Ziele des
778 Bildungsprogramms nicht umsetzbar sind.

779 **Begründung**

780 Entspricht in etwa dem Punkt *Bessere Betreuung* aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
781 [Wahlprogramm](#). Nicht alle Klassen sind gleich und in einigen Klassen benötigen Schüler
782 besondere Aufmerksamkeit. Der besondere Betreuungsbedarf kann am besten von den
783 betroffenen Lehrern beurteilt werden. Durch den erhöhten Betreuungsaufwand bei
784 Inklusionsschülern, hohen Migrationsanteilen sowie verhaltensauffällige Schüler kann es
785 erforderlich sein Klassen zu verkleinern.

786 **Antragsteller**

787 Sascha

788 **PA35: Angebote für Schüler mit Lernschwierigkeiten und**
789 **Hochbegabtenförderung**

790 **Angebote für Schüler mit Lernschwierigkeiten und Hochbegabtenförderung**

791 **Text**

792 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt im Kapitel "*Schulen*", sofern
793 es existiert, und ansonsten in das Kapitel "*Bildung*" hinzuzufügen:

794 **Angebote für Schüler mit Lernschwierigkeiten und Hochbegabtenförderung**

795 Schüler sind unterschiedlich und haben individuelle Begabungen und Talente. Wenn diese
796 Unterschiede nicht berücksichtigt werden, führt dies dazu, dass einzelne Schüler nicht ihrem
797 Potential gemäß gefördert werden. Die Über- oder Unterforderung einzelner Schüler führt
798 außerdem zu Verhaltensauffälligkeiten und einem schlechten Lernklima innerhalb der
799 Klassengemeinschaft.

800 Wir setzen auf Individualität in der Bildung und sprechen uns für geeignete Angebote und
801 Förderungen sowohl für Schüler mit Lernbehinderungen als auch für sogenannte Hochbegabte
802 aus. Die Erforschung der entsprechenden Phänomene und die Einbindung von
803 Interessengruppen sollte Ziel sein, um ein Bildungsklima zu schaffen, dass sich an der
804 individuellen Realität, statt an einem theoretischen Durchschnittsschüler orientiert.

805 **Begründung**

806 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
807 [Wahlprogramm](#).

808 **Antragsteller**

809 Sascha

810 **PA36: Persönlichkeitsrechte der Schüler und Lehrer achten**

811 **Persönlichkeitsrechte der Schüler und Lehrer achten**

812 **Text**

813 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt im Kapitel "*Schulen*", sofern
814 es existiert, und ansonsten in das Kapitel "*Bildung*" hinzuzufügen:

815 **Persönlichkeitsrechte der Schüler und Lehrer achten**

816 Die Privat- und Intimsphäre sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von
817 Schülern und Lehrern müssen gewahrt bleiben. Videoüberwachung und private
818 Sicherheitsdienste haben keinen Platz in Schulen. Das erfassen und sammeln biometrischer
819 Daten von Schülern und Lehrer, wie etwa deren Fingerabdrücke, lehnen wir kategorisch ab.
820 Präventive Durchsuchungen und Kontrollen sind zu unterlassen. Die Unschuldsvermutung gilt
821 auch für Schüler. Diese unter Generalverdacht zu stellen, zerstört das Vertrauen zu Schule und
822 Lehrern, ohne welches Unterricht und Erziehung nicht möglich sind.

823 **Begründung**

824 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
825 [Wahlprogramm](#). Erweitert um biometrische Daten (Fingerabdruckscanner).

826 **Antragsteller**

827 Sascha

828 **PA37: Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern**

829 **Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern**

830 **Text**

831 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Bildung*"
832 hinzuzufügen:

833 **Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern**

834 Von Erziehern und Betreuern im vorschulischen Bereich wird immer mehr gefordert. Die
835 Bezahlung sowie Aus- und Fortbildung dieser für die Entwicklung der Kinder so wichtigen
836 Pädagogen ist den neuen Anforderungen und der erhöhten Belastung anzupassen.

837 **Begründung**

838 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)

839 [Wahlprogramm](#).

840 **Antragsteller**

841 Sascha

842 **PA38: Förderung Erwachsenenbildung**

843 **Förderung Erwachsenenbildung**

844 **Text**

845 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Bildung*"
846 hinzuzufügen:

847 **Förderung Erwachsenenbildung**

848 Wir wollen ein integratives Konzept »Lebenslanges Lernen« aufbauen, das Volkshochschulen
849 mit Schulen, Fachhochschulen, Berufsschulen, Universitäten und andere
850 Bildungseinrichtungen zu einem Verbund der Erwachsenenbildung effektiv zusammenführt.
851 Vor allem ältere Menschen in unserer Gesellschaft dürfen nicht vom Gebrauch neuer Medien
852 abgeschnitten werden, deshalb fordern wir hier ganz besonders entsprechende
853 Fortbildungsangebote.

854 **Begründung**

855 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
856 [Wahlprogramm](#).

857 **Antragsteller**

858 Sascha

859 **PA39: Familienfreundlicher Zugang zu Bildung**

860 **Familienfreundlicher Zugang zu Bildung**

861 **Text**

862 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Abschnitt "*Freier*
863 *Zugang*" im Kapitel "*Bildung*" hinzuzufügen:

864 **Familienfreundlicher Zugang zu Bildung**

865 Nachschulische Bildung (z.B. an berufsbildenden Schulen und Hochschulen, sowie
866 Ausbildungsbetrieben) soll familienfreundlicher gestaltet werden. Ausbildungs-, Studien- und
867 Prüfungsordnungen sind gegebenenfalls so zu ändern, das Eltern- oder Pflegezeiten nicht zu
868 negativen Auswirkungen aus formalen Gründen führen können. Aus- und Weiterbildung

869 müssen parallel zur Kindererziehung möglich sein. Dazu muss z.B. die Kinderbetreuung in
870 Betrieben und an Hochschulen ausgebaut werden.

871 **Begründung**

872 Entspricht in etwa dem Punkt "*Familienfreundliche Nachschulische Bildung*" aus dem
873 [Schleswig-Holsteinischen Wahlprogramm](#).

874 **Antragsteller**

875 Sascha

876 **PA40: Förderung von offenen Arbeitsstrukturen**

877 **Förderung von offenen Arbeitsstrukturen**

878 **Text**

879 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Wirtschaft*" bzw.
880 "*Arbeit und Soziales*" hinzuzufügen:

881 **Förderung von offenen Arbeitsstrukturen**

882 Wir setzen uns für die Förderung von offenen Arbeitsstrukturen wie Hackerspaces (von Hacker
883 und Space, engl. für Raum) und Co-Workingspaces ein. Es handelt sich dabei um offene
884 Räume für die verschiedensten Berufsbereiche, die von mehreren Gruppen oder Personen zum
885 gemeinsamen Arbeiten genutzt werden. Als »Büro-WGs« speziell für Heimarbeiter oder
886 Selbständige schaffen sie Mehrwert für den Einzelnen und die Gemeinschaft.

887 Die so geschaffenen Möglichkeiten bieten ein großes Innovationspotenzial. Dem Bürger wird
888 die Chance gegeben, seine sozialen und beruflichen Talente im Austausch und in der
889 Zusammenarbeit mit anderen zu entfalten. Darüber hinaus bieten sie offene Arbeitsstrukturen
890 flexible Arbeitszeiten und stellen damit eine Möglichkeit dar, Familie, Freizeit und Beruf in
891 Einklang zu bringen. Wir möchten die Bereitstellung von leer stehenden Räumlichkeiten für
892 solche Projekte fördern.

893 **Begründung**

894 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
895 [Wahlprogramm](#).

896 **Antragsteller**

897 Sascha

898 **PA41: Begrenzung der Leiharbeit**

899 **Begrenzung der Leiharbeit**

900 **Text**

901 Der Landesparteitag möge beschließen, den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Wirtschaft*"
902 bzw. "*Arbeit und Soziales*" hinzuzufügen:

903 **Begrenzung der Leiharbeit**

904 Arbeitnehmerüberlassung ist ursprünglich ein Instrument der Wirtschaft, um Auftragsspitzen
905 zu bewältigen, wird aber zunehmend missbraucht.

906 In einzelnen Unternehmen stellen die Leiharbeitskräfte mittlerweile betriebsintern eine Art
907 Konkurrenz und Druckmittel gegen die Stammelegschaft dar und ersetzen diese sogar. In
908 vielen Fällen werden langjährige Mitarbeiter in Untergesellschaften ausgegliedert und zu
909 schlechteren Bedingungen »neu« weiterbeschäftigt.

910 Leiharbeit sollte wegen ihres Missbrauchspotenzials wieder begrenzt werden. Wir wollen, dass
911 die Stadt Hamburg dazu eine entsprechende Initiative im Bundesrat startet. Leiharbeiter sollen
912 nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt
913 werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag ab dem
914 dritten Monat entschädigt werden.

915 **Begründung**

916 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
917 [Wahlprogramm](#).

918 **Antragsteller**

919 Sascha

920 **PA42: Missbrauch von Praktika verhindern**

921 **Missbrauch von Praktika verhindern**

922 **Text**

923 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Wirtschaft*" bzw.
924 "*Arbeit und Soziales*" hinzuzufügen:

925 **Missbrauch von Praktika verhindern**

926 Praktikanten sind nicht dafür da, die Leistung eines Unternehmens zu erhöhen, sondern um ihr
927 Wissen und praktische Fähigkeiten zu erweitern. Arbeitgeber, die Praktikanten als billige
928 Arbeitskräfte ausbeuten, verhalten sich nicht nur unfair gegenüber den Praktikanten sondern
929 auch gegenüber ihren Mitbewerbern und den sozialen Sicherungssystemen.

930 Darum wollen wir die Regelungen für Praktika verschärfen. Probezeit, Werkstudententätigkeit
931 und befristete Arbeitsverträge sind ausreichende Werkzeuge des Arbeitsmarkts, um
932 Berufsanfängern den Start in das Berufsleben zu erleichtern oder ein neues Arbeitsverhältnis zu

933 ermöglichen.

934 **Begründung**

935 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
936 [Wahlprogramm](#).

937 **Antragsteller**

938 Sascha

939 **PA43: Verbesserte Steuerprüfung**

940 **Verbesserte Steuerprüfung**

941 **Text**

942 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt dem Kapitel "*Wirtschaft*" bzw.
943 "*Wirtschaft und Finanzen*" hinzuzufügen:

944 **Verbesserte Steuerprüfung**

945 Den öffentlichen Haushalten gehen durch Steuerbetrug Milliarden an Einnahmen verloren, da
946 Steuerhinterziehung häufig nicht aufgedeckt und geahndet wird. Neben dem Personalmangel
947 bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung sind dafür auch die kurzen Prüfzeiten
948 verantwortlich, zu denen die Betriebsprüfer angehalten sind.

949 Wir setzen uns dafür ein, dass Steuerprüfer wirklich unabhängig arbeiten können. Die
950 Prüfzeiten sollen in Großbetrieben ausgeweitet werden, um eine ausreichende Prüfung zu
951 gewährleisten. Die Umsatzsteuerprüfungen sollen durch Bereitstellung von Steuerprüfern der
952 Stadt gestärkt werden.

953 **Begründung**

954 Entspricht in etwa dem gleichnamigen Punkt aus dem [Schleswig-Holsteinischen](#)
955 [Wahlprogramm](#).

956 **Antragsteller**

957 Sascha

958 **PA44: Stärkung der Rechte Prostituiertes**

959 **Stärkung der Rechte Prostituiertes**

960 **Text**

961 Der Landesparteitag möge beschließen, dem Kapitel "*Arbeit und Soziales*" bzw. "*Sonstige*

962 *Themen"* im Landesprogramm folgenden Abschnitt hinzuzufügen:

963 **Stärkung der Rechte Prostituerter**

964 Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution fällt unter das Recht auf freie Berufswahl
965 sowie unter das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Die Entscheidung zur Ausübung der
966 Prostitution ist daher von Staat und Gesellschaft zu akzeptieren. Eine Diskriminierung und
967 Kriminalisierung von Sexarbeitskräften und ihren Kunden lehnt die Piratenpartei Hamburg ab.

968 Selbstbestimmt tätige Sexarbeitskräfte sind keine Opfer, solange sie ihren Beruf
969 eigenverantwortlich auf der Grundlage freier Entscheidung ausüben. Ihre Tätigkeit bedarf
970 besonderer Fähigkeiten und Kenntnisse und verdient gesellschaftliche Anerkennung.

971 Deshalb werden wir alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend
972 prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und die Rechte
973 von Sexarbeitskräfte sicherzustellen. Die Stärkung der Rechte selbstbestimmt tätiger
974 Sexarbeitskräfte ist das beste Mittel gegen jedwede Fremdbestimmung. Sie dient der
975 rechtlichen Gleichbehandlung sowie der freien und ungehinderten Berufsausübung.

976 Gesetzesinitiativen, auch auf Bundesebene, die zum Ziel haben den Prostitutionsberuf mit
977 zusätzlichen besonderen Auflagen und Meldepflichten zu belegen, sind daher abzulehnen,
978 ebenso wie Verbote bestimmter Sexpraktiken.

979 Ebenfalls abzulehnen sind Versuche hier vor Ort, u.a. mit Hilfe von Sperrgebietsverordnungen,
980 Kontaktverbotsverordnungen und "Gefahrengebieten" das Prostitutionsgewerbe in Hamburg
981 aus traditionellen Rotlichtvierteln in unübersichtliche, nachts nahezu menschenleere
982 Industriegebiete zu vertreiben. Dies schadet nicht nur dem legitimen Geschäft, sondern
983 gefährdet im Zweifelsfall auch nicht unwesentlich die Sicherheit der Sexarbeitskräfte.

984 **Begründung**

985 Ergibt sich aus dem Text. Die ersten drei Absätze sind mehr oder weniger aus dem Programm
986 zur Bundestagswahl 2013 übernommen. Absatz vier betrifft ein derzeitiges Vorhaben der
987 GroKo, das Prostitutionsgesetz zu "reformieren". Absatz fünf bezieht sich im Wesentlichen auf
988 Pläne im Senat, die Szene aus St. Georg nach Rothenburgsort zu vertreiben.

989 **Antragsteller**

990 Burkhard Maseida

991 **PA45: Abschaffung der Reiterstaffel**

992 **Abschaffung der Reiterstaffel**

993 **Text**

994 Der Landesparteitag möge beschließen, dem Kapitel "*Innere Sicherheit*" im Landesprogramm
995 folgenden Abschnitt hinzuzufügen:

996 **Abschaffung der Reiterstaffel**

997 Die Reiterstaffel der Polizei ist ein teures Prestigeobjekt und in der urbanen Umgebung eines
998 Stadtstaats nicht sinnvoll einsetzbar. Deswegen sollte sie abgeschafft werden.

999 **Begründung**

1000 Niemand weiß, wozu wir die Reiterstaffel überhaupt haben. Der Ahlhaus fand das damals cool,
1001 die SPD wollte sie eigentlich schon abschaffen, hat dann aber eine Rolle rückwärts gemacht,
1002 und jetzt wird sie halt zur Rechtfertigung hier und da mal eingesetzt. Dabei hat man oft das
1003 Gefühl, die Pferde wären am liebsten gerade woanders und die Reiter hätten nur minimale
1004 Kontrolle über ihre Tiere.

1005 **Antragsteller**

1006 Burkhard Masseida

1007 **PA46: Keine Vorratsdatenspeicherung**

1008 **Keine Vorratsdatenspeicherung**

1009 **Text**

1010 Der Landesparteitag möge beschließen, dem Kapitel "*Innere Sicherheit*" im Landesprogramm
1011 folgenden Abschnitt hinzuzufügen:

1012 **Keine Vorratsdatenspeicherung**

1013 Die Vorratsdatenspeicherung wurde vom Bundesverfassungsgericht wie vom Europäischen
1014 Gerichtshof gestoppt. Neuerlichen Versuchen, sie wieder einzuführen, muss die Freie und
1015 Hansestadt Hamburg entschieden entgegen treten und entsprechende Gesetzesinitiativen im
1016 Bundesrat ablehnen.

1017 **Begründung**

1018 Haben wir im Landesprogramm noch nicht. Ist aber ein sehr zentrales Piratenthema, dass zur
1019 Wahl nicht in unserem Programm fehlen sollte.

1020 **Antragsteller**

1021 Burkhard Masseida

1022 **PA47: Einführung von Evaluationssystemen an Schulen**

1023 **Einführung von Evaluationssystemen an Schulen**

1024 **Text**

1025 Der Landesparteitag möge beschließen, dem Kapitel "*Lerninhalte*" bzw. "*Schulen*" im
1026 Landesprogramm folgenden Abschnitt hinzuzufügen:

1027 **Einführung von Evaluationssystemen an Schulen**

1028 In Schulen soll die Qualität des Unterricht durch Evaluationen verbessert werden. Schüler ab
1029 der 5. Klasse sollen die Möglichkeit haben in diesem Rahmen ihre Kritik konstruktiv zu äußern
1030 und dadurch die Lehre positiv zu beeinflussen und sie in diesem Rahmen mitzugestalten. Die
1031 Evaluationen sollen den Lehrer das Feedback geben welche Lehrmethoden von den Schülern
1032 gut angenommen werden und welche einer Verbesserung bedürfen.

1033 Es liegt jedoch im Ermessen des Lehrers die ausgeübte Kritik zu übernehmen.

1034 **Begründung**

1035 Die Qualität der Lehre an Universitäten und Hochschulen wird schon erfolgreich durch
1036 Evaluationen überprüft und trägt zur Verbesserung der Lehre bei. Schulen könnte dies
1037 ebenfalls zur Gute kommen, da Schüler durch die konstruktive Kritik Einfluss auf den
1038 Unterricht nehmen können und somit zur Verbesserung der Lehre und der Lernatmosphäre
1039 beitragen können.

1040 Evaluationen sind auch für die Lehrer eine gute Möglichkeit sich und ihren Unterricht zu
1041 überprüfen.

1042 **Antragsteller**

1043 Stephanie Böhning

1044 **PA48: obligatorische Beratung der Eltern bei**
1045 **verhaltensauffälligen Kindern**

1046 **obligatorische Beratung der Eltern bei verhaltensauffälligen Kindern**

1047 **Text**

1048 Der Landesparteitag möge beschließen, dem Kapitel "*Bildung*" im Landesprogramm folgenden
1049 Abschnitt hinzuzufügen:

1050 **obligatorische Beratung der Eltern bei verhaltensauffälligen Kindern**

1051 Wenn Kinder und Jugendliche verhaltensauffällig werden, sollen Eltern Methoden an die Hand
1052 gegeben werden um dem entgegenzuwirken. Dabei können Kindertagesstätten, Kindergärten
1053 und Schulen dieses Mittel im Anspruch nehmen, um im Sinne des Kindeswohls gemeinsam mit
1054 den Eltern auf das Kind oder dem Jugendlichen so einzugehen, dass es deren
1055 Grundbedürfnissen entspricht und mit dem Kind bzw Jugendlichen gemeinsam eine Lösung für
1056 deren Probleme finden.

1057 **Begründung**

1058 Kinder und Jugendliche werden meist deswegen verhaltensauffällig, weil sie aus ihrer Sicht
1059 mit unlösbaren Problemen konfrontiert sind bzw ihre Grundbedürfnisse nicht genüge getan
1060 wird. Liegt das Problem im Elternhaus, sind die Eltern meist ebenfalls mit ihrer Situation
1061 überfordert. Mit solchen Gesprächen können die Ursachen gefunden und die Probleme gelöst
1062 werden.

1063 **Antragsteller**

1064 Stephanie Böhning

1065 **PA49: Business Improvement Districts abschaffen**

1066 **Business Improvement Districts abschaffen**

1067 **Text**

1068 Der Landesparteitag möge beschließen den folgenden Abschnitt ins Kapitel "*Demokratie und*
1069 *Bürgerrechte*" hinzuzufügen.

1070 **Business Improvement Districts abschaffen**

1071 Die Piratenpartei Hamburg möchte die so genannten Business Improvement Districts (BIDs)
1072 und das dem zugrunde liegende hamburgische „Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und
1073 Dienstleistungszentren“ ersatzlos aufzuheben. Bereits bestehende BIDs sollen aufgelöst und
1074 Planungen für neue sollen eingestellt werden.

1075 **Begründung**

1076 BIDs sind eingerichtet worden, um in Straßen mit hohen Gewinn- und Umsatzerwartungen
1077 diese verwirklichen zu können. Der dazu zu schließende öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen
1078 der Stadt und Privaten gibt letzteren die Handhabe, (a) Arme, Obdachlose, nicht angemessen
1079 Gekleidete, Demonstranten und ähnliche Personen, die den Umsatz zu gefährden in der Lage
1080 sind, aus dem Gebiet verweisen und (b) die Verweisung selbst weg von der politischen
1081 Verantwortung des Senats hin zu Privaten verschieben zu können.

1082 Damit besteht seit mind. 2004 eine Situation unter dem heutigen rein sozialdemokratischen
1083 Senat fort, in der die stets zu fordernde Solidarität der Gemeinschaft mit den Verlierern der
1084 neoliberalen Politik eben dieses Senates mit Füßen getreten wird. Das ist eine unheilige
1085 Tradition: Bis zur Torsperre wurden die Armen und Bettler Hamburgs aus der Stadt gewiesen,
1086 weil deren Unterhalt den Pfeffersäcken Geld kostete. Heute kosten sie „nur“ Umsatz, Gewinn,
1087 Steuern. Die Stadt und ihre Straßen sind für Alle da. Es ist inhuman, unsolidarisch und
1088 diskriminierend, Menschen mit unbestimmten Merkmalen der Stadt in Teilen zu verweisen und
1089 diese Verweisung durch Übertragung auf Private parlamentarischer Kontrolle zu entziehen.
1090 Das ist der gewollte Effekt: Diese Menschen sollen unsichtbar bleiben, damit der private
1091 Reichtum in der Stadt von der Zumutung der sichtbaren Existenz von Armut und
1092 Obdachlosigkeit befreit wird.

1093 Indem dieses Gesetz Privaten zur Umsatz- und Gewinnmaximierung verhilft, kassiert der
1094 hamburgische Staat über steigende Gewerbesteuer zu Lasten der Freiheit von Armen und

1095 Obdachlosen in der Stadt mit.

1096 Weiterführendes Material: http://de.wikipedia.org/wiki/Business_Improvement_District

1097 <http://www.hamburg.de/contentblob/129152/data/gsed.pdf>

1098 **Antragsteller**

1099 Martin Schütz, Sascha

1100 **PA50: Überschrift "Stadtentwicklung" ändern**

1101 **Überschrift "Stadtentwicklung" ändern**

1102 **Text**

1103 Der Landesparteitag möge beschließen, die Überschrift "Stadtentwicklung" in
1104 "Stadtentwicklung und Verkehr" umzubenennen.

1105 **Begründung**

1106 Unter "Stadtentwicklung" waren bisher auch die verkehrspolitischen Programmpunkte zu
1107 finden. Verkehr ist aber wichtig genug um in der Überschrift genannt und besser gefunden zu
1108 werden.

1109 Dieser Antrag ist konkurrierend zu **PA51**

1110 **Antragsteller**

1111 Andreas Gerhold

1112 **PA51: Überschrift und eigenen Abschnitt "Verkehr" einfügen**

1113 **Überschrift und eigenen Abschnitt "Verkehr" einfügen**

1114 **Text**

1115 Der Landesparteitag möge beschließen, dem Programm ein Kapitel "Verkehr" im Anschluss an
1116 das Kapitel "Stadtentwicklung" einzufügen. Alle verkehrspolitischen Programmpunkte, die
1117 bisher unter "Stadtentwicklung" eingeordnet waren, sind dort einzufügen.

1118 **Begründung**

1119 Verkehr ist wichtig genug um ein eigenes Kapitel zu erhalten und damit besser gefunden zu
1120 werden.

1121 Dieser Antrag ist konkurrierend zu **PA50**

1122 **Antragsteller**

1123 Andreas Gerhold

1124 **PA52: Umformulierung der Einleitung unter "Bauen und**
1125 **Wohnen"**

1126 **Umformulierung der Einleitung unter "Bauen und Wohnen"**

1127 **Text**

1128 Der Landesparteitag möge beschließen aus der Einleitung unter "Bauen und Wohnen" den
1129 letzten Satz des ersten Absatzes wie folgt zu ändern:

1130 alt: "Darüber hinaus ist ein Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau unabdingbar."

1131 neu:

1132 "Darüber hinaus ist ein verstärkter sozialer Wohnungsbau unabdingbar. Der derzeit angestrebte
1133 Drittmix, also ein Drittel Sozialwohnungen, ein Drittel frei finanzierter Mietwohnungsbau
1134 und ein Drittel Eigentumswohnungen führt zu einem beständig weiter sinkenden Bestand an
1135 Sozialwohnungen. Diesen Trend gilt es umzukehren."

1136 **Begründung**

1137 Einen "Wiedereinstieg" hat der SPD-Senat inzwischen geschafft, allerdings unzureichend. Der
1138 Bestand sinkt weiterhin.

1139 **Antragsteller**

1140 Andreas Gerhold

1141 **PA53: Umformulierung des Abschnitts "Alters- und**
1142 **Familiengerechtes Bauen und Wohnen"**

1143 **Umformulierung des Abschnitts "Alters- und Familiengerechtes Bauen und Wohnen"**

1144 **Text**

1145 Der Landesparteitag möge beschließen im Abschnitt "Alters- und Familiengerechtes Bauen
1146 und Wohnen" folgenden Teile zu ersetzen:

1147 **Modul 1**

1148 alt: Wir fordern und fördern den barrierearmen Umbau von Wohnraum sowie die Anpassung
1149 an die Bedürfnisse junger Familien und älterer Menschen.

1150 neu: Wir wollen den barrierearmen Umbau von Wohnraum sowie die Anpassung an die
1151 Bedürfnisse junger Familien und älterer Menschen fördern.

1152 **Modul 2**

1153 alt: Alle Neubauten sind barrierearm, kind- und altersgerecht zu errichten, Altbauten möglichst
1154 entsprechend zu modernisieren. Bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur,
1155 beispielsweise Krankenhäuser und Bahnhöfe, muss das Prinzip der Barrierearmut gelten.

1156 neu:

1157 Alle Neubauten sind barrierefrei, kind- und altersgerecht zu errichten, Altbauten möglichst
1158 entsprechend zu modernisieren. Bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur,
1159 beispielsweise Krankenhäuser und Bahnhöfe, muss das Prinzip der Barrierefreiheit gelten.

1160 **Begründung**

1161 "fordern und fördern" ist eine blöde Standardformulierung. Klingt gestelzt. Ist
1162 Programmsprech, der vom Lesen abhält.

1163 Der Begriff Barrierearmut statt Barrierefreiheit wurde bewusst gewählt. Es war als Kritik am
1164 Begriff "Barrierefreiheit" gedacht, weil es immer nur um "Barrierearmut" gehen kann.
1165 Barrierefreiheit gibt es nicht. Wird aber offenbar nicht verstanden. Gibt also durchaus Gründe
1166 es so stehen zu lassen, als auch es, dem Antrag folgend, zu ändern.

1167 **Antragsteller**

1168 Andreas Gerhold

1169 **PA54: Überschrift "Sicherung eines bezahlbaren Wohnens"**
1170 **ändern**

1171 **Überschrift "Sicherung eines bezahlbaren Wohnens" ändern**

1172 **Text**

1173 Der Landesparteitag möge beschließen aus der Überschrift "Sicherung eines bezahlbaren
1174 Wohnens" das Wort "eines" zu streichen.

1175 **Begründung**

1176 Wenn, dann müsste es "des" und nicht "eines" heißen, klingt aber blöd.

1177 **Antragsteller**

1178 Andreas Gerhold

1179 **PA55: FIXME fixen**

1180 **FIXME fixen**

1181 **Text**

1182 Der Landesparteitag möge beschließen im zweiten Absatz unter "Sicherung eines bezahlbaren
1183 Wohnens" den Teil "(FIXME:und Syndikat)" zu ersetzen durch "und kooperativ, nicht-
1184 kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaften zum gemeinschaftlichen Bau oder Erwerb
1185 von Häusern". "ihren Mitgliedern" soll gestrichen werden um die Lesbarkeit zu erhalten.

1186 Der vollständige Satz lautet, grammatikalisch angepasst, dann:

1187 "In diesem Zusammenhang sollen auch der genossenschaftliche Wohnungsbau und kooperativ,
1188 nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaften zum gemeinschaftlichen Bau oder
1189 Erwerb von Häusern, gefördert werden, die den Zweck haben, preiswerten Wohnraum zur
1190 Verfügung zu stellen.

1191 **Begründung**

1192 FIXME stand jetzt einige Jahre tapfer im Programm und hat sich den Ruhestand verdient.

1193 **Antragsteller**

1194 Andreas Gerhold

1195 **PA56: Mietpreisbremse**

1196 **Mietpreisbremse**

1197 **Text**

1198 Der Landesparteitag möge beschließen die Einleitung unter "Bauen und Wohnen" am Ende wie
1199 folgt zu ergänzen:

1200 "Die Große Koalition hat inzwischen eine sogenannte Mietpreisbremse beschlossen. Die bleibt
1201 allerdings weit hinter den Forderungen der PIRATEN zurück und wird auch von
1202 Mieterverbänden als "Mietpreisbremschen" kritisiert. Unsere Forderungen nach echter
1203 Mietendeckelung, auch bei Neuvermietungen von Neubauten und nach Sanierung, erhalten wir
1204 deshalb aufrecht. Die Mietpreisbremse muss in jedem Fall in ganz Hamburg umgesetzt
1205 werden."

1206 **Begründung**

1207 Von der GroKo jüngst beschlossen wurde eine Kappung der Grundmieterhöhung von 15%
1208 (statt bisher 20%) alle drei Jahre. Davon ausgenommen sind Neubauten und Neuvermietungen
1209 nach umfangreicher Sanierung. Wir fordern eine Kappung der Grundmieterhöhung von 15%
1210 alle vier Jahre und eine Deckelung von 10% über Mietenspiegel bei Neuvermietung von
1211 Bestandswohnungen, da dieses Möglichkeit der Mieterhöhung ja zur genannten

- 1212 Grundmieterhöhung on Top kommt.
- 1213 Das heißt bei einer angenommenen Mietspiegelmiete von 10,- EURO kann ein Neubau für 11,-
1214 EURO vermietet werden. Nach vier Jahren kann die Miete auf 12, 65 EURO erhöht werden.
1215 Bei jedem Mieterwechsel kann die Miete zusätzlich um 10% erhöht werden.
- 1216 Beispiel: Erstvermietung 10% über Mietenspiegel, für 11,- EURO. Nach einem Jahr wechselt
1217 der Mieter. Die Miete steigt auf auf 12,10 EURO. Nach vier Jahren ist eine
1218 Grundmieterhöhung um 15% möglich, sodass die Wohnung nach vier Jahren schon 13,92
1219 EURO kostet.
- 1220 Trotz dieser Deckelung steigt die Miete innerhalb von vier Jahren von 11,- EURO auf fast 14,-
1221 EURO bzw liegt schon 40% über dem Mietenspiegel. Dass die Eigentümerverbände hierin ein
1222 Investitionshemmnis sehen ist klar, lässt sich aber anhand von Zahlen nicht belegen.
- 1223 Nach jetziger Regelung kann ein Vermieter bei Neubauten und nach Sanierung die Miete frei
1224 und unabhängig vom Mietenspiegel festlegen und ohne Mieterwechsel schon nach drei Jahren
1225 die Miete um 15% erhöhen.
- 1226 Positionsvergleich:
- 1227 • CDU: Mietpreisbremse wie beschlossen nur Innenstadtlagen / Szenequartieren
1228 umsetzen
 - 1229 • SPD, Grüne: Anwendung auf ganze Stadt
 - 1230 • Die Linke: Anwendung auf ganze Stadt, Ausnahmen für Neubauten und Sanierung wird
1231 kritisiert
 - 1232 • Mieterverbände: dito, Lücken werden kritisiert, Kritik dass Mpb nicht rückwirkend gilt.
 - 1233 • Eigentümerverbände: Das ist Enteignung!
 - 1234 • PIRATEN: Anwendung auf ganze Stadt, Lücken (Sanierung und Neubau) schließen
1235 steht im Prinzip schon im Programm, wenn wir unsere Forderungen aufrecht erhalten.

1236 **Antragsteller**

1237 Andreas Gerhold

1238 **PA57: "Makler Unwesen abschaffen" aktualisieren**

1239 **"Makler Unwesen abschaffen" aktualisieren**

1240 **Text**

1241 Der Landesparteitag möge beschließen den Abschnitt "Makler Unwesen abschaffen" wie folgt
1242 zu aktualisieren:

1243 "Diese Forderung ist durch die Große Koalition aktuell in Umsetzung. Die Maklerverbände
1244 leisten allerdings noch heftigen Widerstand. Wir fordern deshalb weiterhin: Maklergebühren
1245 für Mietobjekte sollen nicht länger vom Mieter getragen werden müssen, da sie ihm in Städten
1246 mit stark umkämpften Mietwohnungsmarkt keine Vorteile bringen. Da die Dienstleistung des
1247 Wohnungsmaklers dem Vermieter zu Gute kommt und dieser sie beauftragt, muss der
1248 Vermieter auch die Kosten hierfür tragen."

1249 **Begründung**

1250 Die Groko will diese Forderung aktuell umsetzen. Der Bundesrat soll am 7.11.2014
1251 zustimmen. Die Maklerverbände haben Streiks und Klagen angekündigt. So lange nicht alles
1252 in trockenen Tüchern ist, sollten wir die Forderung aufrecht erhalten. Außerdem ist dies eine
1253 Möglichkeit darauf hin zu weisen, dass unsere Forderungen auch umgesetzt werden. Wir
1254 Hamburger PIRATEN hatten diesen Punkt bundesweit als erste, zwei bis drei Jahre vor allen
1255 anderen im Programm.

1256 Dieser Antrag konkurriert mit **PA58**

1257 **Antragsteller**

1258 Andreas Gerhold

1259 **PA58: "Makler Unwesen abschaffen" streichen**

1260 "Makler Unwesen abschaffen" streichen

1261 **Text**

1262 Der Landesparteitag möge beschließen den Abschnitt "Makler Unwesen abschaffen" ersatzlos
1263 zu streichen.

1264 **Begründung**

1265 Es ist damit zu rechnen, dass dieser Punkt bis zur Wahl umgesetzt sein wird.

1266 Dieser Antrag konkurriert mit **PA57**

1267 **Antragsteller**

1268 Andreas Gerhold

1269 **PA59: Gebäude TÜV**

1270 Gebäude TÜV

1271 **Text**

1272 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel "Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen"

1273 unter der Überschrift "Gebäude TÜV" folgenden Text einzufügen:

1274 "Hamburg soll sich auf Bundesebene für eine neue Passage im Baugesetzbuch zur Schaffung
1275 eines "Gebäude TÜV", also für die regelmäßige technische Prüfung von Gebäuden, analog zu
1276 KFZ, einsetzen.

1277 Gebäude - anders als Brücken und Tunnels - werden nach Bauabnahme nicht mehr regelmäßig
1278 und regelhaft geprüft. Immer wieder kommt es vor, dass Bewohner ihre Häuser in Nacht und
1279 Nebel sofort verlassen müssen weil sie sich, bis dahin unerkannt, plötzlich als akut
1280 einsturzgefährdet erweisen. Auch kam es durch einstürzende Gebäude in der Vergangenheit
1281 bereits zu schweren Verletzungen und sogar Todesopfern, wie beim Einsturz einer
1282 Eissporthalle in Bad Reichenhall vor einigen Jahren. In Hamburg mussten unter anderem die
1283 Bewohner der sogenannten Esso-Häuser, kurz vor Weihnachten, mitten in der Nacht ihre
1284 Wohnungen verlassen, weil durch jahrzehntelangen Instandhaltungsstau, die Häuser durch ein
1285 Konzert in einem Keller-Club des Gebäudekomplexes so stark erschüttert wurde, dass der
1286 unmittelbare Einsturz befürchtet werden musste.

1287 Deshalb soll im Baugesetzbuch eine verpflichtende, regelmäßige technische Überprüfung von
1288 Gebäuden festgeschrieben werden. Dabei können je nach Gebäudeart, Baualter und Nutzung
1289 unterschiedliche Prüfungen in unterschiedlichen Frequenzen festgelegt werden."

1290 **Begründung**

1291 <http://www.sueddeutsche.de/politik/sicherheit-am-bau-ruf-nach-dem-gebaeude-tuev-1.892770>

1292 **Antragsteller**

1293 Andreas Gerhold

1294 **PA60: Rote Flora an eine eigene Stiftung übertragen**

1295 **Rote Flora an eine eigene Stiftung übertragen**

1296 **Text**

1297 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen unter
1298 der Überschrift "Rote Flora an ein Stiftung übertragen" folgenden Text einzufügen: "Die Stadt
1299 Hamburg soll das jüngst zurück erworbene Eigentum am Grundstück und Gebäude der Roten
1300 Flora auf eine Gesellschaft öffentlichen Rechts, zum Beispiel eine zu gründende Stiftung,
1301 übertragen und dieser Mittel zur Gebäudesanierung zur Verfügung stellen.

1302 Eine bestehende Stiftung, wie die Lawaetz-Stiftung, die breit aufgestellt ist und in ihrer
1303 Ausrichtung und Arbeitsweise bereist festgelegt ist, ist dafür nicht geeignet. Deshalb soll unter
1304 Einbeziehung der Nutzer eine neue Stiftung gegründet werden, deren einziger Zweck die
1305 Verwaltung dieses Eigentums ist. Die Nutzung des Gebäudes soll als selbstverwaltetes,
1306 autonomes Kulturzentrum genauso festgeschrieben werden wie die Unveräußerlichkeit von
1307 Grundstück und Gebäude."

1308 **Begründung**

1309 Auch mich hat die Realität fast überholt. Einen Tag nach dem ich diesen Antrag geschrieben
1310 habe, wurde die Flora an die Lawaetz-Stiftung übertragen. Dass das aber keine gute
1311 Zusammenarbeit mit den Floristen geben wird, liegt jetzt schon auf der Hand. Es muss eine
1312 eigene Stiftung sein, im Stiftungsrat müssen die Nutzer vertreten sein. Eine SPD-Stiftung kann
1313 nicht als Puffer zwischen Nutzern und SPD-Senat funktionieren. Immerhin findet der Senat
1314 meine Grundidee offenbar auch sinnvoll, möchte die Zügel aber offenbar nicht vollständig aus
1315 der Hand geben.

1316 <http://www.zeit.de/2014/46/rote-flora-lawaetz-stiftung>

1317 **Antragsteller**

1318 Andreas Gerhold

1319 **PA61: Konsequente Trennung von Staat und** 1320 **Religionsgemeinschaften**

1321 **Konsequente Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften**

1322 **Text**

1323 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "Trennung von Staat und
1324 Religionsgemeinschaften" des Landesprogramms die folgenden Texte einzufügen. Jedes
1325 Modul ist gedacht als ein Unterpunkt dieses Kapitels. An welcher Stelle dieses Kapitels die
1326 Module einzufügen sind, ist jeweils bei den Modulen vermerkt.

1327 (Die Modul-Nummer in Klammern ist die Nummer im Original-Text

1328 <https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/6621.html>

1329 Einige Module des LiquidFeedback-Textes sind ganz rausgeflogen, da ihre Aussagen schon in
1330 etwa im Programm enthalten sind, und einige Sätze wurden angepasst oder ganz gestrichen, da
1331 sie nicht für Hamburg relevant sind (da z.B. kein Gottesbezug in der Verfassung ist.)

1332 **Modul 1 (1):**

1333 **Präambel**

1334 (Einzufügen als ersten Unterpunkt)

1335 Die Piratenpartei setzt sich für eine moderne, pluralistische und freie Gesellschaft ein. In einer
1336 solchen muss sich der Staat weltanschaulich neutral verhalten. Die Piratenpartei fordert daher
1337 die konsequente Trennung von Staat und Religion und die strikte Neutralität des Staates
1338 gegenüber den verschiedenen Weltanschauungen/Religionen. Beide zusammen bilden die
1339 Grundlage der Freiheit und sind Voraussetzung für ein friedliches und gleichberechtigtes
1340 Zusammenleben. Das Grundgesetz garantiert die Freiheit der Religion. Diese Freiheit bedeutet
1341 nicht nur die Freiheit, die eigene Religion selbst zu wählen und auszuüben, sondern auch die
1342 Freiheit von religiöser Bevormundung und das Recht, frei von einem Glauben zu leben. Im
1343 Interesse einer pluralistischen Gesellschaft ist es Aufgabe des Staates, diese Religionsfreiheit
1344 zu garantieren.

1345 **Modul 2 (2, 13):**
1346 **Weltanschauliche und religiöse Neutralität des Staates**

1347 (Einzufügen im Anschluss an Modul 1)

1348 Religiöse Handlungen bei staatlichen Veranstaltungen sind zu unterlassen, d. h. dass zum
1349 Beispiel staatliche Schulen keinen Einschulungsgottesdienst anzubieten oder daran
1350 mitzuwirken haben und dass staatliche Gedenk- und Trauerfeiern ohne religiöse Bezüge zu
1351 gestalten sind. Die weltanschauliche Neutralität gebietet es, keine Vertreter von Religions-
1352 oder Weltanschauungsgemeinschaften mittelbar öffentliche Gewalt ausüben zu lassen. In
1353 Kontrollinstanzen (wie Landesschulbeirat, Jugendhilfe- und Sozialausschüsse u.ä.) dürfen
1354 Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften daher keinen Sitz haben. Wenn es in
1355 Hamburg keine Religions- oder Weltanschauungsvertreter in Jugendausschüssen oder in
1356 Sozialausschüssen gibt, müssen die entsprechenden Ausschüsse in diesem Text weggelassen
1357 werden.

1358 **Modul 3 (4):**
1359 **Neutrale soziale Einrichtungen fördern**

1360 (Einzufügen unmittelbar nach dem Unterpunkt "Gegen religiöse Diskriminierung am
1361 Arbeitsplatz")

1362 Der religiöse Bevölkerungsanteil in Hamburg nimmt immer stärker ab. Inzwischen sind schon
1363 rund 60% der Bevölkerung konfessionell ungebunden. Daher ist es nicht mehr gerechtfertigt,
1364 wenn soziale Einrichtungen wie beispielsweise Kindergärten, Krankenhäuser, Alten- oder
1365 Pflegeheime, die derzeit in kirchlicher Hand sind, deren Kosten aber größtenteils oder ganz
1366 vom Staat und den Betroffenen getragen werden, weiterhin in kirchlicher Hand verbleiben,
1367 vielmehr soll eine Überführung solcher Einrichtungen in eine neutrale Trägerschaft angestrebt
1368 werden. Insbesondere sollen in staatlich bezuschussten Kindertagsstätten die Kinder und
1369 Jugendlichen keine besondere religiöse Prägung erhalten.

1370 **Modul 4 (6):**
1371 **Finanzierung und Subventionen**

1372 (Einzufügen unmittelbar vor dem Unterpunkt "Keine stillen Feiertage und kein Tanzverbot")

1373 Für die staatliche Bezuschussung von gemeinnützigen Projekten oder Organisationen der
1374 einzelnen Glaubensgemeinschaften müssen die gleichen Grundlagen gelten wie für andere
1375 Träger. Alle über allgemeine Gemeinnützigkeitsbestimmungen hinausgehenden
1376 Steuerprivilegien von Glaubensgemeinschaften sind abzuschaffen. Steuer- und
1377 gebührenrechtliche Sondervorteile (wie Freistellung von Grundsteuern, Grunderwerbssteuern,
1378 Verwaltungsgebühren, Gerichtskosten u. Ä.) der Religions- und
1379 Weltanschauungsgemeinschaften sind abzuschaffen. Der Staat soll auch keine Mittel
1380 bereitstellen für Tätigkeiten und Institutionen, die vornehmlich religiösen Zwecken dienen, wie
1381 die Finanzierung von theologischen Lehrstühlen an der Universität Hamburg oder die
1382 Mitfinanzierung der Akademie der Weltreligionen

1383 **Modul 5 (8):**
1384 **Gleichbehandlung der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften mit**
1385 **anderen Organisationen**

1386 (Einzufügen unmittelbar vor dem Unterpunkt "Keine Staatskirchenverträge mit
1387 Religionsgemeinschaften")

1388 Der Sonderstatus einzelner Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften als Körperschaft
1389 öffentlichen Rechts ist zu beenden, die Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften sind
1390 nach dem allgemeinen Vereinsrecht zu behandeln. Insbesondere sind auch keine weiteren
1391 Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften mehr als Körperschaften öffentlichen Rechts
1392 anzuerkennen.

1393 **Modul 6 (9):**
1394 **Staatliche Forschung und Lehre**

1395 (Einzufügen unmittelbar nach dem Unterpunkt "Integrativer Ethikunterricht statt
1396 Religionsunterricht")

1397 Forschung und Lehre müssen rational, ergebnisoffen und undogmatisch betrieben werden.
1398 Insofern sollen in staatlichen Einrichtungen religiöse Lehren nur unter wissenschaftlichen
1399 Gesichtspunkten gelehrt und erforscht werden. Theologische Fakultäten in staatlichen
1400 Hochschulen und Universitäten sowie die Angliederung der Akademie der Weltreligionen an
1401 die Universität Hamburg sind daher abzuschaffen. Die Besetzung von Lehrstühlen darf nicht
1402 beeinflusst sein von Kirchen, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften; für die
1403 Besetzung von Lehrstühlen darf ausschließlich die Eignung und Qualifikation der Kandidaten
1404 ausschlaggebend sein. Staatliche Zuschüsse zu kircheneigenen Universitäten und Hochschulen
1405 sind einzustellen.

1406 **Modul 7 (11):**
1407 **Seelsorge und Missionierung**

1408 (Einzufügen als letzten Unterpunkt)

1409 Die Religionsgemeinschaften müssen Missionierung und Seelsorge ausschließlich aus
1410 Eigenmitteln bestreiten. Insbesondere ist die staatliche Finanzierung der Seelsorge in
1411 Strafvollzugsanstalten und bei der Polizei einzustellen und durch einen weltanschaulich
1412 neutralen psychologischen Betreuungsdienst zu ersetzen.

1413 **Begründung**

1414 Ergänzung des Laizismus-Kapitels um weitere wichtige Punkte.

1415 PS:

1416 Wir haben den Antrag <https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/6621.html> der Bundes-
1417 Arbeitsgruppe "Humanistischer Laizismus", der das Quorum bereits erreicht hatte, als Vorlage
1418 genommen. Einige Module des LiquidFeedback-Textes sind ganz rausgeflogen, da ihre
1419 Aussagen schon in etwa im Programm enthalten sind, und einige Sätze wurden angepasst oder
1420 ganz gestrichen, da sie nicht für Hamburg relevant sind (da z.B. kein Gottesbezug in der
1421 Verfassung ist).

1422 Details: <https://hula.piratenpad.de/2014-11-02-vorbereitung-fuer-hamburger-parteitag>

1423 Antragsteller

- 1424 • Martin Ruhm
- 1425 • Gisela Schröder
- 1426 • Rolf Schröder

1427 PA62: Neue Drogenpolitik für Hamburg

1428 Neue Drogenpolitik für Hamburg

1429 Text

1430 Der Landesparteitag möge dem Hamburger Landesprogramm ein Kapitel "Drogenpolitik" mit
1431 folgendem Text und Abschnitten hinzufügen (die Zwischenüberschrift "Präambel" kann in
1432 "Einleitung" geändert oder auch weg gelassen werden):

1433 Präambel

1434 Die deutsche, auch die Hamburger Drogenpolitik setzt seit 40 Jahren fast ausschließlich auf das
1435 Mittel der Prohibition und verfolgt damit das unrealistische Ziel einer drogenfreien
1436 Gesellschaft. Aus einschlägigen Studien als wenig sucht- und gesundheitsgefährdend bekannte
1437 Stoffe bleiben verboten, während zugleich gefährlichere Substanzen wie Alkohol und Tabak in
1438 der Gesellschaft akzeptiert werden, ebenso Pharmaprodukte mit hohem Suchtpotential. Es wird
1439 an Gesetzen festgehalten, die keinen wirkungsvollen Jugendschutz beinhalten, die tatsächliche
1440 Gefährlichkeit nicht berücksichtigen, Polizei und Gerichte überlasten und Ressourcen binden,
1441 sowie die Bürger Jahr für Jahr Milliarden an wirkungslos eingesetzten Steuergeldern kosten.

1442 Die Piratenpartei Hamburg steht für eine repressionsfreie Drogenpolitik und will ein Ende der
1443 gescheiterten Prohibition. Wir lehnen die heutige, wissenschaftlich nicht haltbare
1444 Unterscheidung in legale und illegale Stoffe ab und fordern die objektive Bewertung und
1445 Handhabung aller psychoaktiven Substanzen alleine anhand ihres Gefahrenpotentials, in erster
1446 Linie für Dritte. Die derzeitige nicht faktenbasierte Bevormundung Erwachsener beim
1447 verantwortungsvollen Umgang mit Rausch- und Genussmitteln widerspricht der
1448 Grundüberzeugung der PIRATEN und unserem Verständnis einer mündigen Gesellschaft.

1449 Die bisherige Kriminalisierung der Konsumenten muss beendet und der damit verbundene
1450 Schwarzhandel durch kontrollierte Erwerbsstrukturen ersetzt werden. So ergeben sich dann
1451 Rahmenbedingungen, die - anders als heute - viele Probleme beseitigen, die alleine auf Grund
1452 von gefährlichen Beimischungen und mangelnder Hygiene entstehen.

1453 Hamburg soll auf Bundesebene für eine objektive Bewertung psychoaktiver Substanzen und
1454 eine grundlegende Überarbeitung der Betäubungsmittel-Gesetze initiativ werden und sich für
1455 eine schnelle Schaffung legaler und regulierbarer Erwerbsstrukturen für Cannabis einsetzen.
1456 Hamburg soll dabei selbst, schon im Rahmen bestehender Gesetzeslage, eine Vorreiterrolle
1457 übernehmen und den Paradigmenwechsel von einem gescheiterten repressiven Umgang zu
1458 einer akzeptierenden und regulierenden Drogenpolitik vorleben.

1459 **Umkehr in der Hamburger Drogenpolitik - Rückkehr zur Akzeptanz**

1460 Die Hamburger Drogenpolitik ist gescheitert. Aktuelle Beispiele finden sich im Florapark und
1461 an den Hafentreppen. In beiden Fällen geht es, wie seit langer Zeit fast ausschließlich wenn in
1462 Hamburg "Drogenprobleme" Schlagzeilen machen, um den Handel mit Verbrauchsmengen
1463 Cannabis. Alle bisherigen Maßnahmen gegen den Cannabishandel im Florapark sind seit Jahre
1464 erfolglos geblieben. Über Monate dauernde Razzien, bis zu mehrfach täglich, haben lediglich
1465 dazu geführt, dass sich der Handel in das gesamte Schanzenviertel ausgedehnt hat. Das
1466 wiederum führte in der Logik des "War on Drugs" zur Ausrufung eines sogenannten
1467 Gefahrengebietes. Das stellte gleich alle Bewohner und Besucher eines ganzen Stadtteils unter
1468 Generalverdacht und beschränkte sie in ihren Grundrechten. Nur den Cannabishandel konnte
1469 auch diese grenzwertige Maßnahme nicht eindämmen, geschweige denn unterbinden. Wir
1470 müssen akzeptieren, dass es diesen Handel gibt und regulierend eingreifen.

1471 **Cannabismärkte zulassen - Anwohner schützen**

1472 Die bestehenden Cannabis-Schwarzmärkte sind offenbar nicht zu verhindern. Mit noch so
1473 repressiven Maßnahmen gelingt es nicht einmal diese dort zu verhindern wo sie massiv stören,
1474 wie in kleinen Anwohnerparks oder darüber hinaus schon durch die unmittelbare Nähe zu einer
1475 Schule, wie an den Hafentreppen, auch aus unserer Sicht, nicht hingehören.

1476 Vertreibung kann nicht gelingen wenn es keinen Platz zum Ausweichen gibt der besser
1477 geeignet ist. Deshalb muss es Plätze geben an denen der Cannabishandel geduldet wird.

1478 Obwohl Cannabishandel auch in Dänemark verboten ist, wird in Kopenhagen im Stadtteil
1479 Christiania ein großer Cannabismarkt geduldet. Weitere Cannabis-Schwarzmärkte findet man
1480 in Kopenhagens Straßen nicht. In den Toiletten des Hamburger Hauptbahnhofes werden keine
1481 Herointoten gefunden, weil es in der Nähe eine geduldete und damit regulierbare und
1482 hygienische Konsummöglichkeit gibt.

1483 Hamburg soll, anders als Kopenhagen, nicht einen großen zentralen Cannabis-Markt dulden,
1484 sondern mehre kleine, auf mehre Stadtteile verteilte Orte festlegen an denen der
1485 Cannabishandel nicht verfolgt werden soll. Nur so können wir Einfluss nehmen darauf wo der
1486 Cannabishandel stattfindet. Und dass soll natürlich nicht in Mitten von Wohnbebauung, auf
1487 Spielplätzen und vor Schulen sein, was bislang nicht verhindert werden konnte.

1488 **Keine Verfolgung von Eigenbedarfsanbau**

1489 Um den Straßenhandel mit Cannabis einzudämmen und die Gesundheit der Konsumenten zu
1490 schützen, soll der Eigenbedarfsanbau nicht mehr aktiv verfolgt werden.

1491 Jeder Konsument, der sein Cannabis selbst anbaut geht dem illegalen und von kriminellen
1492 Strukturen beherrschten Markt verloren. Zudem ist er vor der Gefahr unbekannter und oft
1493 schwer gesundheitsschädlicher Beimengungen, wie Brix oder sogar Bleipulver, geschützt.

1494 Es besteht kein Zwang, auch unter gegebener Bundesgesetzgebung, irgendeine Priorität oder
1495 ein öffentliches Interesse in der Verfolgung von Cannabis-Konsumenten zu postulieren. Im
1496 Gegenteil ist es im öffentlichen Interesse die Gesundheit von Menschen vor unerwünschten
1497 Gefahren zu bewahren und die Ressourcen von Polizei und Justiz sinnvoller ein zu setzen.

1498 **Drug-Check anbieten**

1499 Die Stadt Hamburg soll es Trägern der Sucht- und Drogenberatungen ermöglichen den Test
1500 von Drogen auf Wirkstoffgehalt und unerwünschte Nebenstoffe anzubieten.

1501 Die Mehrzahl der tödlichen Unfälle mit Drogen sind auf versehentliche Überdosierung und
1502 unbekannte toxische Beimengungen zurück zu führen. Selbst Cannabis kann gefährliche
1503 artfremde Substanzen als Beimengung enthalten. Die darauf zurück zu führenden
1504 Gesundheitsschäden und Unfälle ließen sich durch dieses Angebot verhindern.

1505 **Modellprojekt "Coffee-Shop"**

1506 Es gibt, auch unter gegebener Gesetzeslage für alle Verwaltungseinheiten wie Bundesländer,
1507 Städte und Gemeinden die Möglichkeit legale, also regulierte Abgabestellen für Cannabis zu
1508 schaffen. Diese können als Modellprojekt beim Bundesinstitut für Arzneimittel und
1509 Medizinprodukte (BfArM) beantragt werden. Der Berliner Bezirk Kreuzberg plant schon recht
1510 konkret, andere Städte diskutieren.

1511 Hamburg soll auch diese Möglichkeit vorantreiben. Und Konzepte für regulierte Abgabestellen
1512 entwickeln. Analog zu den geduldeten Märkten, sollen mehrere, über verschiedene Stadtteile
1513 verteilte, Abgabestellen geschaffen werden.

1514 **Runder Tisch Drogenpolitik**

1515 Ein Runder Tisch aus Fachleuten, auch aus den Sucht- und Drogenberatungen, mit Vertretern
1516 verschiedener Institutionen und gesellschaftlicher Gruppen, soll diesen Prozess über mehrere
1517 Jahre begleiten. Dieses Gremium soll die Beteiligten bei der Umsetzung beraten, notwendige
1518 Bürgerbeteiligung organisieren und die Entwicklung von Konzepten für das Modellprojekt
1519 beauftragen. Sowohl für die Arbeit des Gremiums als auch für die Entwicklung des
1520 Modellprojekts müssen angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden.

1521 **Begründung**

1522 Die ersten beiden Absätze der Präambel stammen aus dem Grundsatzprogramm und wurden
1523 nur leicht an den Gebrauch im Hamburger Landesprogramm angepasst.

1524 Da Thema Drogen ist wahlkampfrelevant. Wir haben in vergangenen
1525 Bundestagswahlprogrammen und im Grundsatzprogramm unsere Grundpositionen festgelegt.
1526 Daraus werden hier konkrete Handlungsoptionen für die Landespolitik abgeleitet.

1527 tbc

1528 **Antragsteller**

1529 Andreas Gerhold

1530 **PA63: Kostenlose Sperrmüll-Entsorgung verschieben**

1531 **Kostenlose Sperrmüll-Entsorgung verschieben**

1532 **Text**

1533 Der Landesparteitag beschließt den Abschnitt "Kostenlose Sperrmüll-Entsorgung" vom Kapitel
1534 "Sonstige Themen" im Landesprogramm in das Kapitel "Verwaltung" zu verschieben. Das
1535 Kapitel "Sonstige Themen" wird aus dem Landesprogramm gestrichen, sofern es keinen Inhalt
1536 mehr enthält.

1537 **Begründung**

1538 "Sonstige Themen" klingt mistig und abwertend, außerdem wäre dieser Abschnitt hier je nach
1539 Verlauf des Parteitags unter Umständen der einzige im ganzen Kapitel.

1540 **Antragsteller**

1541 StreetDogg

1542 **PA64: Freie Software und offene Standards**

1543 **Freie Software und offene Standards**

1544 **Text**

1545 Der Landesparteitag beschließt folgenden Abschnitt in das Kapitel "Verwaltung" im
1546 Landesprogramm aufzunehmen:

1547 **"Freie Software und offene Standards**

1548 Die Piratenpartei Hamburg setzt sich dafür ein, dass in der hamburgischen Verwaltung soweit
1549 wie möglich freie Software und offene Standards eingesetzt werden. Dadurch sollen sowohl
1550 die Verwaltung selbst als auch die Bürger eine größtmögliche Unabhängigkeit von proprietärer
1551 Software und den entsprechenden Softwareherstellern erhalten.

1552 Freie Software und offene Standards können von allen uneingeschränkt untersucht und genutzt
1553 werden. Sie erlauben den Nutzern die technische Kontrolle über ihre Systeme zu erlangen und
1554 diese nach ihren eigenen Wünschen zu nutzen. Die Bürger sind damit nicht gezwungen im
1555 Umgang mit Behörden auf proprietäre Software zurückgreifen zu müssen, deren Arbeitsweisen
1556 und Funktionsumfang nicht nachvollzogen werden kann. Besonders im Hinblick auf die jüngst
1557 bekanntgewordenen Kooperationen zwischen amerikanischen Geheimdiensten und großen
1558 amerikanischen Softwareherstellern, ist dies dringend geboten."

1559 **Begründung**

1560 Unser Bundesprogramm sieht das eh schon vor, allerdings sollten wir das in unserem
1561 Landesprogramm kurz und knackig auf Hamburg bezogen erwähnen.

1562 **Antragsteller**

1563 StreetDogg

1564 **PA65: Gewaltopferambulanz**

1565 **Gewaltopferambulanz**

1566 **Text**

1567 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Innere Sicherheit*" des Landesprogramms
1568 den Abschnitt "*Anonyme Beweissicherung bei sexueller Gewalt*" durch folgenden zu ersetzen:

1569 **Gewaltopferambulanz**

1570 Die Rechtsmedizinische Untersuchungsstelle für Opfer von Gewalt am UKE bietet eine
1571 Anlaufstelle für Opfer von häuslicher und/oder sexueller Gewalt, unverbindlich Beweise
1572 sichern und Gutachten erstellen zu lassen. Die Kosten für diese Untersuchungen werden derzeit
1573 von der Stadt getragen.

1574 Viele Opfer derartiger Straftaten fühlen sich in den ersten Stunden oder Tagen nach der Tat
1575 nicht in der Lage, Anzeige zu erstatten, aus Angst oder falscher Solidarität mit dem Täter, weil
1576 sie sich einer polizeilichen Vernehmung nicht gewachsen fühlen, oder aus anderen Gründen.
1577 Entscheiden sie sich später doch noch für eine Anzeige – vielleicht bestärkt durch
1578 Vertrauenspersonen aus dem persönlichen Umfeld, nach Konsultation einer Beratungsstelle
1579 oder erst nach dem Auszug aus einer gemeinsamen Wohnung – können diese Beweismittel in
1580 das Verfahren eingebracht werden.

1581 Die Piratenpartei Hamburg setzt sich dafür ein, den Betrieb und die Finanzierung dieses
1582 Dienstes langfristig abzusichern. Desweiteren befürworten wir die Einrichtung einer oder
1583 mehrerer zusätzlicher Außenstellen der Gewaltopferambulanz an entfernten Enden Hamburgs,
1584 so wie es sie in Kooperation mit dem Kreis Pinneberg bereits in Pinneberg und Elmshorn gibt.

1585 Es wäre sinnvoll zu prüfen, ob auch die Möglichkeit einer vollständig anonymen
1586 Inanspruchnahme der Ambulanz und der möglichen Verwahrung der Beweismittel unter einer
1587 anonymen Kennziffer realisierbar und dem Zweck förderlich wäre. Derzeit ist dies nicht
1588 möglich. Die behandelnden Ärztinnen und Ärzte unterliegen allerdings der Schweigepflicht
1589 und geben ohne Zustimmung der Patienten keine Informationen an die Polizei oder sonstige
1590 Stellen weiter.

1591 **Begründung**

1592 Mittlerweile gibt es eine entsprechende Stelle, die im Großen und Ganzen die Anforderungen
1593 erfüllt, die wir bisher im Programm stehen haben. Verbesserungen sind aber immer möglich.

1594 **Antragsteller**

1595 Burkhard Masseur

1596 **PA66: Einführung einer Karenzzeit für Mitglieder des Senats**
1597 **(zurückgezogen)**

1598 **Einführung einer Karenzzeit für Mitglieder des Senats (zurückgezogen)**

1599 **Text**

1600 Der Landesparteitag beschließt folgenden Abschnitt in das Kapitel "Demokratie und
1601 Bürgerrechte" im Landesprogramm aufzunehmen:

1602 ~~**"Einführung einer Karenzzeit für Mitglieder des Senats"**~~

1603 Der Wechsel von Politikern aus hohen Ämtern in die freie Wirtschaft sorgt immer wieder für
1604 heftige Diskussionen, besonders wenn im neuen Betätigungsfeld ein direkter Zusammenhang
1605 zur Zuständigkeit im vorherigen Amt besteht. Die Piratenpartei Hamburg möchte vermeiden,
1606 dass hier der Verdacht aufkommt ein Mitglied des Senats hätte seine Position zur persönlichen
1607 Bereicherung genutzt.

1608 Darum wollen wir die Einführung einer dreijährigen Karenzzeit für Mitglieder des Senats,
1609 wenn ein Zusammenhang zwischen der bisher ausgeübten Tätigkeit und der nach dem
1610 Ausscheiden aus dem Dienst beabsichtigten Tätigkeit besteht und dadurch dienstliche
1611 Interessen beeinträchtigt werden könnten.

1612 Dadurch soll außerdem der sogenannte "Drehtür-Effekt" eingedämmt werden.
1613 Wirtschaftsunternehmen und Lobbyverbänden soll erschwert werden sich direkten Einfluss in
1614 die Politik zu erkaufen, indem sie hochrangige Politiker aus ihrem Tätigkeitsbereich
1615 beschäftigen. Diese Praxis verschafft einzelnen finanzstarken Interessensgruppen einen
1616 privilegierten Zugang zu den entsprechenden politischen Netzwerken für Lobbyzwecke und
1617 untergräbt damit offene demokratische Prozesse."

1618 **Begründung**

1619 Das ist eine alte Forderung von Organisationen wie Lobbycontrol oder Transparency
1620 International. Wir haben das in Form eines Positionspapiers auf Bundesebene schonmal
1621 verabschiedet:

1622 [http://wiki.piratenpartei.de/Positionspapiere/Transparenz_und_Korruptionsbek](http://wiki.piratenpartei.de/Positionspapiere/Transparenz_und_Korruptionsbek%C3%A4mpfung_in_der_Politik-)
1623 [%C3%A4mpfung in der Politik-](http://wiki.piratenpartei.de/Positionspapiere/Transparenz_und_Korruptionsbek%C3%A4mpfung_in_der_Politik-)

1624 Andere Landesverbände haben es zum Teil auch im Programm.

1625 Detailliertere Informationen finden sich z.B. hier:

- 1626
- 1627 • [http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm/%C3%84nderungsantr](http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm/%C3%84nderungsantr%C3%A4ge/Karenzzeiten_f%C3%BCr_Politiker_und_Beamte-)
1628 [%C3%A4ge/Karenzzeiten f%C3%BCr Politiker und Beamte-](http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm/%C3%84nderungsantr%C3%A4ge/Karenzzeiten_f%C3%BCr_Politiker_und_Beamte-)
 - 1629 • [http://www.transparency.de/Karenzzeit.859.0.html-](http://www.transparency.de/Karenzzeit.859.0.html)
 - 1630 • <http://de.wikipedia.org/wiki/Dreht%C3%BCr-Effekt#Politik.2FWirtschaft->
• Und überall im Netz

1631 Da stellt man einen Antrag und dann machen die das einfach... sogar noch am selben Tag. Tz.
1632 [http://www.ndr.de/home/hamburg/Hamburg-beschliesst-Karenzzeit-fuer-Ex-](http://www.ndr.de/home/hamburg/Hamburg-beschliesst-Karenzzeit-fuer-Ex-Senatoren,karenzzeit106.html)
1633 [Senatoren,karenzzeit106.html](http://www.ndr.de/home/hamburg/Hamburg-beschliesst-Karenzzeit-fuer-Ex-Senatoren,karenzzeit106.html)

1634 **Antragsteller**

1635 StreetDogg

1636 **PA67: Open Access**

1637 **Open Access**

1638 **Text**

1639 Der Landesparteitag beschließt folgenden Abschnitt in das Kapitel "Bildung" in den Abschnitt
1640 "Freier Zugang" im Landesprogramm aufzunehmen:

1641 **"Open Access**

1642 Die Veröffentlichung von Ergebnissen aus staatlich finanzierter oder geförderter Forschung
1643 findet oft durch kommerzielle Verlage statt. Forschungseinrichtungen und andere, oft staatliche
1644 Stellen müssen diese dann erneut bezahlen. Der Steuerzahler kommt also mehrfach für die
1645 Kosten der Publikationen auf. Wir möchten Forschungsergebnisse, die von der Freien und
1646 Hansestadt Hamburg finanziert wurden, frei nach dem Prinzip des Open Access zur Verfügung
1647 stellen."

1648 **Begründung**

1649 Das ist Teil unseres Bundesprogramms, betrifft aber stark Landeseinrichtungen:

1650 [http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Freier Zugang zu .C3.B6ffentlichen Inhalten](http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Freier_Zugang_zu_.C3.B6ffentlichen_Inhalten)

1651 Die Forderung findet sich auch in einigen Landesprogrammen wieder. Der Text ist aus dem
1652 Programm von Baden-Württemberg herausgeremixt.

1653 **Antragsteller**

1654 StreetDogg

1655 **PA68: "Modernisierungsumlagen abschaffen" ersetzen**

1656 **"Modernisierungsumlagen abschaffen" ersetzen**

1657 **Text**

1658 Der Landesparteitag möge beschließen den Abschnitt "Modernisierungsumlagen abschaffen"
1659 wie folgt zu ersetzen:

1660 **Modernisierung nur mit Mieterzustimmung**

1661 „Die große Koalition hat die Beschränkung der Modernisierungsumlagen auf die tatsächlich
1662 entstandenen Kosten beschlossen. Modernisierung und die damit verbundenen Umlagen lässt
1663 sich aber auch missbrauchen um langjährige Mieter loszuwerden. Wir fordern ein generelles
1664 Vetorecht der betroffenen Mieter vor Modernisierungsmaßnahmen. So können sinnlose aber
1665 teure „Luxussanierungen“ & Verdrängung verhindert werden. Mieter können mitbestimmen
1666 mit welchem Wohnstandard sie leben wollen.“

1667 **Begründung**

1668 Die aktuelle Forderung widerspricht der von der GroKo beschlossenen Beschränkung auf die
1669 tatsächlich entstandenen Kosten, zudem werden es 10% p.a. Außerdem entfällt bei Umsetzung
1670 in geltendes Recht für Vermieter jeglicher Anreiz zu modernisieren. Sie würden nur
1671 Instandhaltung betreiben, dessen Kosten sie bereits jetzt nicht umlegen können.
1672 Mitbestimmung der Bürger auch hier!

1673 Thematisch passend zu **PA56 ff**

1674 Dieser Antrag konkurriert mit **PA69** und **PA88**

1675 **Antragsteller**

1676 Arthur (AK)

1677 **PA69: "Modernisierungsumlagen abschaffen" streichen**

1678 "Modernisierungsumlagen abschaffen" streichen

1679 **Text**

1680 Der Landesparteitag möge beschließen den Abschnitt "Modernisierungsumlagen abschaffen"
1681 zu streichen.

1682 **Begründung**

1683 Die aktuelle Forderung widerspricht der von der GroKo beschlossenen Beschränkung auf die
1684 tatsächlich entstandenen Kosten, zudem werden es 10% p.a. statt den erwähnten 11% p.a.

1685 Thematisch passend zu **PA56 ff**

1686 Dieser Antrag konkurriert mit **PA68** und **PA88**

1687 **Antragsteller**

1688 Arthur (AK)

1689 **PA70: Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft**

1690 **Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft**

1691 **Text**

1692 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Wirtschaft*" des Landesprogramms
1693 folgenden Text an geeigneter Stelle aufzunehmen:

1694 **Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft**

1695 Die Piratenpartei Hamburg verfolgt das Ziel, die gegenwärtig vorherrschende Linearwirtschaft
1696 („Wegwerfwirtschaft“) zu einer Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln. Dazu sollen bis zum
1697 Jahr 2050 alle zur Produktion eingesetzten Rohstoffe biologisch abbaubar sein oder über den
1698 Lebenszyklus einer Ware hinaus vollständig im Produktionsprozess verbleiben. Als Vorbild
1699 dient dabei der Stoffkreislauf der Natur, deren fortlaufende Nutzungen jedweden Stoffes ohne
1700 Abfälle (zero waste) und ohne einen Zuwachs bereits in der Atmosphäre verfügbarer Gase
1701 (zero emission) auskommt. Nährstoffe, Materialien und Energie sind dazu so zu integrieren,
1702 dass das Produktions- und Konsumsystem alles Verfügbare optimal nutzt. Die missbräuchliche
1703 Verwendung der Umwelt als Senke für Abfall- und Reststoffe der industriellen Fertigung wird
1704 beendet. Die Entwicklung einer solchen Kreislaufwirtschaft werden wir politisch unterstützen,
1705 indem wir uns dafür einsetzen,

1706 ● dass eine staatliche Wirtschaftsförderung zukünftig verstärkt solchen Unternehmen gewährt
1707 wird, die ihre Produktionsprozesse an den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ausrichten und die
1708 ihre Energie ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen beziehen,

1709 ● dass die für die Umstellung der Stoffkreisläufe benötigte Grundlagenforschung sowie der
1710 Technologietransfer verstärkt werden. Dazu fördern wir unter anderem die Einrichtung neuer
1711 Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen,

1712 ● dass ein Wissens- und Ideenpool eingerichtet wird, der auch dazu dient, die in Hamburg
1713 ansässigen Unternehmen miteinander zu vernetzen. Damit wird unter anderem die Grundlage
1714 dafür geschaffen, dass der Reststoff („Abfall“) des einen Unternehmens zum Rohstoff eines
1715 anderen wird,

1716 ● dass die Stadt ein Umweltpartnerprogramm für den Handel sowie die Gastronomie initiiert,
1717 dass ressourcenschonendes Verhalten fördert. Umweltpartner der Stadt Hamburg können mit
1718 ihrer Teilnahme werben und sind Teil eines Netzwerks in dem Innovationen und Ideen
1719 untereinander ausgetauscht werden.

1720 Die bereits bestehende Wertstoffeffassung der Stadt wollen wir kurzfristig dadurch verbessern,
1721 indem wir dafür sorgen,

1722 ● dass ein verursachergerechteres Abfallerfassungs- und Abfallgebührensysteem eingeführt
1723 wird, dass darauf ausgerichtet ist die Restmüllvermeidung zu belohnen,

1724 ● dass die seit Anfang 2011 bestehende Verpflichtung zur Erfassung von Bioabfällen und
1725 Altpapier konsequent umgesetzt, und die derzeitige – im bundesweiten Vergleich als

1726 "mangelhaft" anzusehende Wertstofffassung des Stadt – durch Einführung der Kombi-Tonne
1727 für Papier, Textilien und Schuhe sowie die Orange-Wertstofftonne für Metall-, Kunststoff- und
1728 Elektroabfälle ergänzt wird,

1729 • dass die Abfallberatung und die Öffentlichkeitsarbeit – sowie das Thema Müllvermeidung
1730 innerhalb der Umweltbildung – gestärkt werden.

1731 **Strukturwandel vorbereiten – Hamburger Hafen zur Modellregion für**
1732 **Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln**

1733 Hamburg bietet durch seine logistischen Verbindungen für Warenbewegungen beste
1734 Standortvoraussetzungen für die Umsetzung wesentlicher Bestandteile der Kreislaufwirtschaft.
1735 Diese individuelle Stärke unserer Stadt wollen wir gezielt dazu nutzen, den Hamburger Hafen
1736 als Zentrum für Sammelwege von Wertstoffen optimal weiterzuentwickeln. Durch den Handel,
1737 den Transport und die optimale Behandlung von Wertstoffen erhält die Hamburger Wirtschaft
1738 direkten Zugang zu einer günstigen und sicheren Rohstoffversorgung. Dies steigert die
1739 Wertschöpfung, schafft neue Arbeitsplätze, sorgt für die Ansiedlung neuer
1740 Unternehmenszweige und bietet als weiteres Standbein der Hafenwirtschaft eine Perspektive
1741 für den Strukturwandel. Die Abhängigkeit von Rohstoffimporten wird verringert.

1742 Da Erweiterungsflächen des Hamburger Hafens in Zukunft möglicherweise nicht in dem Maße
1743 benötigt werden, wie in alten Planungen angenommen, wollen wir Teile davon für die
1744 Neuansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der Kreislaufwirtschaft umwidmen.

1745 **Begründung**

1746 Die immer aufwändigere Förderung von Erdöl unter Inkaufnahme immer größerer Risiken, bei
1747 gleichzeitiger Anreicherung der Weltmeere mit biologisch nicht abbaubarem Plastik, steht
1748 sinnbildlich für das global vorherrschende, lineare Produktionssystem, dessen Methodik sich
1749 kurz und knapp mit den drei Begriffen „take, make, waste“ (nehmen, herstellen, wegwerfen)
1750 zusammenfassen lässt. Ein Prinzip, das sich seit Beginn der industriellen Revolution kaum
1751 verändert hat, inzwischen jedoch zunehmend an seine Grenzen stößt. So steht den sich
1752 verknappenden Rohstoffen eine wachsende Weltbevölkerung gegenüber, deren materieller
1753 Bedarf – zusätzlich getrieben durch den Wunsch der Konsumbeteiligung sich
1754 industrialisierender Gesellschaften – stetig zunimmt. Der Zugang zu Rohstoffen sowie deren
1755 gerechte Verteilung werden dabei immer schwieriger. Damit nimmt letztlich auch die Gefahr
1756 von Verteilungskämpfen zu.

1757 Dass ein nachhaltiger Umgang mit Rohstoffen möglich ist, zeigt sich bereits überall dort, wo
1758 die Verknappung zu deutlichen Preissteigerungen führt. So ist die Rückgewinnung bei
1759 Buntmetallen und Stahl sehr weit fortgeschritten. Bei vielen erdölbasierten Kunststoffen ist der
1760 Anreiz zur Wiederverwertung aufgrund der mittelfristig gesicherten Verfügbarkeit von Rohöl
1761 hingegen noch nicht in ausreichendem Maße gegeben. Aufgrund der negativen Auswirkungen
1762 auf die Umwelt ist es daher Aufgabe der Politik, entsprechende Anreize zu setzen und steuernd
1763 auf die Produktionsprozesse einzuwirken. Letztlich steht eine Reaktion auf die schon heute
1764 spürbare Verknappung aller endlichen Rohstoffe auch für die Sicherung der
1765 Wohlstandsgesellschaft. Zum einen verringert sich dadurch die Abhängigkeit von
1766 Rohstoffimporten, zum anderen wird die Entwicklung zukünftig weltweit benötigter
1767 Technologien gefördert.

- 1768 Der bewusste, intelligente und langfristig tragfähige Umgang mit den noch zur Verfügung
1769 stehenden Ressourcen ist daher umwelt-, friedens- sowie wirtschaftspolitisch richtig.
- 1770 Die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft stellt unser derzeitiges, lineares Produktionssystem
1771 allerdings vor große Herausforderungen. Solange die Beziehung von Rohstofflieferant,
1772 Produzent und Entsorger weitgehend auf Angebot, Nachfrage und Preisfindung beschränkt ist,
1773 kann sich ein geschlossener Stoffkreislauf nur schwer entwickeln. Der Abfall eines Ersten wird
1774 erst dann zum Rohstoff eines Zweiten werden, wenn Ersterem bekannt ist, welche Stoffe sich
1775 für die Weiterwendung eignen und somit auch vom Zweiten nachgefragt werden. Das gängige
1776 Prinzip, ein Produkt herzustellen und erst dann zu ermitteln, wie es sich weiterverarbeiten oder
1777 entsorgen lässt, muss daher durch ein System ersetzt werden, bei dem bereits zum Zeitpunkt
1778 der Produktentwicklung Überlegungen darüber angestellt werden, was am Ende des
1779 Lebenszyklus aus einem Produkt werden soll.
- 1780 Diese Neuordnung des Produktionssystems setzt ein fundiertes Wissen über Stoffeigenschaften
1781 und die Möglichkeiten zu deren Weiterverarbeitung voraus. Von staatlicher Seite aus kann die
1782 dazu notwendige Grundlagenforschung über wissenschaftliche Einrichtungen wie
1783 Universitäten und Fachhochschulen gefördert werden. Netzwerke und Informationsplattformen
1784 erleichtern darüber hinaus den Informationsaustausch zwischen den Unternehmen und tragen
1785 dazu bei, dass Stoffkreisläufe unternehmensübergreifend neu organisiert werden. Eine gezielte
1786 Wirtschaftsförderung und Beratung – etwa durch die Hamburgische Gesellschaft für
1787 Wirtschaftsförderung (HWF) sowie die Wirtschaftszentren der Bezirke – bieten Unternehmen
1788 einen Anreiz, langlebige Problemstoffe verstärkt durch nachwachsende, biologisch abbaubare
1789 Stoffe zu ersetzen, Müllvermeidungspotentiale zu heben, sowie die eigene Produktion zu
1790 analysieren und im Sinne einer Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln.
- 1791 Da die Vertiefung der Elbe nicht unendlich fortgesetzt werden kann und viele der zukünftigen,
1792 übergroßen Containerschiffe den Hamburger Hafen daher nicht mehr anlaufen werden, muss
1793 sich Hamburg auf einen Strukturwandel der Hafenwirtschaft vorbereiten. Der Ausbau des
1794 Hafens zu einem internationalen Drehkreuz für Wert- und Sekundärrohstoffe bietet dafür eine
1795 vielversprechende Perspektive. Handel, Transport und Materialverwertung fördern die
1796 Ansiedlung neuer Unternehmenszweigen, stärken das Innovationspotential der Stadt und
1797 sorgen dafür, dass sich die Wirtschaft weiter diversifiziert. Dabei entstehen auch neue
1798 Ausbildungsgänge, Berufsfelder und Arbeitsplätze. Der zu erwartende Rückgang des
1799 Warenumschlages im Hamburger Hafen muss im Zuge der Neuordnung der Bebauungspläne
1800 langfristig berücksichtigt werden. Der Neuansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der
1801 Kreislaufwirtschaft sollte dabei Priorität eingeräumt werden.
- 1802 Kurzfristig lässt sich die Rückgewinnung von Wertstoffen steigern, indem die Gebühr für die
1803 Restmüllentsorgung – sowohl beim Handel als auch bei den Haushalten – gewichtsabhängig
1804 erhoben wird. Somit besteht ein unmittelbarer Anreiz, den Müll zum Zwecke der
1805 Gewichtsreduzierung (beim Restmüll) über die jeweils dafür vorgesehene Tonne zu entsorgen.
1806 Dadurch, dass Schuhe und Textilien über die Altpapiertonne entsorgt werden können, wird
1807 deren fachgerechte Entsorgung erleichtert. Die orangene Tonne sorgt dafür, dass in
1808 Elektronikgeräten enthaltene Problemstoffe wie Flammschutzmittel und Schwermetalle sicher
1809 erfasst, sowie wertvolle Buntmetalle nahezu vollständig zurückgewonnen werden können.
- 1810 **Antragsteller**
- 1811 Andreas Halle, Jörg Dürre

1812 **PA71: Verbräuche der Stadt mittels Top-Runner Prinzip**
1813 **systematisch verringern**

1814 **Verbräuche der Stadt mittels Top-Runner Prinzip systematisch verringern**

1815 **Text**

1816 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Wirtschaft*" des Landesprogramms
1817 folgenden Text an geeigneter Stelle aufzunehmen:

1818 **Verbräuche der Stadt mittels Top-Runner Prinzip systematisch verringern**

1819 Zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie zur Verringerung von Emissionen
1820 wollen wir ein Top-Runner-Programm für Hamburg ins Leben rufen. Das technologieneutrale
1821 Top-Runner-Anreizsystem sorgt dafür, dass an einem Stichtag eine Marktübersicht bezüglich
1822 der effizientesten Nutzung von Energie, stofflichen Ressourcen sowie zur effektivsten
1823 Vermeidung von Emissionen erstellt wird. Davon betroffen sind Geräte, Gebäude, Fahrzeuge
1824 sowie Verarbeitungs- und Produktionsanlagen. Der „Top-Runner“ eines Stichtages wird dann
1825 zum zukünftigen Standard erhoben. Ein Standard also, der etwa in 5, 10 oder 15 Jahren von
1826 allen Marktteilnehmern einer jeweilige Branche erreicht werden muss. Damit werden
1827 Unternehmen dazu angeregt – unabhängig von den wettbewerblichen Anforderungen des
1828 Marktes – in neue Techniken zu investieren. Der Top-Runner stellt als „lebendes Beispiel“
1829 sicher, dass die an die Unternehmen gerichteten Anforderungen auch tatsächlich realisierbar
1830 sind. Damit werden der Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die gesundheits- und
1831 umweltschädlichen Emissionen unserer Stadt Jahr für Jahr sukzessiv gesenkt.

1832 Zur Ermittlung des Top-Runners fordern wir die Erstellung eines jährlichen Effizienzberichts
1833 von allen Unternehmen mit einer Belegschaft von mehr als 25 Mitarbeitern. Allein durch die
1834 Verpflichtung, den eigene Verbrauch sowie die eigenen Emissionen zu dokumentieren und zu
1835 visualisieren, werden Unternehmen dazu angeregt, Einsparpotentiale zu erkennen und zu
1836 heben.

1837 Anders als die EU oder der Bund kann die Stadt Hamburg den Ressourcenverbrauch und die
1838 Emissionen nicht gesetzlich vorschreiben. Die Stadt hat allerdings die Möglichkeit bei der
1839 Vergabe von Aufträgen, bei der Wirtschaftsförderung sowie hinsichtlich der Erhebung von
1840 Gebühren eigene Standards vorzugeben. Wege zur Erhebung einer Umweltschutzabgabe auf
1841 Landesebene würde eine in der Bürgerschaft vertretene Piratenfraktion juristisch prüfen lassen.

1842 **Begründung**

1843 Der derzeitige Energie- und Ressourcenverbrauch stützt sich noch immer vornehmlich auf die
1844 „fossilen Ersparnisse“ vergangener Jahrmillionen. Um den derzeitigen Lebensstandard der
1845 Bevölkerung langfristig sicherzustellen ist es daher notwendig, die Verbräuche fossiler
1846 Rohstoffe mittelfristig drastisch zu senken, ohne dabei die jeweilige Anwendung
1847 einzuschränken. Dies kann – ebenso wie die Senkung gesundheits- sowie umweltschädlicher
1848 Emissionen – mit Hilfe des Top-Runner-Prinzips erreicht werden. Japan, wo der
1849 Energieverbrauch einiger Geräteklassen um mehr als 80 Prozent gesenkt werden konnte,
1850 dokumentiert dies als Erfinder des Top-Runner-Prinzips auf beeindruckende Art und Weise.

1851 Ein weiterer Vorteil des Top-Runner-Prinzips besteht gegenüber geschätzten
1852 Einsparpotentialen darin, dass der für die nahe Zukunft festgelegte Standard gegenwärtig
1853 bereits erreicht wird. Damit ist sichergestellt, dass Zielvorgaben realistisch, d. h. auch
1854 tatsächlich umsetzbar sind.

1855 Da die Stadt Vorgaben nicht unabhängig von der Gesetzgebung der EU oder des Bundes
1856 machen kann, soll sie das Top-Runner-Programm überall dort zur Anwendung bringen, wo sie
1857 selbst Auftraggeber oder Förderer ist. Dies betrifft etwa Bau- und Infrastrukturvorhaben sowie
1858 die Wirtschaftsförderung. Um Unternehmen, die in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld
1859 tätig sind nicht zu überfordern, soll die Wirtschaftsförderung ausdrücklich auch für
1860 Investitionen in die Erreichung des Top-Runner-Standards gewährt werden. Der Geförderte ist
1861 dann allerdings verpflichtet, die Top-Runner Zielvorgabe mindestens einzuhalten oder zu
1862 übertreffen.

1863 Durch einen jährlichen Verbrauchs- und Emissionsbericht werden auch solche Unternehmen,
1864 die bislang keine oder nur geringe Anstrengungen zur Effizienzsteigerung unternommen
1865 haben, dazu angeregt, die Quellen ihrer Verbräuche und Emissionen genauer zu analysieren.
1866 So werden Einsparpotentiale sichtbar, die Grundlage für Effizienzsteigerungen ist gelegt.

1867 **Antragsteller**

1868 Jörg Dürre, Andreas Halle

1869 **PA72: Top-Runner-Programm zur Fernwärmeerzeugung** 1870 **mittels Running Eco Heat**

1871 **Top-Runner-Programm zur Fernwärmeerzeugung mittels Running Eco Heat**

1872 **Text**

1873 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" des
1874 Landesprogramms an geeigneter Stelle folgenden Text ergänzend aufzunehmen (Die einzelnen
1875 Kapitel diese Antrags können dazu auch voneinander getrennt werden):

1876 **Top-Runner-Programm zur Fernwärmeerzeugung mittels Running Eco Heat**

1877 Die Fernwärme soll von den umweltfreundlichsten und dabei günstigsten Anlagen erzeugt
1878 werden. Der Fernwärmeerzeugungsmix für Hamburg wird dazu durch das Top-Runner-
1879 Programm koordiniert. Im Gegensatz zur reinen Betrachtung von Energieeffizienz wie im
1880 Japanischen original Programm werden weitere Zielbestandteile mit einbezogen.
1881 Schwermetallemissionen, Lärm, Feinstaub, NOX, SOX sind dabei – neben dem bekannten
1882 CO₂ – mögliche Kenngrößen. Dem Ausschreibungsteilnehmer und späteren Hersteller dieser
1883 Wärme bleibt überlassen, wie er diese Qualität sicherstellt. Sanktionsmechanismus ist die
1884 Netzdurchleitungsgebühr, die für die vorteilhafteste Art der Versorgung auf nahezu 0
1885 verringert wird. Für die Einspeisung unvorteilhafter Wärme wird eine Sondergebühr oder ggf.
1886 eine Umweltschutzabgabe (REH-Finanzierung) erhoben.

1887 **Generell zu Fernwärme**

1888 Wir fordern eine überprüfbar emissionsarme Versorgung Hamburgs mit Wärme. Sofern
1889 existierende Fernwärmebereiche vollständig mit vergleichsweise vorteilhafter Wärme
1890 beschickt werden können, so sollten diese Netzbereiche verdichtet und oder erweitert werden.
1891 Eine pauschale Forderung zum Ausbau von Warm- oder Heißwassernetzen wird nicht
1892 unterstützt. Sofern andere Maßnahmen, wie beispielsweise die Erzeugung von Nutzwärme aus
1893 Strom, ein insgesamt günstigere Bilanz als die Fernwärme aufweisen, so ist dieser Art der
1894 Versorgung in Planung, Förderung und Genehmigung der Vorrang zu geben.

1895 **Begründung**

1896 **Antragsteller**

1897 Jörg Dürre, Andreas Halle

1898 **PA73: Realisierung Pilotkraftwerke Tiefengeothermie zur** 1899 **Wärmeversorgung Hamburgs**

1900 **Realisierung Pilotkraftwerke Tiefengeothermie zur Wärmeversorgung Hamburgs**

1901 **Text**

1902 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" den Programmteil
1903 "Realisierung Tiefengeothermie zur Wärmeversorgung im Bezirk Hamburg-Mitte" des
1904 Landesprogramm durch folgenden Text zu ersetzen: **Realisierung Pilotkraftwerke**
1905 **Tiefengeothermie zur Wärmeversorgung Hamburgs**

1906 Auf dem Gebiet Hamburgs sollen bis zum Jahre 2020 mindestens zwei Geothermische
1907 Anlagen zur hauptsächlich Gewinnung von Nutzwärme für Wohnungen und Gewerbe sowie
1908 der Gewinnung von Ökostrom errichtet werden. Die erste dieser Anlagen soll aus den
1909 vorhandenen Vorplanungen in Wilhelmsburg schnellstmöglich realisiert werden. Die
1910 Erzeugungskapazität ist bei der Planung der Wohn- und Gewerbeflächen in Form von
1911 Vorgaben zur regenerativen Wärmeerzeugung mit einzubeziehen.

1912 Eine weitere Anlage soll in der Standortplanung so vorgesehen werden, dass das Ziel einer
1913 nachhaltigen, dezentralen Energieversorgung Hamburgs unter bestmöglicher Ausnutzung der
1914 vorhandenen Fernwärmeinfrastruktur umgesetzt wird.

1915 Durch die Übernahme des verhältnismäßig hohen wirtschaftlichen Einzelrisikos für die ersten
1916 beiden Bohrungen, können weitere Projekte diese heimische Form von
1917 Wärmegrundversorgung in der Folge leichter kalkulieren und ausbauen.

1918 **Begründung**

1919 Generalisierung des Antrags

1920 **Antragsteller**

1921 Jörg Dürre

1922 **PA74: Streichung Programmteil Hamburger Kohleausstieg,**
1923 **oder: Der Moorburg-Kompromiss**

1924 **Streichung Programmteil Hamburger Kohleausstieg, oder: Der Moorburg-Kompromiss**

1925 **Text**

1926 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" den Programmteil
1927 "Hamburger Kohleausstieg, oder: Der Moorburg-Kompromiss".

1928 des Landesprogramms zu streichen.

1929 **Begründung**

1930 Grundsätzlich wäre der Programmteil weiterhin aus technischer Sicht richtig, sofern davon
1931 ausgegangen wird, dass Moorburg ohnehin betrieben wird.

1932 Das Ziel der demokratischen Kontrolle der Energieerzeugung ist mit Großkraftwerken schwer
1933 realisierbar, daher sollte dieser Ansatz aufgegeben und stattdessen echte ökologische Lösungen
1934 angestrebt werden.

1935 **Antragsteller**

1936 Jörg Dürre

1937 **PA75: Hamburger Kohleausstieg**

1938 **Hamburger Kohleausstieg**

1939 **Text**

1940 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" den Programmteil
1941 "Hamburger Kohleausstieg" einzufügen.

1942 Weiterhin möge der Landesparteitag beschließen in diesem Kapitel folgenden Punkt
1943 einzuführen:

1944 **Kein CCS** "Die Piratenpartei Hamburg fordert, auf Maßnahmen zur Abscheidung und
1945 Lagerung von Kohlendioxid bei fossilen Kraftwerken zu verzichten.

1946 Betreiber werden von der momentan noch bestehenden Verpflichtung zur Ausrüstung der
1947 Anlage mit Kohlendioxidabscheidung sowie der alternativen Strafzahlung befreit, sofern ein
1948 verbindlicher Verzicht auf die mittelbare oder unmittelbare Verwendung von CO2 als Fracking
1949 Hilfsmittel im Gegenzug abgegeben wird."

1950 **Begründung**

1951 Fracking nach Erdgas und Öl und die Entsorgung von CO2 sind ein verbundenes

1952 Geschäftsmodell. Sich Fördermittel der EU für CCS (Carbon Capture and Storage) geben zu
1953 lassen, um mit diesem CO2 aus dem Abgas von Kohlekraftwerken, dann eine günstige
1954 Substanz für die Ausbeutung weiterer fossiler Stoffe aus dem Boden zu bekommen, ist ein
1955 hübscher Trick. Das sollten wir nicht zulassen.

1956 [http://www.reuters.com/article/2014/04/07/generalelectric-fracking-carbon-
idUSL1N0MT1HN20140407](http://www.reuters.com/article/2014/04/07/generalelectric-fracking-carbon-
1957 idUSL1N0MT1HN20140407)

1958 **Antragsteller**

1959 Jörg Dürre

1960 **PA76: Keine Kohleförderung mit Landesmitteln**

1961 **Keine Kohleförderung mit Landesmitteln**

1962 **Text**

1963 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" in einem
1964 Programmteil "Hamburger Kohleausstieg" folgenden Punkt einzufügen:

1965 **Keine Kohleförderung mit Landesmitteln**

1966 Die Piraten fordern aus wirtschaftlichen sowie ökologischen Erwägungen die Förderung des
1967 Kohleabbaus zu beenden. Durch die immer billiger werdenden Erneuerbaren Energien ist die
1968 Amortisation des in fossile Projekte investierten Kapitals zunehmend unsicher. Bei Krediten
1969 der HSH Nordbank bürgen die Bürger Hamburgs und Schleswig-Holsteins. Kredite der HSH
1970 Nordbank in den Energiesektor sollten diesem Umstand Rechnung tragen. Anstatt die alten
1971 Technologien der Vergangenheit zu finanzieren, sollten die HSH sich verstärkt der dezentralen
1972 "Eigenenergieversorgung" der Bürger und mittelständischen Unternehmen, sowie dem
1973 Wärmesektor – auch der Wärmedämmung sowie anderer Energiespartechniken – zuwenden.

1974 Hierzu gehören auch Investitionen zur Stärkung der Integration von Windstrom aus
1975 Norddeutschland und die Reduzierung der Unabhängigkeit von fossilen Energiestoffen.
1976 Besondere Förderung soll die Metropolregion um Hamburg erfahren.

1977 **Begründung**

1978 Die HSH Nordbank hat in der Vergangenheit Kohleprojekte zumindest mittelbar gefördert.
1979 <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43246/1.html> Bei den Kohlefirmen fördernden Ländern liegt
1980 die HSH Nordbank weltweit auf Platz 64 mit 227 Millionen Euro zwischen 2005 und 2014.
1981 http://www.coalbanks.org/bank#hsh_nordbank

1982 **Antragsteller**

1983 Jörg Dürre

1984 **PA77: Wärmegesetz schaffen**

1985 **Wärmegesetz schaffen**

1986 **Text**

1987 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*"

1988 den Programmteil "Fernwärmeerzeugungsstruktur in Hamburg zur Umsetzung des Netze
1989 Volksentscheides planen" umzubenennen in "Wärmegesetz für Wärmemarkt schaffen"

1990 **Begründung**

1991 Ein Markt besteht nur dann, wenn die Regeln für die Transaktionen klar sind. Wir benötigen
1992 zur Regelung der Einspeisung und Durchleitung dezentral erzeugter Wärme ein Wärmegesetz,
1993 damit das natürliche Monopol der Wärmeleitungen zu einem Markt geöffnet wird. Kern des
1994 Programmpunktes ist das nötige Gesetz, das wird so klar.

1995 **Antragsteller**

1996 Jörg Dürre

1997 **PA78: Biosprit raus aus Hamburgs Klimaschutzkonzept –
1998 mehr Ökostrom**

1999 **Biosprit raus aus Hamburgs Klimaschutzkonzept**

2000 **Text**

2001 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" den Programmteil
2002 "Ökostrom als Alternative zu E10 im Verkehr" zu streichen und folgenden Teil einzufügen:

2003 **Biosprit raus aus Hamburgs Klimaschutzkonzept – mehr Ökostrom**

2004 Der Hamburger Senat soll die EU Richtlinie zur alternativen Nutzung von Ökostrom anstelle
2005 von Palmöl, Sojaöl, Rapsöl und Zucker in Kraftstoffen konsequent umsetzen. Entgegen
2006 landläufiger Meinung ist die Nutzung von Lebensmitteln im Sprit ohne Berücksichtigung von
2007 Ökostrom nicht von der EU, sondern derzeit ausschließlich von der deutschen Bundesregierung
2008 vorgeschrieben. Wir wollen in Hamburgs Fahrzeugen die marktwirtschaftliche Wahl zwischen
2009 u. a. Schleswig-Holsteinischem Windstrom und z. B. Palmölimporten haben. Weiterhin fordert
2010 wir den Senat auf, einen Handel mit ökologischen Quoten über den Bundesrat zu ermöglichen.
2011 Durch Mehreinsatz von Wind- und Sonnenstrom kann damit die Verpflichtung zur Nutzung
2012 Erneuerbarer Energie erfüllt werden und weniger sonstige Biomasse zur CO2-Reduktion
2013 eingesetzt werden. Biosprit darf nur dann auf die Hamburger Klimaziele angerechnet werden,
2014 wenn auch Ökostrom im Verkehr gleichartig angerechnet wird. Die Bundesregierung kann
2015 diese Maßnahme mittlerweile durch einfachen Beschluss umsetzen.

2016 Wir fordern damit nichts weiter als die korrekte Anwendung der Europäischen Richtlinie zur

2017 Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehr. Ziel der Richtlinie
2018 ist es, bis 2020 eine Mindestmenge Erneuerbarer Energie im gesamten Verkehrsbereich zu
2019 erreichen. Ökostrom ist eine Alternative zu E10 und Biodiesel im Kraftstoff. Ökostrom kann in
2020 Stadtbahnen, Elektrofähren, Elektrobussen, der Hochbahn und den S-Bahnen sowie in Elektro-
2021 und Plugin-Ektrobussen eingesetzt werden. Eine größere Menge Ökostrom im Hamburger
2022 Verkehr als es die Quote fördert, könnte gewinnbringend, ähnlich wie ein CO2
2023 Emissionszertifikat, verkauft werden. Dies ist eine sehr wirtschaftliche Nutzung von
2024 heimischer Ökoenergie. Eine alleinige Anrechnung des verwendeten Biosprits im
2025 Klimaschutzkonzept zu Klimaschutzzwecken im Verkehr, ohne den Wettbewerb von billigeren
2026 Alternativen, lehnen wir daher ab.

2027 **Begründung**

2028 Nach der letzten Novelle der Biosprit Gesetzgebung ist die Bundesregierung ermächtigt ohne
2029 Zustimmung des Bundestags diese Maßnahme zu ergreifen
2030 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18057.pdf> ebd.:Punkt 11 Artikel 1 Nummer 7 "Die
2031 Anrechenbarkeit von elektrischem Strom zur Verwendung in Straßenfahrzeugen [...] zu regeln,
2032 und dabei insbesondere a) das Berechnungsverfahren für die Treibhausgasemissionen der
2033 eingesetzten Mengen elektrischen Stroms festzulegen und b) das Nachweisverfahren zu
2034 regeln"

2035 Hier haben am 09. Oktober 2014 wieder alle im Bundestag vertretenen Parteien vollständig
2036 versagt und niemand hat auf die sofortige Umsetzung dieses wichtigen Passus
2037 bestanden. Weiterer fachlicher Hintergrund mit verlinkten Studien
2038 <https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/1949.html>

2039 **Antragsteller**

2040 Jörg Dürre

2041 **PA79: Handlungsfähige Umwelt- und Energiebehörde**

2042 **Handlungsfähige Umwelt- und Energiebehörde**

2043 **Text**

2044 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Bürgerenergiewende*" den Programmteil
2045 "Handlungsfähige Umwelt- und Energiebehörde" mit folgendem Inhalt einzufügen:

2046 Wir fordern eine angemessen hohe personelle Ausstattung der für Energie und Umwelt
2047 zuständigen Behörde für die Umsetzung des Volksentscheides "Unser Hamburg Unser Netz".

2048 Die Stadt Hamburg hat von ihren Bürgern der Auftrag erhalten, die Energienetze in eigener
2049 Hand zu halten. Für die Bewirtschaftung und Weiterentwicklung der Netze, hin zu der
2050 gewünschten Ökologischen und günstigen Energie erfordert bestes Personal. Die Aufgaben
2051 gehen über die bisher zu erledigenden Aufgaben hinaus. Dem ist durch die Einstellung von
2052 hauptsächlich planerisch und koordinierend tätigem Personal zu begegnen. Planungen unter
2053 Einbeziehung der interessierten Bürger ist eine langfristige Tätigkeit, die nur ungenügend an
2054 privatwirtschaftliche Firmen zu vergeben ist. Wünschenswert ist eine kontinuierliche Planung,

2055 mit entsprechender personeller Ausstattung. Die erforderlichen Stellen können aus den
2056 Einnahmen der Netzgebühren und eigenen Energieeinsparergebnissen finanziert werden.

2057 **Begründung**

2058 **Antragsteller**

2059 Jörg Dürre

2060 **PA80: Aufklärung zu Roma und Sinti in den Schulen**

2061 **Aufklärung zu Roma und Sinti in den Schulen**

2062 **Text**

2063 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel Bildung, Abschnitt Lerninhalte unter der
2064 Überschrift "Aufklärung zu Roma und Sinti in den Schulen" folgende Passage einzufügen:

2065 "Die Geschichte der Roma und Sinti, ebenso wie die Aufklärung über Antiziganismus gehören
2066 in den Hamburger Bildungsplan.

2067 Die Roma und Sinti leiden bis heute unter der Ausgrenzung der Mehrheitsgesellschaft. Durch
2068 die Aufklärung über Roma, Sinti, deren Geschichte und die gesellschaftliche Ausgrenzung
2069 durch den Antiziganismus muss schon in der Schule thematisiert werden. Nur durch
2070 Aufklärung ist eine gleichberechtigte Inklusion in die Gesellschaft möglich. "

2071 **Begründung**

2072 Bis heute finden Roma und Sinti in unserer Gesellschaft nur als Negativberichterstattung und
2073 Instrument der Hetze statt. Hier bedarf es mehr Wissen um durch Bildung Toleranz zu
2074 schaffen.

2075 **Antragsteller**

2076 Andreas Gerhold via Bildungsverein der Roma zu Hamburg e.V.

2077 **PA81: Ergänzung: Zwischenmenschliche Kompetenz der
2078 polizeiliche Stellen**

2079 **Ergänzung: Zwischenmenschliche Kompetenz der polizeiliche Stellen**

2080 **Text**

2081 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel Innere Sicherheit, Abschnitt "
2082 Zwischenmenschliche Kompetenz der polizeiliche Stellen" wie folgt zu ergänzen:

2083 Alt

2084 „Wir setzen uns für eine umfassende Bildung der Angehörigen der Polizei Hamburg im
2085 Bereich Antidiskriminierung, interkultureller Kompetenz, Menschenrechte ein. Dies soll zum
2086 einen in der polizeilichen Ausbildung erfolgen sowie als kontinuierliche Weiterbildung
2087 ergänzend zur tägliche Polizeiarbeit.“

2088 Neu

2089 „Wir setzen uns für eine umfassende Bildung der Angehörigen der Polizei Hamburg im
2090 Bereich Antidiskriminierung, interkultureller Kompetenz und Menschenrechte ein.
2091 **Insbesondere eine Sensibilisierung der Polizei im Umgang mit Roma und Sinti scheint**
2092 **uns dringend geboten. Diese Minderheit wird bis heute über den gesellschaftlichen**
2093 **Antiziganismus diskriminiert und ausgegrenzt, es erfolgen systematisch Kontrollen von**
2094 **Fahrzeugen in denen diese Menschen fahren. Hierzu bedarf es Schulungen der Polizei**
2095 **und Mitarbeitern von Sicherheitsbehörden um Wissen über den Antiziganismus, sein**
2096 **Wirken und seine Folgen zu vermitteln.** Dies soll zum einen in der polizeilichen Ausbildung
2097 erfolgen sowie als kontinuierliche Weiterbildung ergänzend zur tägliche Polizeiarbeit.“

2098 **Begründung**

2099 Entgegen des Urteils von Gerichten werden systematisch 9 Sitzer aus Bulgarien und Rumänien
2100 kontrolliert. Dieses ist Teil der Abschreckung gegenüber der Roma die in diese Stadt kommen.
2101 Obwohl dieses ethnische Kontrollieren ohne Grund der Polizei gerichtlich verboten wurde
2102 passiert es weiterhin. Die mehrheitsgesellschaftlichen antiziganistischen Vorurteile sind bei
2103 Polizei und Sicherheitsbehörden ebenso virulent wie im Rest der Bevölkerung. Jedoch haben
2104 Sicherheitsorgane eine besondere Schutzpflicht, der Sie ohne Aufarbeitung und dem erkennen
2105 ihrer eigenen Vorurteile gegen Roma und Sinti nicht gerecht werden können. Die Polizei war
2106 im zweiten Weltkrieg für die Deportationen von Roma und Sinti verantwortlich, bei den Juden
2107 war dies die Gestapo, daraus ergibt sich die Verantwortung diese historische Fakten an jeden
2108 Polizisten zu vermitteln. Es gilt hier das Bild des Zigeuners in den Köpfen zu verändern.

2109 **Antragsteller**

2110 Andreas Gerhold via Bildungsverein der Roma zu Hamburg e.V.

2111 **PA82: Gedenkstätte im Lohsepark**

2112 **Gedenkstätte im Lohsepark**

2113 **Text**

2114 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel Stadtentwicklung, Stadtplanung unter der
2115 Überschrift „Gedenkstätte Lohsepark“ folgende Passage einzufügen:

2116 Die Piratenpartei Hamburg unterstützt die Planungen der „Gedenkstätte Lohsepark“ und
2117 fordert die Kulturbehörde auf, weiterhin eine breite Einbindung der Betroffenenverbände zu
2118 betreiben. Der 16. Mai 1940 war der Tag der ersten Deportationen in die Vernichtungslager des
2119 NS-Regimes. In Erinnerung an diesen Tag wollen wir einen jährlichen Gedenktag, am 16.05.,
2120 an die Deportationen von Juden, Roma und Sinti einrichten und damit an das Geschehene
2121 erinnern. In die zu schaffende ständige Ausstellung am Lohsepark sollen Betroffenenverbände

2122 eingebunden werden um eine glaubhafte Aufarbeitungs- und Erinnerungskultur zu
2123 verwirklichen.

2124 **Begründung**

2125 Die Gedenkstätte am Lohsepark zu den Deportationen von Juden, Roma und Sinti ist eine
2126 jahrelang Planung. Es ist wichtig, diese Punkte nochmals schriftlich zu formulieren damit die
2127 Arbeit im Rahmen der zu schaffenden Gedenkstätte auch eingehalten wird. Speziell in einem
2128 neuen Stadtteil wie der Hafen City ist eine Erinnerung an die eigene und gemeinsame
2129 Geschichte dieses Ortes eine Möglichkeit aus der Vergangenheit zu lernen und zusammen zu
2130 finden.

2131 **Antragsteller**

2132 Andreas Gerhold via Bildungsverein der Roma zu Hamburg e.V.

2133 **PA83: Ergänzung: Aufbau der öffentlich-rechtlichen**
2134 **Rundfunkanstalten**

2135 **Ergänzung: Aufbau der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten**

2136 **Text**

2137 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel "Öffentlich rechtlicher Rundfunk",
2138 Abschnitt "Aufbau der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten" die Liste der zur Entsendung
2139 von Vertretern in den Rundfunkrat berechtigten Organisationen um eine Organisation der
2140 Roma und Sinti zu ergänzen.

2141 **Begründung**

2142 Entspricht der Zielsetzung sich für eine Anpassung der Zusammensetzung des Rundfunkrats
2143 des Norddeutschen Rundfunks an die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse einzusetzen.

2144 **Antragsteller**

2145 Andreas Gerhold via Bildungsverein der Roma zu Hamburg e.V.

2146 **PA84: Inklusiver Umgang statt integrativer Umgang**

2147 **Inklusiver Umgang statt integrativer Umgang**

2148 **Text**

2149 Der Landesparteitag möge beschließen unter "Sonstige Themen" die Überschrift "Inklusiver
2150 Umgang mit Asylbewerbern wie folgt zu ändern:

2151 Alt:

2152 Integrativer Umgang mit Asylbewerbern

2153 Neu:

2154 Inklusiver Umgang mit Asylbewerbern

2155 **Begründung**

2156 Inklusion geht den benötigten Schritt weiter. Es bringt nicht über Integration von Menschen zu
2157 reden, es muss weiter gegangen werden und eine Inklusion dieser Menschen betrieben werden.
2158 Speziell die Kriegsflüchtlinge werden viele Jahre bleiben, also lasst Sie uns in die Gesellschaft
2159 inkludieren und nicht nur integrieren, nur so profitieren beide Seiten maximal voneinander.

2160 **Antragsteller**

2161 Andreas Gerhold via Bildungsverein der Roma zu Hamburg e.V.

2162 **PA85: Praktische Ausbildung Energieeffizienz**

2163 **Praktische Ausbildung Energieeffizienz**

2164 **Text**

2165 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Bildung*" unter der Überschrift
2166 "Lerninhalte" nach dem Programmteil "Schaffung des informationstechnischen Unterrichts" den
2167 folgenden Inhalt einzufügen:

2168 **Projekt Fifty Fifty wieder an die Schulen**

2169 Wir fordern die Unterstützung der praktischen Ausbildung zu energiebewussten Bürgern. Das
2170 Programm <http://www.fiftyfifty-junior.de/> soll wieder auf Schulen ausgeweitet werden. Die
2171 Lernerfahrung an Energieprojekten ist umfassend. Von betriebswirtschaftlichen Überlegungen
2172 über Umweltaspekte bis hin zur Physik können unterschiedlichste Wissensgebiete praktisch
2173 vermittelt werden. Bei erfolgreichen Projekten werden die Schulen durch 50% des Ertrags
2174 belohnt.

2175 **Begründung**

2176 <http://www.display-campaign.org/example477>

2177 **Antragsteller**

2178 Jörg Dürre

2179 **PA86: Elbvertiefung**

2180 **Elbvertiefung**

2181 **Text**

2182 Der Landesparteitag möge beschließen: im Kapitel "*Umwelt und Energie*" unter der
2183 Überschrift "Elbvertiefung" den bisherigen Text mit folgenden Text zu ersetzen:

2184 "Die Piratenpartei Hamburg lehnt eine weitere Elbvertiefung ab.

2185 Die Elbvertiefung wird mit der Zunahme des Containerschiffverkehrs und größeren
2186 Schiffseinheiten begründet. In Deutschland konkurrieren hier Hamburg, Bremerhaven und der
2187 Tiefwasserhafen Wilhelmshaven. Diese Häfen stehen im Wettbewerb mit den ebenfalls
2188 staatlichen Hafenanlagen Belgiens und der Niederlande.

2189 Statt eine Bundes- oder gar Europaweite Hafenstrategie zu entwickeln, buhlen die Häfen der
2190 sogenannten Le Havre - Hamburg - Range mit steuerfinanzierter Infrastruktur um die gleichen
2191 Kunden, die diese Konkurrenzsituation natürlich zum eigenen Vorteil nutzen.

2192 Auf Grund der Lage (100 km von der Mündung der Elbe entfernt und damit ungefähr 5,5h
2193 Revierfahrt, Brhv, Whv ca. 2,5h) und der gegebenen Wassertiefe, ist Hamburg nur bedingt für
2194 ein zukunftsweisendes Tiefwasserhafenprojekt geeignet. Wenn wieder eine neue, größere
2195 Containerschiffsgeneration entwickelt wird, steht man in Hamburg erneut vor den gleichen
2196 Problemen wie heute.

2197 Die Folgen für Deichsicherheit, Wasserqualität und Umwelt sind noch nicht absehbar. Frühere
2198 Elbvertiefungen führen jedoch schon jetzt zu einem verstärkten Tidenhub und einem
2199 verminderten Sauerstoffgehalt.

2200 Die Piratenpartei Hamburg fordert, dass knappe öffentliche Mittel nicht per Gießkanne auf die
2201 einzelnen norddeutschen Hafenbetreiber verteilt werden, sondern ein bundesweites
2202 Hafenkonzept erstellt wird, welches volkswirtschaftlich, nautisch und ökologisch am meisten
2203 Sinn macht."

2204 **Begründung**

2205 Antragstext eingefügt + Wilhelmshaven aktualisiert, Hamburg nach vorn gestellt

2206 **Antragsteller**

2207 Jörg Dürre

2208 **PA87: MOOC Online Universität**

2209 **Online Universität Ausbildung**

2210 **Text**

2211 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Bildung*" unter einer neuen Überschrift
2212 "Hochschulen" den Unterpunkt "MOOCs - Online Universität" wie folgt einzufügen:

2213 Unter dem Begriff MOOC, Massive Open Online Courses entwickelt sich ein weltweites

- 2214 Bildungsangebot namhaftester Universitäten. In Hamburg stellen bisher die Universität
2215 Hamburg und die Bundeswehruniversität Kurse bereit.
- 2216 Die Kosten für einen zusätzlichen Studenten betragen nahezu null. Solche Online Kurse bieten
2217 die Möglichkeit weite, bisher schwer erreichbare Bevölkerungsschichten an höhere Bildung zu
2218 führen.
- 2219 Wir fordern an Hamburger Lehrstühlen ein attraktives Online Kursangebot zu erstellen.
2220 Besonders sollen Lerninhalte bereit gestellt werden, die es dem Bürger ermöglichen, sich
2221 kundig an der Entwicklung der Stadt zu beteiligen. Beispiele wären Vorlesungen im
2222 Verwaltungsrecht, in der Stadtplanung, zu Verkehrsplanung und Energiethemen.
- 2223 Weitere Kursangebote könnten genutzt werden, um international hellste Köpfe nach Hamburg
2224 zu locken und damit die Kenntnisse und Verbindungen zu internationaler Hafenlogistik zu
2225 stärken.

2226 **Begründung**

- 2227 Kursangebot <https://www.mooc-list.com/> unter anderem in Hamburg bereits verfügbar:
2228 Fahrzeugtechnik - Vehicle Dynamics <https://www.mooc-list.com/instructor/martin-meywerk>
2229 oder Kristallographie

2230 <https://www.mooc-list.com/course/fascination-crystals-and-symmetry-iversity>

2231 **Antragsteller**

2232 Jörg Dürre

2233 **PA88: Abschnitt "Modernisierungsumlage abschaffen"**
2234 **aktualisieren**

2235 **Abschnitt "Modernisierungsumlage abschaffen" aktualisieren**

2236 **Text**

2237 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, den
2238 Abschnitt "Modernisierungsumlage abschaffen" wie folgt zu ergänzen:

2239 Alt:

2240 "Derzeit können Eigentümer die Kosten für Modernisierungsmaßnahmen mit 11% p.a. auf die
2241 Miete umlegen. Diese Umlage wird dauerhaft erhoben, auch wenn die
2242 Modernisierungsmaßnahmen längst abbezahlt sind. Die Piratenpartei fordert diese Umlagen zu
2243 streichen."

2244 Neu:

2245 "Derzeit können Eigentümer die Kosten für Modernisierungsmaßnahmen mit 11% p.a. auf die
2246 Miete umlegen. Diese Umlage wird dauerhaft erhoben, auch wenn die

2247 Modernisierungsmaßnahmen längst abbezahlt sind.

2248 Die Große Koalition plant aktuell die Modernisierungsumlage auf 10% p.a. und auf die
2249 tatsächlichen Kosten zu begrenzen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung aber
2250 unzureichend. In Übereinstimmung mit Mieterverbänden fordern wir weiterhin die komplette
2251 Streichung der Modernisierungsumlage."

2252 **Begründung**

2253 Die Modernisierungsumlage ist und bleibt auch nach Plänen der GroKo eine unzulässige
2254 zusätzliche Möglichkeit der Mieterhöhung, die zur gesellschaftschädlichen Mietpreisspirale
2255 beiträgt. Jeder Unternehmer muss aus seinen Gewinnen Rücklagen bilden, um seinen Betrieb,
2256 sowohl instand zu halten als auch regelmäßig zu modernisieren. Dass ein Unternehmer
2257 Gewinne komplett aus dem Betrieb abzieht und für Betriebsmodernisierungen
2258 Sonderzahlungen seiner Kunden verlangt, die eine Modernisierung komplett bezahlen, ist in
2259 anderen Wirtschaftsbereichen ebenfalls unüblich und unmöglich.

2260 Dieser Antrag konkurriert mit **PA68** und **PA69**

2261 **Antragsteller**

2262 Andreas Gerhold

2263 **PA89: Transparenzinitiative für konventionelle Energien**

2264 **Transparenz für konventionelle Energien**

2265 **Text**

2266 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" unter einer neuen
2267 Überschrift "Transparenz für konventionelle Energien " folgenden Text einzufügen:

2268 Die Piratenpartei Hamburg fordert, für in Hamburg unter Beteiligung der Stadt eingesetzte
2269 nicht-regenerative Brenn- Heiz- und Treibstoffe einschließlich Kernbrennstoffen eine
2270 lückenlose Herkunftskontrolle entlang der gesamten Vertriebskette von Quelle / Grube bis zum
2271 Endkunden zu ermöglichen. Die Herkunft ist dem Endkunden leicht erkennbar anzuzeigen.
2272 Städtische Beteiligungsgesellschaften haben die Information öffentlich bereit zu stellen.

2273 **Begründung**

2274 Es gibt zwei bundesweite Biomasse Nachhaltigkeitsverordnungen. Diese geben verpflichtend
2275 einen solchen vollständigen Herkunftsnachweis als Auflage vor. Wenn afrikanische
2276 Kleinbauern auf 100 Meter genaue Nachweise der Herkunft führen können oder müssen, dann
2277 können das internationale Rohstoffkonzerne schon lange.

2278 **Antragsteller**

2279 Jörg Dürre

2280 **PA90: Elektrofähren auf die Elbe**

2281 **Elektrofähren auf die Elbe**

2282 **Text**

2283 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" wahlweise im
2284 Kapitel Verkehr, den Punkt "Elektrofähren auf die Elbe" an geeigneter Stelle einzufügen.

2285 Wir fordern den Einsatz von Elektrofähren im HVV auf der Elbe zu prüfen und zu
2286 ermöglichen.

2287 **Begründung**

2288 Die Luftbelastung Hamburgs sollte nach Möglichkeit verringert werden. Elektroschiffe haben
2289 kaum direkte Emissionen und beim Einsatz von Ökostrom, sogar minimale Emissionen in der
2290 Gesamtbilanz. Elektrofähren wären eine Touristische Attraktion
2291 Ökostrom ist billiger als Diesel Sprit
2292 Ökostrom hat keine Wassergefährdungsklasse
2293 Die Batteriespeicher der Fähre können z.T. zum Ausgleich der unterschiedlichen
2294 Verfügbarkeiten von Ökostrom eingesetzt werden
2295 Verfügbare Produkte

2296 <http://www.thb.info/news/single-view/id/elektrofaehre-praemiert.html>

2297 **Antragsteller**

2298 Jörg Dürre

2299 **PA91: Schienengesellschaft für Hamburg nutzen**

2300 **Hamburger Schienengesellschaften nutzen**

2301 **Text**

2302 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Wirtschaft*" unter der Überschrift
2303 "Hamburger Schienengesellschaft BENEX strategisch einsetzen" folgenden Text einzufügen:

2304 Die Stadt Hamburg ist Eigentümer von Schienengesellschaften (BENEX). Die Entwicklung
2305 landeseigener Trassen und Schienenbetriebe, insbesondere Investitionen in den
2306 schienengebundenen Verkehr, sollen praxisnäher auf die Bedarfe der Hamburger Bürger und
2307 Unternehmen zugeschnitten werden.

2308 Grundsätzlich soll der wirtschaftliche Schwerpunkt auf die Metropolregion Hamburg gelegt
2309 werden. Für die strategische Ausrichtung der BENEX bieten sich die Schwerpunkte
2310 industrielle Transporte und Personenverkehr in der Metropolregion an.

2311 Die Piraten fordern weiterhin den Bau einer S-Bahn bis ans Meer. Die Benex ist für dieses
2312 Projekt bereits an Stadtverkehr Lübeck beteiligt. Die Möglichkeit einer Strecke bis nach
2313 Timmendorfer Strand ist vorrangig zu prüfen.

2314 Vor dem Hintergrund einer steigenden Wirtschaftskraft in der gesamten östlichen Landmasse
2315 ist eine Anbindung Hamburgs an diese Wirtschaftsräume ein strategischer Vorteil. Seit 2008
2316 besteht eine Bahnverbindung von Beijing nach Hamburg. Durch die durchgängige
2317 Landverbindung wird ein Transport mit ausschließlich Ökostrom im Schienenverkehr möglich.
2318 Entsprechende Möglichkeiten für die Hamburger Wirtschaft sind aktiv zu entwickeln.

2319 Gleichzeitig kann eine durchgängig elektrifizierte Trasse zum Ost-West Transport von
2320 Ökostrom aktiviert werden. Mit Sonnenaufgang in China stünde Hamburg Solarstrom zur
2321 Verfügung. Eine solche Option ist in der nächsten Hamburger Bürgerschaft wissenschaftlich zu
2322 überprüfen.

2323 **Begründung**

2324 http://en.wikipedia.org/wiki/Eurasian_Land_Bridge <http://www.benex.de/>

2325 <http://www.benex.de/Deutsch/beteiligungen/uebersicht.html>

2326 **Antragsteller**

2327 Jörg Dürre

2328 **PA92: Transparenzgesetz begleiten und weiter entwickeln**

2329 **Transparenzgesetz begleiten und weiter entwickeln**

2330 **Text**

2331 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Digitale Gesellschaft*" den Abschnitt
2332 "*Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten*" zu entfernen und stattdessen im Kapitel
2333 "*Verwaltung*" in einem neuen Unterkapitel "*Transparenz*" folgende Abschnitte zu ergänzen:

2334 **Transparenzgesetz begleiten und weiter entwickeln**

2335 Mit dem unter wesentlicher Mitwirkung der Hamburger Piraten über eine Volksinitiative
2336 entstandenen Transparenzgesetz hat sich die Freie und Hansestadt Hamburg auf dem Gebiet
2337 der Informationsfreiheit an die Spitze der Bundesländer gesetzt, und damit eine der
2338 Kernforderungen der Piratenpartei zu großen Teilen realisiert. Jetzt gilt es die Umsetzung
2339 weiter zu beobachten und die Behörden zur Einhaltung des Gesetzes anzuhalten, wo immer das
2340 notwendig ist.

2341 Auf Grund einer etwas unklaren Formulierung im Gesetz existieren derzeit unterschiedliche
2342 Rechtspositionen bezüglich des Ausmaßes, in dem die sogenannte mittelbare Staatsverwaltung
2343 (bspw. Handwerks- und Handelskammer oder die Universität) unter die
2344 Veröffentlichungspflicht des Gesetzes fallen. Hier muss klargestellt werden, dass für diese
2345 Institutionen dieselben Anforderungen gelten wie für privatwirtschaftlich organisierte
2346 städtische Betriebe.

2347 Auch sind öffentliche Unternehmen jetzt zwar verpflichtet, ihre Vorstandsgehälter
2348 offenzulegen, aber eine Ausweitung auf Aufsichtsratsvergütungen wäre zu begrüßen.

2349 Die pauschalen Ausnahmen von der Informationspflicht für Informationen, die unter
2350 spezialgesetzliche Vertraulichkeitsvorschriften oder die Verschlussachenanweisung für die
2351 Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg fallen, gehören gelockert. Um ein Dokument
2352 zur Verschlussache zu erklären existieren derzeit keine ernsthaften Hürden, so dass auf diese
2353 Art und Weise den Bürgern Informationen vorenthalten werden dürfen, die nach dem Wortlaut
2354 des Transparenzgesetzes eigentlich nicht schützenswert wären. Dieses Unterlaufen der Absicht
2355 des Gesetzgebers muss gestoppt werden. Ebenso ist die absolute Bereichsausnahme für das
2356 Landesamt für Verfassungsschutz aufzuheben.

2357 **Verschlussachenanweisung**

2358 Der Umgang mit städtischen Geheimdokumenten wird in der 'Verschlussachenanweisung der
2359 Freien und Hansestadt Hamburg' (VSA) aus dem Jahr 1982 geregelt, die dringend der
2360 Aktualisierung bedarf. Der Geist des über allen anderen Interessen stehenden
2361 Amtsgeheimnisses, welcher diese Verfahrensvorschrift durchzieht, ist in Zeiten von
2362 Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzen absolut nicht mehr zeitgemäß.

2363 Eine Besonderheit der Hamburgischen VSA gegenüber denen anderer Bundesländer ist, dass
2364 sie nicht nur unbestimmte "Interessen", sondern auch explizit das Ansehen des Landes zu
2365 einem schützenswerten Gut erklärt. Diese Einladung dazu, peinliche Fehler staatlicher Organe
2366 als Verschlussachen zu deklarieren, weil sich öffentliche Kenntnisnahme solcher Vorgänge
2367 "nachteilig für das Ansehen der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder" auswirken könnte,
2368 gehört dringend abgeschafft.

2369 Des weiteren fehlt in der VSA – sowie im übergeordneten Sicherheitsüberprüfungs- und
2370 Geheimschutzgesetz – jegliche Rechtsgüterabwägung zwischen dem Geheimhaltungsinteresse
2371 von Behörden und dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit. Wichtige Dokumente von
2372 öffentlichem Interesse, beispielsweise über misslungene Polizeieinsätze, werden derzeit
2373 regelmäßig per einfachem Stempel zur Geheimsache erklärt. Es ist für kritische Bürger faktisch
2374 nahezu unmöglich, diese Entscheidung rechtlich überprüfen und aufheben zu lassen, weil den
2375 Behörden bei der Einstufung ein fast unbegrenzter Ermessensspielraum zusteht.

2376 **Begründung**

2377 Mit Start des Transparenzportals sind alle Geodatensammlungen, deren Freigabe wir gefordert
2378 haben, öffentlich zur Verfügung gestellt worden. (Zumindest so weit ich das ohne
2379 stadtplanerisches Fachwissen beurteilen kann.) Es haben sich aber mittlerweile die ersten
2380 Probleme mit dem HmbTG ergeben, wo die Lücken doch deutlich größer sind als gedacht. Da
2381 ist also Feintuning nötig, um die Umgehung zu verhindern.

2382 **Antragsteller**

2383 Burkhard Masseur

2384 **PA93: Bezirke stärken - Hamburg stärken**

2385 **Bezirke stärken - Hamburg stärken**

2386 **Text**

- 2387 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel "Bürgerrechte und Demokratie" einen
2388 Abschnitt "Bezirke stärken - Hamburg stärken" mit folgenden Passagen ein zu fügen:
- 2389 "Den Bezirken werden immer mehr Aufgaben übertragen und gleichzeitig Personal und
2390 finanzielle Mittel gekürzt. Die Hamburger Bezirke haben, im Gegensatz zu Kommunen in
2391 anderen Bundesländern keine abschließende Entscheidungskompetenz und kein eigenes
2392 Haushaltsrecht. Und wenn Bürgerinnen und Bürger aktiv werden, werden Bürgerbegehren
2393 zunehmend evoziert, also für ungültig erklärt und Entscheidungen an den Senat übertragen.
- 2394 Der Stadtstaat Hamburg soll möglichst bürgernah und effizient verwaltet werden, auch um die
2395 soziale Spaltung in dieser Metropole zu mindern. Eine klare Trennung der Zuständigkeiten
2396 zwischen Landes- und Bezirksebene spart Zeit und Geld und schafft klare
2397 Verantwortlichkeiten. Subsidiarität muss das entscheidende Kriterium sein.
- 2398 Die Piratenpartei Hamburg möchte deshalb in Hamburg eine echte kommunale Ebene schaffen,
2399 also eine zweistufige Verwaltung mit klarer Kompetenzabgrenzung zwischen dem, was
2400 örtliche Aufgabe und dem was gesamtstädtische Aufgabe ist. Das wäre effektiver, bürgernäher,
2401 transparenter und letztlich auch demokratischer, weil die Abläufe kontrollierbarer wären.
- 2402 Die Piratenpartei Hamburg wird in diesem Sinne die von Mehr Demokratie e.V. angestrebte
2403 Volksinitiative mit Volksentscheid zur Bundestagswahl 2017 unterstützen und sich an der
2404 Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes aktiv beteiligen."
- 2405 **Begründung**
- 2406 Mit diesem Programmpunkt unterstützen wir das Anliegen von Mehr Demokratie ohne uns
2407 schon voreilig den derzeitigen Gesetzesentwurf zu eigen zu machen.
- 2408 Die Ministerien des Bundeslandes Hamburg (Fachbehörden des Senats) sind sowohl für
2409 staatliche, ministerielle als auch für kommunale Aufgaben zuständig. Die Folge sind oftmals
2410 unklare Zuständigkeiten, Doppelbefassungen, ein erheblicher Zeitaufwand und praxisferne
2411 Entscheidungen. Auch Ole von Beust (CDU) erklärte als erster Bürgermeister 2003 in einer
2412 Grundsatzrede: „Eine zweistufige Verwaltung mit klarer Kompetenzabgrenzung zwischen
2413 dem, was örtliche Aufgabe ist und dem was gesamtstädtische Aufgabe ist wäre effektiver,
2414 bürgernäher, transparenter und letztlich auch demokratischer, weil die Abläufe kontrollierbarer
2415 wären.
- 2416 Auch das Grundgesetz verankert in Art. 28 die Trennung von staatlicher und gemeindlicher
2417 Tätigkeit. Danach haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen
2418 Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Doch diese
2419 Staatsfreiheit für die gemeindliche Ebene, die in den meisten deutschen Landesverfassungen
2420 ebenfalls garantiert ist, verhindert bei uns Art. 4 Absatz 1 der Hamburger Verfassung: „In der
2421 Freien und Hansestadt Hamburg werden staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht
2422 getrennt.“ Eine durchgreifende Bezirksreform wird daher ohne die Aufhebung dieses
2423 Grundsatzes nicht möglich sein. Abschließende Entscheidungskompetenz der Bezirke wird es
2424 also ohne Änderung der Hamburgischen Verfassung (Artikel 4. (1) In der Freien und
2425 Hansestadt Hamburg werden staatliche und gemeindliche Tätigkeit nicht getrennt) nicht geben
2426 können.
- 2427 Für den Interessenausgleich zwischen staatlicher und kommunaler Ebene und den Abbau

2428 obrigkeitsstaatlicher Verhaltensmuster ist die Trennung notwendig. Eine kommunale
2429 Selbstverwaltung setzt eine noch überschaubare Größe der Verwaltungseinheiten voraus. Für
2430 die Millionenmetropole Hamburg trifft das nicht zu. Die Ministerien des Bundeslandes
2431 Hamburg, hier die Fachbehörden des Senats, sind sowohl für staatliche, ministerielle als auch
2432 für kommunale Aufgaben zuständig. Die Folge sind oftmals unklare Zuständigkeiten,
2433 Doppelbefassungen, ein erheblicher Zeitaufwand und praxisferne Entscheidungen.

2434 1989 erschienene Streitschrift von Prof. Werner Thieme:

2435 <https://docs.google.com/file/d/0ByqaRMvxdXHcdmFzMIJMa1VxSDQ/edit>

2436 **Antragsteller**

2437 Andreas Gerhold

2438 **PA94: Stadtteilbeiräte erhalten und ausbauen**

2439 **Stadtteilbeiräte erhalten und ausbauen**

2440 **Text**

2441 Der Landesparteitag möge beschließen im Kapitel "Bürgerrechte und Demokratie" unter der
2442 Überschrift "Stadtteilbeiräte erhalten und ausbauen" folgende Passagen hinzu zu fügen:

2443 "Sanierungs- und Quartiersbeiräte und vor allem die Stadtteilbeiräte haben sich in den
2444 vergangenen Jahren in vielen Stadtteilen als sehr gut geeignete, wenn auch noch ausbaufähige,
2445 Instrumente erwiesen, die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu artikulieren und
2446 zu transportieren. Die Piratenpartei Hamburg setzt sich deshalb für eine Verstetigung
2447 vorhandener Beiräte und eine breite Etablierung von Stadtteilbeiräten ein.

2448 Ziel ist es jedem Bürger in Hamburg - unabhängig von Fördergebieten und Fördermitteln, wie
2449 z.B. aus dem Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) - die Möglichkeit zu
2450 bieten an dieser Form der institutionalisierten Bürgerbeteiligung teilzuhaben. Es müssen Wege
2451 gefunden werden, die Beiräte als dauerhafte Institutionen im politischen Leben der Freien und
2452 Hansestadt Hamburg zu verankern und finanziell abzusichern. Auch bei knappen Ressourcen
2453 muss es möglich sein, neue Beiräte zu schaffen und kontinuierliche Bürgerbeteiligung zu
2454 gewährleisten.

2455 Andere Beteiligungsstrukturen, wie Veranstaltungsreihen, Workshops - auch umfangreiche
2456 projektbezogene Beteiligungsformen, wie sie zum Beispiel aktuell zum Neubau der
2457 ehemaligen Esso-Häuser auf St.Pauli vereinbart wurden, Bürgerbefragungen oder eine offene
2458 Online-Partizipationsplattform, wie sie z.B. der Landkreis Friesland mit dem Tool Liquid
2459 Feedback einsetzt, können und sollen eine sinnvolle Ergänzung sein, die aber die von ihrer
2460 Kontinuität geprägte Beiratsarbeit jedoch nicht ersetzen.

2461 **Regelfinanzierung sichern**

2462 Der Senat soll den Bezirken mit einem eigenen Haushaltstitel auskömmliche Mittel zur
2463 Verfügung stellen, um die Absicherung der finanziellen, personellen und räumlichen

2464 Ausstattung und die professionelle Begleitung in ausreichender und den Aufgaben
2465 angemessener Sitzungsfrequenz zu gewährleisten. Dazu gehören nicht zuletzt auch die
2466 Verfügungsfonds, mit denen viele kleinere und mittlere Projekte und damit das
2467 Gemeinschaftsleben in den Stadtteilen gefördert werden können. Eine Werbung externer
2468 Unterstützung soll als Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, wobei hierfür Formen gefunden
2469 werden sollen, die eine Einflussnahme, z.B. spendender Unternehmen auf die Beiratsarbeit
2470 ausschließen.

2471 **Aufgaben und Struktur der Beiräte**

2472 Die Aufgabe aller Beiräte besteht darin, einzelne Projekte und stadtteilentwicklungspolitische
2473 Vorhaben in einem Quartier niedrigschwellig in der Planung und Umsetzung zu begleiten und
2474 eigene stadtteilentwicklungspolitische Vorhaben anzuregen.

2475 Beiräte können außer auf der Grundlage von Senatsdrucksachen und übergeordneten
2476 Programmen auch durch einen Beschluss der Bezirksversammlung eingesetzt oder die
2477 Weiterführung einer Bürgerbeteiligung nach Ende der Beiratslaufzeit beschlossen werden.

2478 Jeder Beirat benötigt eine ausgewogene Zusammensetzung aus den verschiedenen Akteuren
2479 vor Ort, in einem für das jeweilige Gebiet geeigneten Zuschnitt (z. B. Bewohner, Vereine,
2480 Gewerbetreibende, Institutionen, Grundeigentümer).

2481 Die Beiräte sollen sich in ihren Grundstrukturen ähneln. Hierbei sind folgende Grundsätze zu
2482 beachten:

- 2483 • Als Richtwert für die Größe eines Beirats sollen 12 Personen zzgl. den
2484 Bezirksfraktionen gelten. Die Gruppe der Bewohner soll mindestens 51% der
2485 Stimmberechtigten stellen.
- 2486 • Um dies zu gewährleisten und die Gremien nicht zu vergrößern, sollen die Vertreter der
2487 Fraktionen, die ohnehin die Beiratsempfehlungen im zuständigen Fachausschuss und in
2488 der Bezirksversammlung abstimmen, im Beirat nur beratend, ohne Stimmrecht tätig
2489 sein.
- 2490 • Einladungen, Tagesordnungen und Protokolle sollen im Ratsinformationssystem des
2491 jeweiligen Bezirks veröffentlicht werden
- 2492 • Einladungen und Termine sollen, analog zu den Sitzungen der Bezirksversammlungen
2493 und Ausschussterminen, leicht auffindbar gesammelt auf hamburg.de veröffentlicht
2494 werden.

2495 **Laufzeit**

2496 Die Laufzeit der durch einen Beschluss der Bezirksversammlung eingesetzten Beiräte soll
2497 nicht begrenzt werden. Die Weiterführung bestehender Beteiligungsstruktur nach dem Ende
2498 einer Beiratslaufzeit durch Auslaufen eines Fördergebietes soll dauerhaft erfolgen."

2499 **Begründung**

2500 Antrag PIRATEN-Fraktion Hamburg-Mitte <https://sitzungsdienst-hamburg->

2501 mitte.hamburg.de/ri/vo020.asp?VOLFDNR=1004733

2502 Resolutionen des Netzwerkes der Beiräte

2503 [http://www.standpunktschanze.de/wp-](http://www.standpunktschanze.de/wp-content/uploads/2013/09/StadtteilbeiraeteResolutionZwei.pdf)

2504 [content/uploads/2013/09/StadtteilbeiraeteResolutionZwei.pdf](http://www.standpunktschanze.de/wp-content/uploads/2013/09/StadtteilbeiraeteResolutionZwei.pdf)

2505 **Antragsteller**

2506 Andreas Gerhold

2507 **PA95: Mobilität**

2508 **Mobilität**

2509 **Text**

2510 **Überschrift "Mobilität"**

2511 Überschrift "Verkehr" wird in "Mobilität" geändert, Kapitelüberschrift "Stadtentwicklung"
2512 in "Stadtentwicklung und Mobilität" geändert.

2513 **Begründung:** Stadtentwicklung und Mobilität sollten zusammen gedacht werden. Mobilität
2514 statt Verkehr, da Verkehrspolitik sich oft darauf fokussiert, Autos/Busse/... von A nach B zu
2515 bringen, Mobilität fokussiert stärker auf die Fähigkeit der Menschen, sich zu ihren
2516 Wunschzielen (z.B. zum Arzt, zum Einkaufen, zur Arbeit) zu bewegen.

2517 **Präambel**

2518 Einführungstext Ändern in:

2519 Die Piratenpartei fordert, dass unabhängig vom Einkommen allen Menschen in Hamburg
2520 Mobilität ermöglicht wird. Mobilität ist ein wesentliches Merkmal von Lebensqualität und für
2521 jeden Menschen eine der zentralen Voraussetzungen dafür, sich zu entwickeln und am
2522 wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt teilhaben zu können. Es gilt, die negativen
2523 Auswirkungen des Verkehrs - vor allem Stau, Abgase, Lärm, Flächenverbrauch und Unfälle -
2524 zu reduzieren, dabei Mobilität möglichst zu erhalten und auszubauen.

2525 **Stärkung des Umweltverbunds: Vorfahrt für Fuß-, Rad- und Öffentlichen**
2526 **Verkehr**

2527 Der motorisierte Individualverkehr mit PKW ist gerade in einem verdichteten Raum wie
2528 Hamburg mit erheblichen negativen Auswirkungen verbunden, daher sind umweltfreundlichere
2529 und kostengünstigere Alternativen stärker zu fördern. Um die Distanzen der täglichen Wege zu
2530 verkürzen und damit den Energieverbrauch zu senken, wollen wir auf die Stadt der kurzen
2531 Wege hinarbeiten.

2532 **Tickets: Online und günstig**

2533 Derzeit fehlt im Ticketsystem eine Möglichkeit für Gelegenheitsnutzer, für die sich kein Abo
2534 lohnt, günstig den ÖPNV zu nutzen. Um dennoch nicht zusätzliche Kosten für die Aufstellung
2535 von Stempelautomaten zu verursachen, wollen wir den 3%-Online-Rabatt auf mindestens 5%
2536 Erhöhen und - ähnlich zur Multicard des Bäderlands - bei Vorkasse größerer Beträge in Stufen
2537 auf mindestens 25% bei 20€ erhöhen. Den Datenschutz werden wir sicherstellen. Um
2538 Verzögerungen durch den Fahrkartenverkauf beim Fahrer zu vermeiden, soll an allen
2539 Bushaltestellen, an denen nennenswerte Verzögerungen durch Fahrkartenverkauf im Bus
2540 entstehen, ein Fahrscheinautomat aufgestellt werden. Alternativ können die Busse mit
2541 Fahrkartenautomaten ausgestattet werden.

2542 **Begründung:** Weil es Sinn macht. Würzburg z.B. hat 6er-Stempelkarten, die 4 Fahrten kosten,
2543 25% Rabat sind also eher noch niedrig gegriffen. Da es teuer wäre, Mehrfahrtenkarten im 20.-
2544 Jh.-Modus anzubieten, machen wir einfach gleich modern.

2545 **Stadtbahn**

2546 Der öffentliche Nahverkehr in Hamburg braucht dringend eine Erweiterung der Kapazitäten
2547 und eine bessere Anbindung vernachlässigter Stadtteile. Nur der Schienenverkehr kann in einer
2548 Großstadt bezahlbare und umweltverträgliche Mobilität gewährleisten. Daher sprechen wir uns
2549 für den Bau mehrerer Stadtbahnlinien aus. Die Stadtbahn bietet eine vergleichsweise günstige
2550 Möglichkeit, notwendige Querverbindungen im Hamburger Schienennetz umzusetzen,
2551 Stadtteile ohne bestehende U- oder S-Bahnen besser anzubinden, sowie überlastete Buslinien
2552 zu entlasten. Desweiteren bietet sie die einzige Möglichkeit, benötigte Kapazitäten innerhalb
2553 von relativ kurzfristiger Zeit zu schaffen. Existierende Pläne für neue U-Bahn-Linien gehen
2554 derzeit von 2040 als Datum der Fertigstellung aus, was allein viel zu spät ist.

2555 **Busbeschleunigungsprogramm**

2556 Die Piratenpartei Hamburg spricht sich gegen das bereits begonnene
2557 Busbeschleunigungsprogramm aus. Anstatt ohne frühzeitige Bürgerbeteiligung Maßnahmen
2558 ohne Wirtschaftlichkeitsrechnung und transparente Kommunikation durchzusetzen, werden wir
2559 gemeinsam mit den Bürgern die Verkehrsflüsse in den Stadtteilen planen, um die Grundlagen
2560 für umwelt- und menschenfreundlichere Mobilität zu legen. Unumstrittene Elemente wie die
2561 Busvorrangschaltung an Ampeln oder Alternativen zum Fahrkartenverkauf im Bus werden
2562 wir zeitnah umsetzen.

2563 **Begründung:** Der bisherige Abschnitt lässt Unklarheit entstehen, wie wir zum ÖPNV-Ausbau
2564 stehen. Stattdessen sollen die konkreten Kritikpunkte am Busbeschleunigungsprogramm klar
2565 benannt werden.

2566 **Kein Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr**

2567 Die Piratenpartei Hamburg lehnt das 2011 in Kraft getretene Verbot des Alkoholkonsums im
2568 öffentlichen Nahverkehr weiterhin ab. Die Erfahrung zeigt, dass schlaue Trinker sowieso auf
2569 spirituosenhaltige Mixgetränke in unverdächtigen Behältnissen umgestiegen sind. Um gegen
2570 betrunkene Randalierer vorzugehen, reichen dagegen die übrigen Bestimmungen des
2571 Hausrechts und der Strafgesetze vollkommen aus. Ein Mitfahren von Betrunknen lässt sich
2572 hingegen durch ein Konsumverbot nicht verhindern. Im Gegenteil ist es zu begrüßen, wenn

2573 fahruntüchtige Menschen den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen, um sicher ihren
2574 Wohnort zu erreichen. Es liegt nicht in der Verantwortung des Gesetzgebers, den Bürgern
2575 bestimmte Moralvorstellungen aufzuzwingen.

2576 **Freies WLAN im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

2577 Der Zugang zu Informationen und Nachrichten über das Internet, auch von unterwegs, ist in
2578 der digitalen Gesellschaft von elementarer Bedeutung. Die Piratenpartei Hamburg setzt sich
2579 dafür ein, dass in den Transportmitteln und Haltestellen des Hamburger Verkehrsverbundes
2580 Hamburger Verkehrsbetriebe, für Kunden ein registrierungsfreies und kostenloses W-LAN zur
2581 Verfügung gestellt wird.

2582 **Hafengüterverkehr: Ab auf die Schiene!**

2583 Güter, die in Hamburg umgeschlagen werden und auf dem Landweg weitertransportiert werden
2584 sollen, sollen über die Schiene transportiert werden. Wir werden uns auf Bundesebene dafür
2585 einsetzen, dass die Schieneninfrastruktur gezielt für die Bedürfnisse des Güterverkehrs
2586 ausgebaut wird. Dabei sehen wir die Y-Trasse kritisch und wollen statt Prestigeprojekten
2587 gezielt die vorhandenen Engpässe aufweiten.

2588 **Urbaner Güterverkehr: Nachhaltig statt immer nur LKW**

2589 Nach dem auch in Hamburg erfolgreichen Modellversuch des DLR "Ich ersetze ein Auto" mit
2590 Lastenrädern wollen wir erreichen, dass die aufgezeigten Potentiale genutzt werden. Dabei
2591 wollen wir die Akteure vernetzen, um geeignete Sofortmaßnahmen zu ermitteln. Wir werden
2592 prüfen, wie die vorhandenen Schienen und Wasserwege besser für den Güterverkehr genutzt
2593 werden können und mit dezentralen Zwischenlagern verknüpft werden können, von denen per
2594 Lastenrad die Feinverteilung übernommen wird oder Selbstabholung möglich ist. Die
2595 Zwischenlager sollen diskriminierungsfrei allen Anbietern zur Verfügung gestellt, um mit
2596 optimaler Effizienz genutzt zu werden. Für den Lieferverkehr sollen, solange dieser noch per
2597 LKW oder Fahrzeug erfolgt, kostenpflichtige Stellplätze ausgewiesen werden und im
2598 Gegenzug Illegales Parken konsequent geahndet werden.

2599 **LKW-Maut**

2600 Wir wollen verhindern, dass durch die Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstraßen neue
2601 Ausweichverkehre neue Belastungen hervorrufen. Daher wollen wir umgehend untersuchen,
2602 welche mögliche Folgen sich dadurch ergeben können und geeignete Beschränkungen für den
2603 Güterverkehr erlassen. [Modul] Wir setzen uns dafür ein, die LKW-Maut auf alle Fahrzeuge
2604 über 3,5t und alle Straßen auszuweiten. Dies schließt Fernbusse ein.

2605 **Parkraumbewirtschaftung**

2606 Die derzeitige Parkplatzsituation in Hamburg ist in weiten Teilen von Chaos und Anarchie
2607 geprägt: Vereinzelt abgeschleppte Fahrzeuge verursachen für die Besitzer hohe Kosten und
2608 viel Aufwand, der fließende Verkehr durch Falschparken enorm behindert, der
2609 Parkplatzsuchverkehr ist hoch. Um die hohen Kosten und Nachteile, die sich daraus ergeben -
2610 Fahrzeitverluste, Abgase, Lärm, Flächenverbrauch und Verkehrsunfälle - zu verringern,
2611 werden wir ein Parkraumbewirtschaftungskonzept in Hamburg einführen. Die Einnahmen
2612 daraus werden wir verwenden, um Autobesitzern, die in Gebieten mit hohem Parkdruck ihr

2613 Fahrzeug abschaffen, ein Jahr kostenlose ÖPNV-Nutzung zu gewähren. Darüberhinaus sollen
2614 Einkommensschwache günstigere Mobilität erhalten und der öffentliche Raum attraktiver neu
2615 gestaltet werden. In Gebieten mit schlechtem ÖPNV-Anschluss werden wir das Angebot
2616 zeitnah ausgebauten. Nötigenfalls werden wir nach Wiener Vorbild Quartiersgaragen errichten.

2617 **Begründung:**

2618 "Anwohnerzonen und Parkgebühren sind ein Segen für die Städter, für Gewerbetreibende,
2619 Ladeninhaber und deren Kunden. Sie alle haben jetzt viel besser Chancen auf einen Parkplatz.
2620 [...] Jedes Auto weniger bedeutet weniger Stau, weniger Luftverschmutzung, weniger
2621 Parkplatzsuchverkehr. [...] Jeder Autofahrer sollte sich überlegen, wie viel ihm Stress und
2622 verlorene Zeit wert sind - da können ein paar Euro fürs Parkhaus gut angelegtes Geld sein."
2623 (Zitat aus ADAC Motorwelt, Seite 17/18+20, Ausgabe November 2014) Damit werden externe
2624 und interne Kosten, die Nutzlos sind (wer profitiert von Abgasen und Stau?), in Geld
2625 umgewandelt, mit dem nützliche Dinge getan werden kann.

2626 **Busspuren sinnvoll nutzen**

2627 Wir fordern, dass Busspuren weiterhin dem zügigen Busverkehr dienen und lehnen daher ein
2628 Benutzungsrecht für E-Autos ab, da dies zu Stau führen würde. Wir wollen in einem
2629 Modellversuch prüfen, ob für Fernbusse die Spuren gegen Gebühr zur Verfügung gestellt
2630 werden können, ohne den städtischen Busverkehr zu behindern.

2631 **Stadtrad - Erfolge ausbauen**

2632 Die Piratenpartei Hamburg fordert einen zügigen Ausbau des Fahrradleihsystems "Stadtrad
2633 Hamburg" mindestens im gesamten Stadtgebiet. Ziel ist eine Verleihstation an allen
2634 Bahnhaltungen, eine flächendeckende Erschließung und hohe Verfügbarkeit. Die Stationen sollen
2635 besser sichtbar werden, beispielsweise durch Wegweisungen auf dem Boden von den ÖPNV-
2636 Stationen, Fuß- und Radwegen. In einem Modellversuch soll untersucht werden, ob und wie im
2637 Stadtgebiet ein Abstellen auch abseits von Stationen im öffentlichen Straßenraum ermöglicht
2638 werden kann. Darüber hinaus sollen zusätzlich Lastenräder angeboten werden, um Haushalten
2639 ohne Auto und Menschen ohne Führerschein eine kostengünstige und praktische Alternative
2640 für Lastentransporte anzubieten.

2641 Im Vergleich zu Carsharingssystemen ist der Minutenpreis derzeit zu hoch, daher werden wir
2642 uns für eine Absenkung der Minutenpreise einsetzen.

2643 **Begründung:**

2644 Beim Fahrradklimatetest ist das Stadtradsystem der einzige Lichtblick gewesen, allerdings gehts
2645 auch noch wesentlich besser.

2646 **Begründung**

2647 Bei den Modulen. Die bisherige Verkehrspolitik hat viel Geld verbraten, um den
2648 Verkehrsträger mit den höchsten Externen Kosten zu fördern - das geht auch besser.

2649 **Antragsteller**

2650 JanB

2651 **PA96: Faire Nutzung von Schrebergärten zum Wohnungsbau**

2652 **Faire Nutzung von Schrebergärten zum Wohnungsbau**

2653 **Text**

2654 Der Landesparteitag möge beschließen: im Kapitel "*Stadtentwicklung*" unter der Überschrift
2655 "Bauen und Wohnen" folgenden Programmpunkt einzuführen:

2656 Nutzung von Schrebergärten zum Wohnungsbau Die Kleingärten in Hamburg stellen eine
2657 relevante Größenordnung möglicher Flächen für den Wohnungsbau. Kleingärten sind soziales
2658 Umfeld ihrer Pächter und die Kleingärten übernehmen für Natur und allgemeine Erholung eine
2659 wichtige Funktion. Sofern durch Neuplanung dieser Gebiete die bisherigen Nutzer, d.h.
2660 insbesondere die Pächter schlechter gestellt werden, strebt die Piratenpartei an, diese
2661 sogenannten Planungsschäden über die im Bundeskleingartengesetz vorgesehenen
2662 Entschädigungen hinaus, durch optionale Wohnrechte zu kompensieren.

2663 Ziel ist es, die im Gefüge Kleingarten entstandenen sozialen Strukturen im Großen und Ganzen
2664 erhalten zu können. Viele Kleingärtner wären voraussichtlich nicht dazu in der Lage, eine
2665 Wohnung in den neu errichteten Gebieten zu beziehen. Im Bebauungsplan sollen
2666 entsprechende Belegungsrechte, wie sie z.B. aus dem Wohnungsbaugesetz bekannt sind, als
2667 Auflage für die Neuplanung festgelegt werden. Durch vergünstigte Mietbedingungen können
2668 sich die bisherigen Nutzer freiwillig für eine Annahme dieser Option entscheiden.

2669 Dieses Angebot sollte soweit attraktiv gestaltet werden, dass eine hohe Zustimmungsrate
2670 erzielt werden kann und die Planung neuer Wohnungen unter Bürgerbeteiligung beschleunigt
2671 stattfinden kann. Die Veränderung bedeuten wahrscheinlicher als bisher, eine bessere Stellung
2672 für die Nutzer.

2673 **Begründung**

2674 im Antrag

2675 **Antragsteller**

2676 Jörg Dürre

2677 **PA97: Schutz für Whistleblower**

2678 **Schutz für Whistleblower**

2679 **Text**

2680 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Demokratie und Bürgerrechte*" des
2681 Landesprogramms folgenden Abschnitt zu ergänzen:

2682 **Schutz für Whistleblower**

2683 Whistleblower sind Insider in Unternehmen oder anderen Organisationen, die im Interesse der
2684 Allgemeinheit Missstände wie Korruption oder Straftaten in ihrem Tätigkeitsumfeld
2685 aufdecken. Leider zieht eine derartige Tat häufig negative Folgen für den Whistleblower nach
2686 sich, von Karrierenachteilen über Mobbing bis zur Kündigung. Das deutsche Beamtenrecht
2687 sieht in vielen Fällen sogar zwingend straf- und dienstrechtliche Konsequenzen vor, wenn
2688 jemand gegen die Verschwiegenheitspflicht verstößt, selbst wenn er dies nur tut um reale
2689 Straftaten zur Anzeige zu bringen.

2690 Die Freie und Hansestadt Hamburg soll daher alles auf Landesebene mögliche unternehmen,
2691 damit solchen Whistleblowern Schutz gewährt, die Missstände aufgedeckt und die Täter zur
2692 Rechenschaft gezogen werden.

2693 Hierzu sind anonyme Systeme mit Zwei-Wege-Kommunikation zu schaffen, über die
2694 Straftaten unter Umgehung des herkömmlichen Dienstwegs den zuständigen Anti-Korruptions-
2695 Ermittlern zur Kenntnis gebracht werden können.

2696 Im Bundesrat muss sich Hamburg für eine eindeutige Legalisierung und Förderung der
2697 Anzeige von Straftaten einsetzen, von denen öffentlich Bedienstete erfahren.

2698 Die Nutzung dieser Whistleblowing-Möglichkeiten, und auch Remonstrationen durch
2699 öffentlich Bedienstete, sollen erfasst und - soweit möglich - auf ihre Wirkungen für die
2700 Karrieren der Remonstranten/Whistleblower untersucht werden. Etwaig entstandene Schäden
2701 und Nachteile müssen ausgeglichen werden.

2702 Der journalistische Quellenschutz ist selbstverständlich auch in Fällen des Whistleblowings
2703 uneingeschränkt zu respektieren. Durchsuchungen bei Journalisten oder in Redaktionsräumen,
2704 um die Identität von Hinweisgebern zu ermitteln, sind inakzeptabel.

2705 **Begründung**

2706 Der Schutz von Whistleblowern ist Bestandteil unseres Grundsatzprogramms.

2707 Ein von der Piraten-Fraktion SH in Auftrag gegebenes Gutachten des wissenschaftlichen
2708 Dienstes hat gezeigt, dass es einen Whistleblowerschutz im Staatsapparat faktisch nicht gibt.
2709 Es gibt ein paar Ausnahmen bei den direkten Korruptionsdelikten § 331–337 StGB, und bei
2710 solchen geplanten Straftaten, bei denen generelle Anzeigepflicht besteht. (Das sind aber nur ein
2711 paar wie Mord, Völkermord, Landesverrat oder Freiheitsberaubung, und auch nur solange die
2712 Tat verhindert werden könnte.) Ansonsten macht sich ein Beamter, und mit Einschränkungen
2713 auch ein Angestellter im Staatsdienst, strafbar, wenn er Straftaten der Polizei oder
2714 Staatsanwaltschaft meldet.

2715 <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/3100/umdruck-18-3198.pdf>

2716 Dies ist leider nur auf Bundesebene über eine Anpassung des Beamtenstatusgesetz änderbar.
2717 Auf Landesebene kann man nur versuchen, die Leute "nicht zu erwischen". Am einfachsten ist
2718 das, wenn man gar nicht weiß, wer den Tipp gegeben hat. Dennoch kann es vorkommen, dass
2719 ein Whistleblower trotzdem lieber den Weg über die Presse geht – weil er der DIE nicht
2720 vertraut, er es intern bereits erfolglos versucht hat, oder weil der Missstand vielleicht gar nicht

2721 strafbar, sondern moralisch verwerflich ist. In diesem Fall sollte der Quellenschutz für
2722 Journalisten trotzdem unantastbar sein. Es gibt in letzter Zeit eine gefährliche Tendenz, auch
2723 gerne mal bei Journalisten Durchsuchungen durchzuführen, wenn interne Informationen in der
2724 Presse landen. Das ist für uns selbstverständlich inakzeptabel.

2725 Die Forderungen im Antrag basieren auf Arbeit der SH-Fraktion und des Whistleblower-
2726 Netzwerk e.V. aus NRW.

2727 <https://fraktionsh.piratenpad.de/ep/pad/view/ro.95XIIYUjoVrBwgWHNuQ0lz9ommfy4/latest>

2728 http://whistleblower-net.de/pdf/WBWN_NRW_Pro_Whistleblowing.pdf

2729 **Antragsteller**

2730 Burkhard Masseur

2731 **PA98: Transparenz zu finanziell Beteiligten**

2732 **Transparenz zu Einfluß auf Gesellschaften Hamburgs**

2733 **Text**

2734 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Wirtschaft*" unter der Überschrift
2735 "Transparenz zu Einfluß auf Gesellschaften Hamburgs" folgenden Text einzufügen:

2736 Die Stadt Hamburg mit ihren Bürgern benötigt eine Übersicht, von welchen einzelnen
2737 handelnden Menschen oder Gruppen sie finanziell potenziell abhängig ist. Netzwerke außer
2738 Kontrolle der Bürger bergen die Gefahr, dass sich Filz bildet und persönlich übermäßiger
2739 Einfluss genommen werden kann, der demokratisch nicht legitimiert ist. Dem ist nur
2740 vorzubeugen, wenn die Einzelinteressen frühzeitig bekannt sind und über Wahlen andere
2741 handelnde Menschen die Politik bestimmen können. Die Piraten fordern eine Offenlegung aller
2742 persönlich oder mittelbar von Einzelpersonen über Institutionen verfügbaren Investitionen
2743 größer 50 Millionen Euro, die innerhalb von 150 Tagen aus dem Vermögen der Stadt Hamburg
2744 abgezogen werden könnten. Neue Verträge sind entsprechend zu gestalten, dass diese
2745 Bedingung enthalten ist, alte Verträge sind nach Möglichkeit entsprechend anzupassen. Nicht
2746 abschließende Beispiele wären Investitionen oder Einlagen in Beteiligungsgesellschaften wie
2747 die Hapag Lloyd, HHLA, Benex, HSH Nordbank oder sonstiger in der HG V geführter
2748 Unternehmen.

2749 Zur Unterstützung sollen Ethik Regeln (Governance) erstellt werden, welche Unternehmen und
2750 Personen mit Hamburg zusammen an Gesellschaften beteiligt sein dürfen und welche
2751 ausgeschlossen werden müssen. Firmen, die an sie betreffende Gesetzgebungsverfahren
2752 beteiligte Politiker bezahlen, werden grundsätzlich ausgeschlossen.

2753 **Begründung**

2754 Einzelne Personen können über Netzwerke erhebliche Hebelwirkung durch ihre finanzielle
2755 Verfügungsgewalt entfalten. Diese Hebel sollten bekannt sein, so dass entsprechende
2756 Gegenmaßnahmen getroffen werden können. Hamburg muss frei in seinen demokratischen

2757 Entscheidungen sein. [http://www.fr-online.de/wirtschaft/maechtige-konzerne-147-
unternehmen-kontrollieren-die-welt,1472780,11055250.html](http://www.fr-online.de/wirtschaft/maechtige-konzerne-147-
2758 unternehmen-kontrollieren-die-welt,1472780,11055250.html)

2759 [http://www.welt.de/wirtschaft/article13680359/Diese-Firmen-bestimmen-Schicksal-der-
Weltwirtschaft.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article13680359/Diese-Firmen-bestimmen-Schicksal-der-
2760 Weltwirtschaft.html)

2761 **Antragsteller**

2762 Jörg Dürre

2763 **PA99: Diskriminierung an der Discotür vorbeugen**

2764 **Diskriminierung an der Discotür vorbeugen**

2765 **Text**

2766 Der Landesparteitag möge beschließen und an geeigneter Stelle ins Landesprogramm einfügen:

2767 Die Piraten Hamburg setzen sich für ein Ergänzung des Gaststättengesetz durch einen Passus
2768 ein, mit dem nachgewiesene Diskriminierungen beim Ausschlusses von Personen von
2769 Veranstaltungen durch das Ordnungsamt sanktioniert werden können. Das Abweisen von
2770 Personen aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit bei Veranstaltungen, zum Beispiel an
2771 Discothekentüren, ist aufgrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht erlaubt und
2772 Gaststätten und Diskotheken haben im Bezug darauf nur noch ein eingeschränktes Hausrecht.

2773 Um Unsicherheiten bei Polizeibeamten und Veranstaltern in konkreten Situationen zu
2774 vermeiden soll der Passus für alle Beteiligten den Handlungsrahmen präzisieren und
2775 Betroffene vor Diskriminierung schützen.

2776 **Begründung**

2777 Gerade auf dem Kiez kommt es immer wieder vor, dass junge Männer mit
2778 Migrationshintergrund einfach so an der Tür der Disotheken abgewiesen werden. Die
2779 hinzugezogene Polizei hat wiederholt Schwächen in der Umsetzung des AGG gezeigt.

2780 Ein konkretes Beispiel findet sich hier: [http://www.migazin.de/2014/09/23/rassismus-
discotuer-polizist-sie-touch/](http://www.migazin.de/2014/09/23/rassismus-
2781 discotuer-polizist-sie-touch/)

2782 **Antragsteller**

2783 Simone Prim

2784 **PA100: Strategische Hafententwicklung statt Elbvertiefung**

2785 **Strategische Hafententwicklung statt Elbvertiefung**

2786 **Text**

2787 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Wirtschaft*" unter der Überschrift
2788 "Strategische Hafenentwicklung statt Elbvertiefung " folgenden Text einzufügen:

2789 "Wir fordern die Berücksichtigung zukünftiger Verkehrsentwicklung im europa- und
2790 weltweiten Schiffsverkehr in die Planungen zum Ausbau der Elbe und des Hafens. Ein
2791 deutscher Versicherungskonzern rechnet heute damit, dass die Schiffgröße alle vier bis fünf
2792 Jahre um ca. 30 Prozent zunimmt. Auf Basis der Zahlen von 2014 ist somit im Jahr 2018 mit
2793 Schiffsvolumen von 24.000 Standardcontainern zu rechnen. Solchen Entwicklungen muss
2794 politisch durch langfristige Szenario-Planung frühzeitig begegnet werden. Es ist Konsens, dass
2795 die diskutierte Elbvertiefung ohnehin die letzte durchführbare wäre.

2796 Beteiligungen an zentralen Europäischen Häfen im Mittelmeer müssen als möglicherweise
2797 notwendige Basis für den Einsatz bisheriger Schiffsgrößen der Asienroute, dann im
2798 Europäischen Verteilerverkehr und Zubringer für den Hamburger Hafen, mit bedacht werden."

2799 **Begründung**

2800 https://www.allianz.com/de/presse/news/studien/news_2014-03-13.html

2801 **Antragsteller**

2802 Jörg Dürre

2803 **PA101: Freihandelsabkommen müssen demokratisch und** 2804 **transparent sein**

2805 **Freihandelsabkommen müssen demokratisch und transparent sein**

2806 **Text**

2807 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Wirtschaft*" folgenden Text in das
2808 Landesprogramm einzufügen:

2809 **"Freihandelsabkommen müssen demokratisch und transparent sein**

2810 Seit einigen Jahren schließen weltweit größere Wirtschaftsräume sogenannte
2811 "Freihandelsabkommen" ab, um damit wirtschaftliche Angelegenheiten aller Art
2812 länderübergreifend zu vereinheitlichen. Dabei kann es zu sehr weitreichenden Regelungen
2813 kommen, die defakto der nationalen Gesetzgebung entzogen werden.

2814 In der Praxis findet die Aushandlung dieser Abkommen in geschlossenen, völlig
2815 intransparenten Gremien statt. Der Willensbildungsprozess wird dabei der Öffentlichkeit und
2816 damit auch jeglicher demokratischer Debatte entzogen. Lediglich ein enger Kreis an
2817 Interessensvertretern, in der Regel aus der Wirtschaft, ist in die Verhandlungen mit einbezogen
2818 und kann dort seine Vorstellungen einbringen. Der parlamentarische Prozess beschränkt sich
2819 im Wesentlichen auf das Abnicken der Verhandlungsergebnisse. Für so weitreichende
2820 Eingriffe in den politischen Gestaltungsspielraum ist dies absolut ungenügend.

2821 Im Falle der aktuell verhandelten Verträge "CETA" und "TTIP", zwischen Europa und dem

2822 nordamerikanischen Raum werden dabei politische Ziele in den Bereichen Verbraucherschutz,
2823 Energiegewinnung, Urheberrecht, Patente und vielen weiteren zementiert. Auf diesem Wege
2824 sichern sich Lobbyverbände und ganze Wirtschaftszweige eine Politik, die nur ihrem Wohl und
2825 ihren Profiten dient. Moderne Ideen und neue politische Ansätze, die dem Gemeinwohl dienen,
2826 werden durch die Hintertür ausgebremst. Die Möglichkeit durch demokratische Wahlen in
2827 einer Gesellschaft einen Politikwechsel herbeizuführen ist aber der fundamentalste Grundsatz
2828 einer jeden Demokratie. Nach Abschluss dieser Verträge wird es Konzernen, die sich durch
2829 politische Entscheidungen der unterzeichnenden Länder eingeschränkt fühlen, möglich sein
2830 diese Länder auf Strafzahlungen zu verklagen. Für diesen Zweck werden internationale
2831 Schiedsgerichte eingerichtet, die letztlich den Auftrag haben Konzerninteressen im Sinne der
2832 Verträge gegen die jeweiligen Staaten durchzusetzen.

2833 Die Piratenpartei Hamburg lehnt darum Verträge wie "CETA" und "TTIP" strikt ab und wird
2834 sich in Europa und gegebenenfalls dem Bundesrat dafür einsetzen, dass diese nicht
2835 unterzeichnet werden. Freihandelsverträge dürfen nicht zu Demokratieabbau führen. Sie
2836 müssen in einem transparenten, demokratischen Prozess entstehen. Die Folgen eines solchen
2837 Vertrags müssen ausgiebig und offen diskutiert werden. Nur dann können
2838 Freihandelsabkommen wirklich das einhalten, was sie versprechen."

2839 **Begründung**

2840 TTIP ist Mist.

2841 **Antragsteller**

2842 StreetDogg

2843 **PA102: Atommüll**

2844 **Atommüll**

2845 **Text**

2846 Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel "*Umwelt und Energie*" an geeigneter Stelle
2847 folgenden Text einzufügen:

2848 **Atommüll**

2849 Die Piratenpartei Hamburg fordert eine verantwortliche Lösung zum Umgang mit Atommüll.
2850 Wir werde uns daher dafür einsetzen, dass sich Hamburg im Bundesrat für eine bundesweite
2851 Suche nach tatsächlich geeigneten Lagerstätten ausspricht.

2852 Die Vorstellung, dass sich die mit dem nuklearen Erbe verbundenen Probleme durch
2853 Verbringung des Atommülls in ein unzugängliches „Endlager“ dauerhaft lösen lassen, lehnen
2854 wir entschieden ab. Die drohende Havarie der im niedersächsischen Landkreis Wolfenbüttel
2855 gelegenen Atomlagerstätte Asse führt uns vor Augen, dass bisherige Sicherheitskonzepte
2856 bereits nach wenigen Jahrzehnten versagen. Daraus schließen wir, dass kein heute lebender
2857 Mensch fähig ist, eine belastbare Folgenabschätzung für die kommenden Jahrtausende
2858 vorzunehmen. Die Piratenpartei Hamburg will deshalb, dass nuklearer Müll grundsätzlich nur

2859 so gelagert wird, dass bei Bedarf eine Rückholung erfolgen kann. Dies betrifft auch leicht- und
2860 mittelradioaktiven Müll. Die Lagerung muss stets überwacht werden.

2861 Die Kosten für die Lagerung und dauerhafte Überwachung der Nuklearabfälle haben die
2862 Produzenten des Atommülls zu tragen. Wer radioaktive Produkte herstellt oder in den Verkehr
2863 bringt, muss einen Entsorgungsnachweis führen und die Kosten dafür übernehmen.

2864 **Begründung**

2865 **Antragsteller**

2866 Andreas Halle, Jörg Dürre

2867 **PA103: Freie Software und offene Standards II**

2868 **Freie Software und offene Standards II**

2869 **Text**

2870 Der Landesparteitag möge beschließen, unter der Überschrift "Freie Software und offene
2871 Standards" an geeigneter Stelle folgenden Text einzufügen:

2872 Die Piratenpartei Hamburg setzt sich dafür ein, dass in der hamburgischen Verwaltung und in
2873 den Bildungseinrichtungen soweit wie möglich freie Software und offene Standards eingesetzt
2874 werden. Dadurch sollen sowohl die Verwaltung selbst als auch die Bürger eine größtmögliche
2875 Unabhängigkeit von proprietärer Software und den entsprechenden Softwareherstellern
2876 erhalten.

2877 Freie Software und offene Standards können von allen uneingeschränkt untersucht und genutzt
2878 werden. Sie erlauben den Nutzern die technische Kontrolle über ihre Systeme zu erlangen und
2879 diese nach ihren eigenen Wünschen zu nutzen. Die Bürger sind damit nicht gezwungen im
2880 Umgang mit Behörden auf proprietäre Software zurückgreifen zu müssen, deren Arbeitsweisen
2881 und Funktionsumfang nicht nachvollzogen werden kann.

2882 Durch Offenlegung des Quellcodes wollen wir zudem sicherstellen, dass bestehende
2883 Sicherheitslücken durch das „viele Augenprinzip“ schnell geschlossen werden können. Die
2884 Gefahr sogenannter „back doors“, die es Softwareherstellern oder Geheimdiensten erlauben
2885 Software zu manipulieren und fernzusteuern, wird auf das höchst mögliche Maß reduziert.
2886 Besonders im Hinblick auf die jüngst bekanntgewordenen Kooperationen zwischen
2887 amerikanischen Geheimdiensten und großen amerikanischen Softwareherstellern ist dies
2888 dringend geboten. Durch offene Quellcodes wird zudem die Möglichkeit geschaffen,
2889 Anwendungen kollektiv und demokratisch weiterzuentwickeln.

2890 Da der Kostenvorteil freier Software insbesondere dann zum tragen kommt, wenn
2891 Anwendungen gemeinsam genutzt und Entwicklungskosten geteilt werden, setzen wir uns
2892 dafür ein, dass sich Hamburg dem seit vielen Jahren bestehenden und bereits sehr weit
2893 fortgeschrittenen Projekt LiMux der Münchener Stadtverwaltung anschließt. Zudem wollen wir
2894 in Deutschland und Europa weitere Partner für die Entwicklung freier Verwaltungssoftware
2895 gewinnen.

2896 Zur Vereinfachung des amtlichen Dokumentenaustausches fordern wir die Verwendung
2897 offener Formate, die uneingeschränkt mit dem OASIS Standard (Open Document Format for
2898 Office Applications) kompatibel sind. Die nahezu erzwungene Nutzung proprietärer de-facto
2899 Standards, die einzelne Softwarehersteller unter Ausnutzung ihrer Monopolstellung
2900 durchsetzen, lehnen wir ab.

2901 Damit Menschen mit geringen Einkommen – die aus Kostengründen freie Betriebssysteme
2902 verwenden – nicht ausgeschlossen werden, muss die von den Finanzämtern bereitgestellte
2903 Software zur Erstellung der Steuererklärung auch für die gängigen Linux-Distributionen
2904 angeboten werden. Ferner müssen elektronische Formulare der Behörden, die am PC ausgefüllt
2905 werden können, in diskriminierungsfreien Formaten abrufbar sein.

2906 **Begründung**

2907 Weil wir Piraten sind.

2908 Dieser Antrag ist ergänzend zu PA64 „Freie Software und offene Standards“

2909 **Antragsteller**

2910 Andreas Halle

2911 **PA104: Bedingungsloses Energiegrundeinkommen für** 2912 **Hamburg**

2913 **Bedingungsloses Energiegrundeinkommen für Hamburg**

2914 **Text**

2915 Der Landesparteitag möge beschließen: im Kapitel "*Umwelt und Energie*" wahlweise durch
2916 Beschluss des Landesparteitags in einem dem Bundesprogramm entsprechenden, neuen Kapitel
2917 „Arbeit und Soziales“, unter der Überschrift "Bedingungsloses Energiegrundeinkommen für
2918 Hamburg" folgenden Programmpunkt einzuführen:

2919 Wir werden Möglichkeiten suchen, Hamburgs Bürger von den bisherigen Aufwendungen für
2920 privat genutzte Energie durch ein Bedingungsloses Energiegrundeinkommen zu befreien. Das
2921 Anrecht auf Teilhabe an Energie für Heizung, Fortbewegung und sonstiger Nutzenergie, soll
2922 künftig zunehmend direkt, in Form von Erneuerbarer Energie zur Verfügung gestellt werden.

2923 Im Gegensatz zu fossilen und nuklearen Brennstoffen haben Erneuerbare Kraft- und
2924 Heizwerke, wie z.B. Photovoltaik- und Tiefengeothermie Anlagen, Grenzkosten von fast null.
2925 Das bedeutet, eine einmal hergestellte Anlage kostet für eine zusätzliche Kilowattstunde
2926 Energieeinheit nahezu nichts extra. Es gibt schließlich keine Brennstoffe, die bezahlt werden
2927 müssten. Wir werden einen Plan entwerfen, wie heimisch regionale Energie zu einer sauberen
2928 Basis für ein ökologisch und wirtschaftlich günstiges Zusammenleben werden kann. Sämtliche
2929 Projekte der Stadt und der von ihr als Beteiligungen gehaltenen Gesellschaften werden
2930 angehalten, nicht nur energieautark sondern mit Energieüberschuss zu arbeiten. Die
2931 überschüssige Energie soll den Bürgern Hamburgs zur freien Verwendung gegeben werden.
2932 Jeder Bürger erhält die gleiche Energiemenge vorzugsweise direkt als Energie, hilfsweise

2933 kompensiert in Geldzahlungen.

2934 Energiebedarfe über der von der Stadt Hamburg für diese Zwecke erzeugten Menge,
2935 unterliegen weiterhin normalen Marktbedingungen.

2936 **Begründung**

2937 Energie war in den letzten 100 Jahren ein Herrschaftsinstrument. Mit den Erneuerbaren löst
2938 sich die Herrschaft der Besitzer von Rohstoffen über die Energie. Energie wird frei. Ganz
2939 unesoterisch.

2940 Die anfänglich realisierbaren Mengen werden kaum merklich sein, mit weiter fallenden
2941 Herstellkosten von Solarstromanlagen sinkt der Preis für Photovoltaik Energie aber weiter. Die
2942 bekannten Kostenpreise für Erneuerbare Energie beziehen sich üblicherweise auf
2943 wirtschaftliche Abschreibungszeiten, die tatsächliche wirtschaftliche Lebensdauer ist bei
2944 Photovoltaik weit größer; damit sinkt der tatsächliche Preis der Energie.

2945 Batterien werden innerhalb weniger Jahre extrem billiger werden. Die Rohstoffe von Lithium
2946 Eisen Phosphat Batterien sind extrem günstig. Durch neue Verfahren werden bereits absehbar
2947 über 10.000 Ladezyklen erreicht. Die Preise für die Speicherung von Energie sind in der Folge
2948 wie der Preis von Photovoltaik, die größtenteils aus Silizium (also aus Sand) auf Glas
2949 (hauptsächlich Siliziumdioxid = Sand) besteht, nahezu vernachlässigbar.

2950 Weiterlesen:

2951 Jeremy Rifkin – Die Null Grenzkosten Gesellschaft, Teil 2 Kapitel Extreme Produktivität, das
2952 Internet der Dinge und kostenlose Energie

2953 **Antragsteller**

2954 Jörg Dürre

2955 **PA105: Einleitung statt Präambel**

2956 **Einleitung statt Präambel**

2957 **Text**

2958 Der Landesparteitag beschließt alle Überschriften im Landesprogramm, die "Präambel" lauten,
2959 in "Einleitung" zu ändern, mit Ausnahme der Präambel ganz am Anfang des
2960 Landesprogramms.

2961 **Begründung**

2962 Sowas hier ist ne Präambel: <http://dejure.org/gesetze/GG/Praeambel.html>

2963 **Antragsteller**

2964 StreetDogg

2965 **PA106: Ganztägige Mitnahme von Fahrrädern in S- und U-**
2966 **Bahnen**

2967 **Ganztägige Mitnahme von Fahrrädern in S- und U-Bahnen**

2968 **Text**

2969 Der Landesparteitag möge beschließen, dem Kapitel "Verkehr" im Landesprogramm folgenden
2970 Abschnitt hinzuzufügen:

2971 Bei den S- und U-Bahnen soll das Mitnahmeverbot von Fahrrädern zu den Stoßzeiten
2972 aufgehoben werden. Dafür sollen neue Fahrzeuge speziell für Fahrräder ausgewiesene
2973 Bereiche mit höherer Kapazität erhalten, bestehende Fahrzeuge sollen bei anstehenden
2974 Ertüchtigungen entsprechend angepasst werden.

2975 **Begründung**

2976 Fahrradbereiche sind Multifunktionsbereiche. Sie können nicht nur für Räder genutzt werden,
2977 sondern z.B. auch für Koffer (interessant insbesondere auf der S1 zum Flughafen), außerdem
2978 sind sie hilfreich für Rollstühle und Kinderwagen. Die Bereiche müssen von außen eindeutig
2979 markiert sein, damit die Leute entsprechend einsteigen.

2980 Die Mitnahme des eigenen Rads ist sinnvoll für Pendler in den Außenbezirken, bzw. wenn
2981 Start, Zwischenetappe oder Ziel in einem schlecht angebundenen Bereich liegen. Der Vorteil
2982 gegenüber Leihrädern ist, dass Pendler so auch gleich von ihrer Wohnung aus per Rad
2983 losfahren können, bzw. bis zum Zielpunkt per Rad fahren können. Außerdem ist die Nutzung
2984 des eigenen Rades unkomplizierter als das ständige Ausleihen.

2985 **Antragsteller**

2986 Michael Vogel

2987 **PA107: Flughafen**

2988 **Flughafen**

2989 **Text**

2990 Der Landesparteitag möge beschließen, in einem passenden Teil des Programms den Teil
2991 "Flughafen" mit folgendem Inhalt einzufügen: "Der Flughafen ist wichtiger Wirtschaftsfaktor
2992 und bringt großen Nutzen für die Stadt. Bei wirtschaftlicher Auslastung der innerstädtischen
2993 Fläche kommen jedoch die Bedürfnisse der dadurch beeinträchtigten Hamburger zu kurz.
2994 Insbesondere der Fluglärm stört und macht krank. Wir fordern daher die Einführung eines
2995 Nachtflugverbotes von 22:00 bis 7:00 Uhr. Zur weiteren Entlastung soll jede Flugbahn für
2996 mindestens einen Tag in der Woche ungenutzt bleiben.

2997 Über dies fordern wir die Diskussion über Alternativen und außerstädtische Ergänzungen."

2998 **Begründung**

2999 Die internationale Anbindung unserer "Weltmetropole" ist für Reisende natürlich praktisch -
3000 jedoch ist die Luftfracht der am meisten wachsende Bereich am Wirtschaftsstandort Flughafen.
3001 Für Flug-Obst aus dem Bett gerissen werden und wegen Ersatzteilen nicht in den Schlaf
3002 kommen ...das ist Realität. Vom Flughafen sind mehr als 100.000 Hamburger beeinträchtigt
3003 und mehr noch im weiteren betroffen / z.B. auch über die Landesgrenze hinweg. In unserer
3004 Stadt werden Mitbürger schon mal im 2-Minuten-Takt überflogen / mit Maximalpegeln von
3005 über 90dB(A) penetriert. Trotz der Berechtigung (Wettbewerbsvorteil, weitere Wirtschafts-
3006 Argumente etc.) muss man den Betroffenen zumindest mehr Atempause gönnen!

3007 und auch in deren Sinne weitere Alternativen zumindest diskutieren.

3008 **Antragsteller**

3009 Florian Eckert

3010 **PA108: Rekommunalisierung der Krankenhäuser**

3011 **Rekommunalisierung der Krankenhäuser**

3012 **Text**

3013 (siehe hierzu PA05 / dazu alternativ) Der Landesparteitag möge beschließen, in einem
3014 passenden Teil des Programms den Teil "Rekommunalisierung der Krankenhäuser"
3015 einzufügen: "Beim Volksentscheid stimmten die Hamburger mit 76,8 Prozent deutlich gegen
3016 einen Verkauf des Landesbetrieb Krankenhäuser. Trotzdem veräußerte der Hamburger Senat
3017 74,9% an das Unternehmen Asklepios Kliniken. Gesundheitsversorgung ist jedoch eine
3018 öffentliche Aufgabe, die Asklepios Kliniken Hamburg GmbH ist zudem größter Arbeitgeber
3019 und Ausbilder in der Freien und Hansestadt Hamburg - das sollte nicht vornehmlich durch
3020 wirtschaftliche Interessen gesteuert werden.

3021 Die Piratenpartei Hamburg fordert daher den Rückkauf von Anteilen zur Erreichung der
3022 Stimmen-Mehrheit."

3023 **Begründung**

3024 Gesundheit ist kein Spielfeld für Anleger! Wir sollten als Gesellschaft wieder mehr Einblick
3025 und Einfluss haben!

3026 http://de.wikipedia.org/wiki/Asklepios_Kliniken_Hamburg

3027 **Antragsteller**

3028 Florian Eckert

3029 **Satzungsanträge**

3030 **SÄA01: Harmonisierung §8a (2) Satz 2 mit §8a (4)**

3031 **Harmonisierung §8a (2) Satz 2 mit §8a (4)**

3032 **Text**

3033 Der Landesparteitag möge beschließen in §8a (2) Satz 2 der Landessatzung den Satz „Die
3034 Einberufung erfolgt aufgrund eines Landesvorstandsbeschlusses oder wenn ein Zehntel der
3035 Hamburger Piraten sie beantragen.“ das Wort „stimmberechtigten“ zwischen „Zehntel der“ und
3036 „Hamburger Piraten“ einzufügen. Die Einfügung ergibt den folgenden Satz:

3037 „Die Einberufung erfolgt aufgrund eines Landesvorstandsbeschlusses oder wenn ein Zehntel
3038 der stimmberechtigten Hamburger Piraten sie beantragen.“

3039 **Begründung**

3040 Die Stimmberechtigung ist in §8a (4) bei der letzten Änderung eingefügt worden: „Der
3041 Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens 40 oder 5% der stimmberechtigten
3042 Hamburger Piraten teilnehmen.“

3043 Der Rest blieb unverändert und ist dadurch inkonsequent geworden.

3044 **Antragsteller**

3045 Arthur (AK)

3046 **SÄA02: Harmonisierung §8d (3) Satz 2 mit §8a (4)**

3047 **Harmonisierung §8a (2) Satz 2 mit §8a (4)**

3048 **Text**

3049 Der Landesparteitag möge beschließen in §8d (3) Satz 2 der Landessatzung den Satz „Die
3050 Einberufung erfolgt aufgrund Landesvorstandsbeschluss oder wenn ein Fünftel der Piraten, die
3051 im jeweiligen Gebiet wohnhaft sind, sie beantragen.“ das Wort „stimmberechtigten“ zwischen
3052 „Fünftel der“ und „Piraten“ einzufügen. Die Einfügung ergibt den folgenden Satz:

3053 „Die Einberufung erfolgt aufgrund Landesvorstandsbeschluss oder wenn ein Fünftel der
3054 stimmberechtigten Piraten, die im jeweiligen Gebiet wohnhaft sind, sie beantragen.“

3055 **Begründung**

3056 Die Stimmberechtigung ist in §8a (4) bei der letzten Änderung eingefügt worden: „Der
3057 Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens 40 oder 5% der stimmberechtigten
3058 Hamburger Piraten teilnehmen.“

3059 Der Rest blieb unverändert und ist dadurch inkonsequent geworden.

3060 **Antragsteller**

3061 Arthur (AK) (Diskussion)

3062 **Sonstige Anträge**

3063 **X01: Programm zur Bürgerschaftswahl**

3064 **Programm zur Bürgerschaftswahl**

3065 **Text**

3066 Der Landesparteitag ermächtigt den Vorstand, bei der Veröffentlichung des aktuellen
3067 Landesprogramms als *Programm zur Bürgerschaftswahl 2015* die Reihenfolge der einzelnen
3068 Kapitel und Abschnitte zu verändern, sowie bei Bedarf zusätzliche Zwischenüberschriften
3069 einzufügen.

3070 **Begründung**

3071 Derzeit werden neue Programmpunkte meist einfach ans Ende des jeweiligen Kapitels
3072 geschrieben. Das wirkt manchmal recht inkonsistent, wenn thematisch nahe
3073 beieinanderliegende Themen weit auseinander stehen. Das eine oder andere Kapitel könnte
3074 auch eine Gliederung zweiter Ebene vertragen. Das alles in einzelne Anträge zu gießen frisst
3075 jedoch Zeit auf dem Parteitag und kollidiert immer wieder mit parallel eingestellten Anträgen.

3076 **Antragsteller**

3077 Burkhard Masseur

3078 **X02: Resolution gegen Fracking**

3079 **Resolution gegen Fracking unterstützen**

3080 **Text**

3081 Der Landesparteitag möge die "Unterstützung der Korbacher Resolution gegen Fracking nach
3082 fossilen Energieträgern" beschließen.

3083 Die Resolution im Wortlaut:

3084 Folgende Forderungen richten wir an Bund, Länder und die Europäische Union:

3085 Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung,
3086 Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die

- 3087 Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig
3088 erzeugt wird.
3089 Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
3090 Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von
3091 Fluiden und Lagerstättenwässer.
3092 Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der
3093 Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
- 3094 Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von
3095 fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

3096 **Begründung**

3097 Wir wollen die schnellst mögliche Abkehr von fossilen, klimaschädlichen Energieträgern hin
3098 zu den Erneuerbaren Energien der Zukunft. Da fossile Energieträger unter Inkaufnahme immer
3099 größeren Risiken gefördert werden und zudem den Ausbau der Erneuerbaren Energien
3100 behindern, unterstützt die Piratenpartei Hamburg die Korbacher Resolution gegen fossiles
3101 Fracking.

3102 Die Aufsuchung von fossilen Energieträgern unter hohem Energieaufwand und der
3103 unwiederbringlichen Veränderung der unterirdischen Gegebenheiten würde für eine positive
3104 Rechtfertigung einen besonderen Nutzen für die Bürger erfordern, der mit anderen, milderem
3105 Mitteln nicht zu erreichen ist. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlenwasserstoff
3106 basierten Verbindungen steht zum einen der Import dieser Materialien und zum anderen die
3107 Synthetisierung zur Verfügung. Der Hauptverwendungszweck von
3108 Kohlenwasserstoffgemischen wie Erdgas und Erdöl ist die energetische Verwendung. Für
3109 energetische Zwecke stehen mittlerweile wirtschaftlich ebenbürtige, nachhaltige Mittel zur
3110 Verfügung. Ein Nutzenergiepreis für gefracktes Erdgas, wesentlich unterhalb z.B. der
3111 Energiekosten einer auf 40 Jahre abgeschriebenen Photovoltaikanlage, ist nicht absehbar. Eine
3112 Berechnung der sog. Externen Effekte bei der Benutzung von fossilen Kohlenwasserstoffen,
3113 d.h. die in Geld bewerteten Schäden bei der Förderung, Umwandlung, Transport und Nutzung
3114 dieser Stoffe, führt üblicherweise zu noch erheblich über dem sog. Marktpreis liegenden
3115 Kosten. Beispielsweise Erdgas, das an der Bohrstelle oder aus der Pipeline mindestens 20-fach
3116 CO₂ wirksam in die Atmosphäre entweicht, macht das Gas ökologisch sehr teuer. Auch wenn
3117 die freiheitlich, liberalen Vorstellungen der Piratenpartei Verbote größtenteils ablehnen, so ist
3118 der Verwaltungsaufwand für eine absehbar unwirtschaftliche und nach billigem Ermessen
3119 schädliche Branche, zu hoch. Im Rahmen des erwarteten Verhältnisses zwischen Leistung und
3120 Gegenleistung überwiegt der Schutzanspruch für die bestehenden Gegebenheiten. Fracking für
3121 andere Zwecke, z.B. für die Öffnung von verstopften Trinkwasserlöchern, für
3122 Tiefengeothermie und andere Erschließungs- und Forschungszwecke ist von diesem Verbot
3123 nicht betroffen, da es sich ausschließlich auf fossile Energieträger bezieht. Nicht zuletzt sind
3124 wir mit der Unterstützung der Resolution in guter Gesellschaft.

3125 <http://www.resolution-korbach.org/project/unterst-aus-de.php?>

3126 **Antragsteller**

3127 Jörg Dürre

3128 **X03: Die Forderung des KITA-Netzwerk Hamburg 25% mehr**
3129 **Personal im Krippen- und Elementarbereich unterstützen**

3130 **Die Forderung des KITA-Netzwerk Hamburg 25% mehr Personal im Krippen- und**
3131 **Elementarbereich unterstützen**

3132 **Text**

3133 Der Landesparteitag möge die Unterstützung des KITA-Netzwerk Hamburg bei der Forderung
3134 von 25% mehr Personal im Krippen- und Elementarbereich beschließen.

3135 **Begründung**

3136 folgt, Infos: <http://www.kitanetzwerk-hamburg.de/index.html>

3137 **Antragsteller**

3138 Simone Prim

3139 **X04: Einheitliche Eigenbezeichnung**

3140 **Einheitliche Eigenbezeichnung**

3141 **Text**

3142 In allen Veröffentlichungen der Piratenpartei Hamburg soll auf eine einheitliche Schreibweise
3143 unserer Eigenbezeichnungen geachtet werden. Dabei gilt: Unser Name lautet "Piratenpartei
3144 Hamburg". Im Textfluß kann dies auf "Piratenpartei" oder auf unsere offizielle
3145 Kurzbezeichnung "PIRATEN" verkürzt werden. Der Ausdruck "Piraten" bezeichnet Mitglieder
3146 und ist als Bezeichnung für die Organisation falsch.

3147 **Begründung**

3148 Den Medien werden wir es nicht mehr beibringen, selbst sollten wir es aber durchgängig
3149 richtig machen.

3150 **Antragsteller**

3151 Andreas Gerhold